

AIB

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

September 1987

18. Jg., 8

3,- DM

CHILE

*Streit um
Asyl
Interviews:
Perspektiven
des
Widerstands
Bewaffneter
Kampf*



SÜD KOREA

*»Wankt oder
fällt die
Diktatur?«
Reportage
aus
Seoul*

Inhalt

Kommentar
Kein Bonner Handlungsbedarf zu Chile? 3

Chile
Interview mit Ivan Ljubetic: Kein Ausweg ohne Massenmobilisierung 4

Manifest der Vereinigten Linken
Gespräch mit Marcelo Reyes: Ohne bewaffneten Kampf geht es nicht 8

Mexiko
Festhalten am Status quo 10

Haiti
Rebellion gegen die neue Diktatur 13

Panama
Aufstand der Unternehmer 14

Mittelamerika
Abkommen von Guatemala - ein Schritt zum Frieden 17
Kernpunkte des Friedensabkommens 18

El Salvador
Flüchtlinge kämpfen für ihre Rücksendung 20
Duartes Besuch in Bonn 22

Südafrika
Die Machtprobe 23
Rückschau auf den 22. Kirchentag: Ziel Kirche gegen Apartheid 25
Rede von Allan Boesak: Apartheid - kein Zuhause für Gott 31
Forum Südliches Afrika: Aufforderung an die EKD 32

Korea
Reportage von Rainer Werning (I): Sommer(nachts)träume in Seoul - wankt oder fällt die Militärregierung? 34

Persischer Golf
Kein „Endsieg“ im Golfkrieg 40
Golfkrise - Reagans Spiel mit dem Feuer 41

Diskussionsforum Palästina/Nahost 44

Frauen
Bericht vom Moskauer Weltkongress 47

Weltwirtschaft
Was brachte UNCTAD VII für die Dritte Welt? 49
Positionen der Entwicklungsländer zu UNCTAD VII 50

Rezension:
Standpunkte zur Verschuldungskrise 51

Lesermeinungen:
Kritik zu AIDS 52

BRD-Infodienst:
BRD-Nicaragua, Broschüren zu Mittelamerika, Theater zu Guatemala, Buchtips zu Chile, Türkei 53

Kurzinformationen:
Asien und Abrüstungsverhandlungen, Sri Lanka, Türkei/Syrien, OAU-Gipfel, Angola, Mosambik, Brasilien, Peru 54



Chile **S.3**

Blüms Chile-Besuch machte Furore. Die Bonner Auseinandersetzung um die Aufnahme von 15 durch Todesurteile bedrohte Widerstandskämpfer in der BRD rückten das Terrorregime Pinochets wieder ins Blickfeld.

Wir kommentieren das Tauziehen um die Aufnahme der Chilenen. Wir informieren in Interviews über den Widerstand gegen die Diktatur und über die neugebildete Vereinigte Linke.

Südkorea **S.34**

Massenproteste zwangen im Juli d.J. Südkoreas Chun-Regime zum Einlenken. Chuns designierter Nachfolger Roh kam schließlich den Forderungen der Opponenten nach einer demokratischen Öffnung entgegen.

Unser Mitarbeiter Rainer Werning war bei den Auseinandersetzungen in Seoul mit von der Partie. Er beschreibt die Straßenkämpfe und sprach mit Untergrundkämpfern.

Golfkrieg **S.40**

Washington spielt mit dem Feuer. Es weitete seine Militärpräsenz im Kriegsgebiet Persischer Golf aus. Es drohte Teheran mit Präventivschlägen. Die Verminderung der Ölstraße, der Tankerkrieg, der Einstieg Frankreichs und Großbritanniens erhöhten die Gefahr einer Kriegeskalation. Wie stehen die Chancen auf eine Konfliktentschärfung? Wie ist die Kräfteverteilung zwischen dem Iran und Irak?

Impressum

AIB (Antimperialistisches Informationsbulletin) - Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

Anschrift der Redaktion: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 064 21/2 46 72

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönnner, Prof. Günter Giesenfeld, Thomas Harms, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff

Redaktion: Wolfram Brönnner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Georg Diederichs, A. Ebtehaj, Pia Grund, Ute Kampmann, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp, Hans-Erich Schäfer, Petra Sittig

Ständige Mitarbeiter: Joachim Becker, Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ivesa Lübben-Pistofidis, Fiazza Makumbi-Kidza, Katja Maurer, Nima Mina, Jürgen Ostrowsky, Ricardo Ribera, Ludger Schmitz, Ulrich Schnell, Peter Schütt, Christoph Sodemann, Dr. Rainer Werning

Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe: A. J. Arndt, M. Borchert, H. Czapek, H. Denk, F. Hervé, P. Imbusch, D. Knabe, H. Mayer, E. Olms, D. Peschke, R. Radke, I. Rein, D. Schulze-Marmeling

Redaktionsschluss: 14. August 1987

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangaben und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag GmbH, Postfach 510868, 5000 Köln 51, Teletex 2214284 pahl. **Vertrieb:** Telefon 0221/36002-0.

Adressenänderungen bitte rechtzeitig dem Verlag bekanntgeben.

Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelheft: 3 DM, Doppelheft: 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung. Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

AIB-Sonderhefte sind als **Nebenblätter** einmal im Vierteljahr beigefügt.

Kündigungen nur zum Jahresende. Spätester Termin: 15. November.

Anzeigenleitung: Wolfgang Pitzer, Tel. 0221/3600247.

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Konten: Postgiro Köln 6514-503 (BLZ 370 10050), Stadtsparkasse Köln 10652238 (BLZ 37050198).

Anzeigen: Solidaritätsshop Dritte Welt, Pahl-Rugenstein Verlag, Südostasien Informationen, Magazin-Verlag, atom

Titel: Gestaltung von Udo Tremmel

Fotonachweis: B. Knappe, Kirche gegen Apartheid, H. Mayer, Publik Forum, AIB-Archiv, Araucaria, pensamiento propio, por esto, Time, Newsweek.

Kommentar: Kein Handlungsbedarf?



Deutliche Worte fand Norbert Blüm (CDU), als er nach seiner Chile-Reise im Juli d.J. vom „Spiegel“ zum Für und Wider der Aufnahme der mittlerweile 15 vom Tode bedrohten Chilenen befragt wurde: „Menschenrechte sind nicht davon abhängig, ob jemand Kommunist ist oder nicht. Niemand darf gefoltert, niemand hingerichtet werden...“

Der Arbeitsminister, ein der Sozialismus-Sympathie absolut unverdächtiger, gutkatholischer Konservativer, hat mit seiner mutigen Haltung gegen die Pinochet-Diktatur einen heftigen Streit um den richtigen politischen Kurs innerhalb des Bonner Regierungslagers entfacht, wobei gar die Koalitionsfrage gestellt wurde. Die Pole der Auseinandersetzung bilden Außenminister Genscher (FDP) und Mächtgern-Außenminister Strauß (CSU), die jeweils Politiker der CDU auf ihrer Seite wissen.

Norbert Blüm unterstützt nämlich hartnäckig das Einreisegesuch, das die 15 Mitglieder der sich zum bewaffneten Widerstand bekennenden Bewegung der Revolutionären Linken (MIR) an die Bundesregierung gestellt haben. Blüm will die Oppositionellen, die z.T. seit sieben Jahren wegen „terroristischer Gewalttaten“ gegen das Regime in chilenischer Haft sitzen, entweder in erster Instanz bereits zum Tode verurteilt sind bzw. gegen die die Todesstrafe beantragt wurde, vor der Hinrichtung bewahren. Dem Minister war während seiner vielbeachteten Reise endlich klar geworden, was Menschenrechtsorganisationen, Parteien und Kirchen schon seit dem Putsch von 1973 wissen: Die Pinochet-Diktatur ist ein Folterstaat, Urteile der nahezu allmächtigen chilenischen Militärgerichtsbarkeit widersprechen jedem rechtsstaatlichen Prinzip.

Im Falle der 15 stützen sich die Gründe für die Inhaftierung und die Verurteilung auf „Beweise“ durch chilenische Geheimdienstberichte. Die „Geständnisse“ der politischen Gefangenen wur-

den nachweislich durch schwere physische und psychische Folter erpreßt. Der kleine Mann mit der Nickelbrille, nach eigenen Angaben seit 20 Jahren Mitglied von amnesty international, erkennt mit seinem Eintreten für die Inhaftierten das Recht auf den gewaltsamen Kampf gegen einen Tyrannen als letztes Mittel an, macht sich gar zum Anwalt linker Revolutionäre.

Angesichts der beliebten Praxis der CDU, auf dem linken Auge grundsätzlich blind zu sein, ist ihm diese demokratische Gesinnung hoch anzurechnen. Doch daß es ihm ausschließlich um den ehrenvollen Kampf für die Menschenrechte geht, will ihm keiner so recht abnehmen.

Die Vermutung liegt nahe, daß seine so plötzlich erwachte Sympathie für chilenische Untergrundkämpfer sowohl ihm selbst - als künftigen Herausforderer des nordrhein-westfälischen SPD-Ministerpräsidenten Rau - als auch den restlichen Wahlkampfstrategen der CDU gut in den Kram paßt. Es geht um's liberale Image der Christdemokraten, das angesichts der CDU-Schlappe zugunsten der FDP bei der Bundestagswahl im Januar d.J., aufpoliert werden soll.

Liberale CDU-Imagepflege

Die allzu deutlich unsoziale Politik der Koalition im Innern soll durch soziales, christliches Engagement im außenpolitischen Bereich aufgefangen und bemäntelt werden. Daß gar Heiner Geißler in den Blüm'schen Menschenrechtsgesang einstimmte und ebenfalls entdeckte, daß militanter Widerstand gegen einen Diktator moralisch gerechtfertigt sein kann, ist ja weniger Ausdruck einer konsequenten antifaschistischen Gesinnung, denn politische Taktik: Öffnung der CDU hin zur „Mitte“, um ehemals Kanzler Schmidt nahestehende SPD-Wähler und vom stramm rechten CDU-Kurs enttäuschte eigene Abtrünnige anzulocken. Der Generalsekretär weiß nämlich genau zu unterscheiden, welche Diktatoren er im Sinne der USA als notorische Menschenrechtsverletzer an den Pranger und welche er zu hofieren hat. Für den salvadorianischen Präsidenten Napoleon Duarte, dessen Statthaltern schwerste Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden, war Geißler bei dessen letztem Besuch in der Bundesrepublik voll des Lobes über diese „Demokratie“.

Aber Duarte, in den Augen der USA (und somit der BRD) einziger Garant eines proamerikanischen und kapitalistischen Systems in El Salvador, paßt

offensichtlich besser in das strategische Konzept der USA als Diktator Pinochet. Zur Vermeidung eines revolutionären Umsturzes in Chile muß der zügellos folternde und mordende General gemäßregelt werden, was natürlich auch dem Image der Reagan-Administration zugute kommt.

Innenminister Zimmermann (CSU) aber schert dies anscheinend wenig. Er will die Bundesrepublik nicht zum Asylland für chilenische „Mörder“, „Gewalttäter“, „Terroristen“ oder „Kapitalverbrecher“ machen. Er sorgt sich um die Sicherheit der Republik. Und überhaupt gäbe es keine „eindeutigen Beweise“ für die Folter-Vorwürfe.

Asyl nicht für „Kriminelle“

Nach der Zimmermann'schen Definition bleiben die Chilenen in den Maschen der 1975 von den Innenministern der Länder exklusiv für chilenische Flüchtlinge eingeführten „Sicherheitsüberprüfung“ hängen, wonach „ausländischen Kriminellen“ politisches Asyl in der Bundesrepublik verweigert werden kann.

Dieser Scheinargumentation des Innenministers ist entgegenzuhalten, daß schon in früheren Jahren chilenische Regime-Gegner in die Bundesrepublik einreisen durften, ohne daß je ein Fall von „terroristischen Umtrieben“ gegen ihr Gastland bekannt geworden wäre. Zimmermann weiß das alles, oder müßte es eigentlich wissen. Doch er schenkt offenbar dem chilenischen Geheimdienst, einer faschistischen Militärgerichtsbarkeit, Folterern und Mördern mehr Glauben als etwa kirchlichen Menschenrechtsorganisationen oder gar seinem kompetenten Minister-Kollegen Blüm.

Oder ist etwa alles nur wieder CSU-Wahlkampfakt gegen die Liberalen, um „national-konservative Wähler“ nicht vom Bonner Bündnis abzuschrecken? Deren politisches Idol Strauß hatte nämlich 1977 posaunt, es sei „Unsinn davon zu reden, daß in Chile gemordet und gefoltert würde“ und kann auch jetzt die Folterpraktiken der Pinochet-Diktatur nur verharmlosend als „unfein“ bezeichnen.

Das Widerstandsrecht gegen unbeugsames Tyrannentum, sowohl von der katholischen Kirche, im Bonner Grundgesetz (Art. 20) als auch international in der Charta der Vereinten Nationen als legitimes Mittel anerkannt, ist solcherart Unverbesserlichen anscheinend vollkommen unbegreiflich - jedenfalls, wenn es sich um linke Regime-Gegner handelt. In

dieser Konsequenz hätte wohl selbst der Hitler-Attentäter Stauffenberg, von Zimmermann als „Kapitalverbrecher“ eingestuft, kein Asyl im „freien Teil Deutschlands“ erhalten.

Aber was ist auch anderes von einem Mann wie Zimmermann zu erwarten? War er es doch, der den Türken Kemal Altun in dessen faschistische Heimat ausliefern wollte und somit zum Selbstmordtrieb. Derselbe Zimmermann, der jüngst höchstpersönlich die Einreisesperre gegen den rechtsextremistischen Chef der „Grauen Wölfe“, Alpaslan Türkes, aus „humanitären Gründen“ aufhob!

Und schließlich: Die Leute von der CSU scheinen allesamt durchaus Zuneigung zu Gewalttätern zu empfinden, in ihrem Sprachgebrauch dann „Freiheitskämpfer“ genannt. Mitglieder der vom süd-afrikanischen Apartheidstaat gesponsorten UNITA scheiterten nicht an dubiosen „Sicherheitsüberprüfungen“, als sie auf Einladung von CSU-Obernen die Bundesrepublik besuchten. Genausowenig Kritik ist aus den Reihen der Rechtsaußen an den Morden und Verschleppungen durch nicaraguanische Contras zu vernehmen.

Die Hinrichtungen aussitzen?

Die Regierung mißt mit zweierlei Maß und muß sich im Fall der Chilenen von anderen Staaten vormachen lassen, was Humanität und Eintreten gegen Folterregimes bedeutet. Die EG-Staaten Österreich, Frankreich, Belgien und Italien haben keine Probleme mit antifaschistischen Widerstandskämpfern. Sie erklärten sich zur Aufnahme der 15 bereit. Selbst die christdemokratisch regierten Bundesländer Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und neuerdings Hessen erkennen in den 15 kein Sicherheitsrisiko.

Doch die Bundesregierung sieht vor der letztinstanzlichen Verurteilung der Chilenen „keinen Handlungsbedarf“ Kanzler Kohl gewinnt nicht eben an Profil, wenn er in bewährter Manier das Aussitzen von Problemen probt.

Kein Handlungsbedarf, so muß der Regierung vorgehalten werden, wenn die chilenischen Oppositionellen schwerste Folter über sich ergehen lassen müssen? Kein Handlungsbedarf, obwohl allgemein bekannt ist, daß die Hinrichtungen nach der Verurteilung in letzter Instanz i.d.R. ein bis fünf Tage später, oft auch schon wenige Stunden nach Urteilsverkündung erfolgen?

Bleibt nur zu hoffen, daß Kohl nicht so lange die zynische Rolle eines unbeteiligten Beobachters einnimmt, bis er sich mitschuldig gemacht hat an der Ermordung der Widerstandskämpfer – der Vorwurf des Beschützers von Folterern bleibt an ihm haften! Heidi Czapek

Chile

Interview mit Ivan Ljubetic

Kein Ausweg ohne Massenmobilisierung

Die Bildung der Vereinigten Linken (IU), der Rechtsruck der chilenischen Christdemokratie und die Vorbereitungen der Diktatur, mit einem „Referendum“ vor Anfang 1989 das Regime zu verewigen, werfen neue Fragen über die Aussichten des antidiktatorischen Kampfes in Chile auf. Nico Biver sprach für das AIB mit Ivan Ljubetic, dem bundesdeutschen Vertreter der wichtigsten IU-Partei, der Kommunistischen Partei Chiles (PCC), über diese Themen.



AIB: Kürzlich wurde in Chile das Bündnis Vereinigte Linke gegründet. Wie vollzog sich dieser Einigungsprozeß und welche Bedeutung hat dieses Ereignis?
I. LJUBETIC: Diese Organisation wurde am 26. Juni d.J., dem 79. Geburtstag von Salvador Allende (Chiles Präsident 1970-73; d. Red.), gegründet. Dies war die beste Ehrung für Allende, weil verwirklicht wurde, was Allende immer ge-

fordert hat: Die Einheit der Volksparteien.

Die IU entstand in einem Augenblick, in dem die Einheit der Linken besonders wichtig ist. Nach dem Juli 1986 war für die chilenische Opposition und besonders für die Linke, eine sehr komplizierte Lage entstanden.

Die USA, die Diktatur und die bürgerlichen Parteien haben mit allen Mitteln versucht, die PCC zu isolieren. Dies wurde besonders intensiv nach der Aktion der Patriotischen Front Manuel Rodriguez (FPMR) vom 7.9.1986 gegen Pinochet betrieben, jedoch ohne Erfolg.

Im Dezember desselben Jahres kam ein Treffen verschiedener Linksparteien zustande.

Im Ergebnis der anschließenden Diskussionen und der Bemühungen, die Einheit zu erreichen, entstand schließlich im Juni d.J. die IU.

Ihr gehören sieben Parteien an: die Christliche Linke, die Bewegung der Einheitlichen Volksaktion, die Bewegung der Revolutionären Linken (MIR), die

Selbstverteidigung gegen die Repression



Kommunistische Partei Chiles, die Radikale Partei Chiles, die Historische Sozialistische Partei und die Sozialistische Partei Chiles.

Diese Einheit ist u.a. deshalb bedeutsam, weil die IU nicht nur ein Zusammenschluß von marxistischen Parteien ist, wie es bei der Demokratischen Volksbewegung (MDP; 1983 gegründetes Bündnis aus Kommunisten, Sozialisten und MIR) der Fall ist, sondern ihr zusätzlich auch christliche und sozialdemokratische Parteien angehören.

AIB: Wird mit der Gründung der IU die MDP aufgelöst?

I. LJUBETIC: Innerhalb der MDP wird die Meinung vertreten, daß sie solange weiterbestehen sollte, bis die IU ihre ersten Schritte zurückgelegt und sich gefestigt hat. Diese Frage ist aber noch nicht vollständig ausdiskutiert.

AIB: Welche sind die wichtigsten Positionen und Ziele der IU?

I. LJUBETIC: Das wichtigste Ziel ist die Nichtanerkennung der Verfassung Pinochets und seines Regimes. Dies ist der große Unterschied zu den Parteien der Rechten und der Mitte.

Die IU sagt nein zur Einschreibung der Parteien und betont die Notwendigkeit der Massenmobilisierung. Hier unterscheiden sich die Parteien der IU von der Christdemokratischen Partei (PDC), die meint, es müsse Ruhe einkehren und es reiche aus, am Wahlprozeß teilzunehmen. Die IU erklärt, daß es keine Lösung in Chile geben wird, ohne den Kampf der Massen.

Ein weiteres wichtiges Ziel der IU ist die Einheit der gesamten Opposition. Außerdem schlägt sie für die Zeit nach Pinochet eine Entwicklung in Richtung Sozialismus vor. Das heißt, sie greift das Erbe von Allende auf.

AIB: Die PDC begründet ihre Ablehnung einer Einheit mit den Linksparteien und speziell der PCC immer wieder damit, daß die PCC eine militaristische Politik verfolgt. Stimmt dieser Vorwurf?

I. LJUBETIC: In Chile wird die Militarisierung der Politik seit 1973 von der Diktatur betrieben.

Die PCC verfolgt heute eine militärische Politik, die in der Ausbildung von militärischen Kadern, der Beibehaltung der Kampfeinheiten und in einer Politik gegenüber den Streitkräften besteht. Aber im Augenblick sieht die PCC die Verwirklichung ihrer Militärpolitik in der Selbstverteidigung der Massen. Hier deckt sich die Position der PCC mit denen der anderen sechs Parteien der IU.

AIB: Heißt das, die PCC gibt der Massenmobilisierung den Vorrang vor dem militärischen Kampf?

I. LJUBETIC: Natürlich. Wenn wir eine Reihenfolge aufstellen würden, würde an erster Stelle die Massenmobilisierung stehen, an zweiter die Selbstverteidigung

des Volkes und an dritter militärische Aktionen.

Die ersten beiden sind momentan für uns relevant.

AIB: Hängt diese Prioritätensetzung damit zusammen, daß die Massenmobilisierung seit Juli 1986 erheblich nachgelassen hat? Was sind die Gründe für diese Entwicklung?

I. LJUBETIC: Bis Juli 1986 hatte die Einheit der Opposition und die Massenmobilisierung ein hohes Niveau. Ein Beispiel hierfür war die Gründung der Bürgerschaftsversammlung am 26. April 1986 und die positive Entwicklung der Massenaktionen von Januar bis Juli. Der Höhepunkt war der nationale Streik am 2./3. Juli 1986.

Vorrang für Sozialkampf

Nachdem aber bei dieser Aktion die Massen in den Straßen und darunter auch die Christdemokraten mehr den Orientierungen der linken Parteien folgten als denen der Mitte-Rechts-Parteien, sahen die Diktatur, der Imperialismus und die bürgerlichen Parteien die Gefahr, daß es zu einer Lösung kommen könnte, bei der die Massen und die Volksparteien eine große Rolle spielen würden.

Deshalb zogen sich die PDC und die anderen bürgerlichen Parteien aus dem Privaten Politischen Komitee, einem inoffiziellen Gremium, dem alle Oppositionsparteien angehörten, zurück. Die PDC neutralisierte gleichzeitig die Aktivitäten der Bürgerschaftsversammlung und hat seitdem an keinem Protest mehr teilgenommen.

Die Volksparteien waren allein nicht in der Lage, diese Mobilisierung fortzusetzen.

Sie haben die Lage analysiert und einige Schwächen der antifaschistischen Bewegung ausgemacht.

Z.B. haben die Volksparteien großen Einfluß unter der Masse der Gewerkschaftsmitglieder, aber die Dachorganisationen, z.B. das Nationale Kommando der Werk tätigen (CNT), werden mehrheitlich von Christdemokraten kontrolliert. D.h. die demokratischen Spielregeln funktionieren nicht und die Christdemokraten verfügen über viel Einfluß, um die Aktionen der Arbeiter zu stoppen.

Ein anderes Problem ist, daß die Volksparteien zwar zurecht den politischen Kampf betonen, aber gleichzeitig dem Kampf für soziale und wirtschaftliche Forderungen der einzelnen Sektoren nicht genügend Kraft gewidmet haben. Dies versuchen wir jetzt zu ändern. In letzter Zeit hat es verstärkte Aktionen der Arbeiter, der Pobladores (Bewohner der Armenviertel) und der Studenten gegeben. Das heißt, daß die einzelnen ge-

sellschaftlichen Gruppen sich für ihre eigenen Belange einsetzen und diese gleichzeitig mit den großen Zielen des antidiktatorischen Kampfes verbinden.
AIB: Hängt dies auch damit zusammen, daß die Linkskräfte in den Einzelgewerkschaften an Einfluß gewonnen haben?
I. LJUBETIC: Das stimmt. Z.B. haben im März d.J. die Wahlen zum Nationalrat der Kupferarbeitergewerkschaft stattgefunden. Dabei erhielten die Linken 7 von 15 Sitzen, die Christdemokraten 5 und die Diktaturanhänger 3 Sitze.

Die Führung der Gewerkschaft wird jetzt erstmals seit fast 20 Jahren von Linken gestellt. Dies ist sehr bemerkenswert, denn die Kupferarbeiter waren für die Volksparteien immer ein Problem.

AIB: Haben die Kupferarbeiter in der Zeit der Regierung der Unidad Popular nicht sogar gegen die Regierung gestreikt?

I. LJUBETIC: Ja, es hat damals in allen Kupferminen große Streiks gegeben. Aber sie haben jetzt ihre Position verändert.

Die Linke hat auch in anderen Gewerkschaften, etwa bei den Bauarbeitern, wo sie immer die Hauptkraft war, ihren Einfluß noch vergrößern können. Gleiches gilt auch für andere Sektoren, etwa für die Mapuche-Indianer, wo die Linke die gesamte Führung ihrer Organisation, der Ad-Mapu stellt, oder für die Studenten. Im November 1986 gewann die Linke die Studentenwahlen an 11 von 19 Universitäten.

AIB: Hängt die Absage der Parteien der Mitte und der Rechten an eine Zusammenarbeit mit den Linksparteien auch mit der Absicht Pinochets zusammen, spätestens Anfang 1989 ein „Referendum“ über seinen Verbleib im Amt abzuhalten? Sehen hierin die Christdemokraten die Möglichkeit, ohne eine Volks-



Manifest der Vereinigten Linken

Am 26. Juni d.J. gründeten sieben chilenische Linksparteien ein neues Parteienbündnis, die Vereinigte Linke (IU). Mitglieder der IU sind die Christliche Linke, die Bewegung der Einheitlichen Volksaktion (MAPU), die Bewegung der Revolutionären Linken (MIR), die Kommunistische Partei Chiles, die Radikale Partei Chiles, die Historische Sozialistische Partei und die Sozialistische Partei Chiles. Sie wandten sich mit einem programmatischen Manifest, das wir in Auszügen dokumentieren, an die chilenische Öffentlichkeit.

Die politischen Parteien der Linken, die das vorliegende Dokument unterzeichnen, erklären, daß sie sich zusammengefunden haben, um für die schnellstmögliche Beendigung des gegenwärtigen Regimes zu kämpfen...

I. Für eine Linke, vereint für die Demokratie und die Veränderungen

(...) Wir haben uns als politische Linksparteien vereinigt, um die soziale Mobilisierung für die nationalen Forderungen und Erfordernisse voranzutreiben und zu steigern... Unsere Parteien werden weiterhin darauf dringen, ausreichende Grundlagen für das Zusammenwirken der gesamten Opposition zu finden, um die Absichten Pinochets und seines Regimes zu durchkreuzen, die Herrschaft zu verewigen.

Wir verpflichten uns, unermüdet zu kämpfen, um folgende grundlegenden Ziele zu erreichen:

Beendigung der Diktatur und Wiederherstellung der usurpierten Demokratie Chiles... Wir verpflichten uns, den Staat und die Gesell-

Frauenprotest gegen die Diktatur



schaft zu demokratisieren...

Wiedergewinnung der Würde Chiles als Volk und Nation, indem wir Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung in den Fällen von Menschenrechtsverletzungen fordern; wir eine drastische Umverteilung der Einkommen herbeiführen...; die monopolistische Konzentration des Eigentums und des Reichtums beenden; der Auslieferung des Landes an die transnationalen Firmen ein Ende setzen; und indem wir angesichts der imperialistischen Intervention die Forderung nach vollständiger Beachtung des Selbstbestimmungsrechtes erheben (...).

Die Volksbewegung aufzubauen, zu stärken und zu entwickeln... Die breite und einheitliche soziale Organisation im Kampf für seine grundlegenden Forderungen und die Demokratie wird es dem Volk ermöglichen, seine eigene Macht aufzubauen...

Aufbau einer neuen Gesellschaft. Die Lebensfähigkeit und die Stärkung unserer demokratischen Zukunft sind unaufloslich verbunden mit der Entwicklung von großen und tiefgreifenden Veränderungen im Land. Wir orientieren auf den Aufbau einer sozialen und politischen Kraft für die Veränderungen, die über eine Mehrheit verfügt und die in einem einzigen historischen Projekt die Ziele der Freiheit und Gerechtigkeit, der Demokratie und des Sozialismus vereint.

Der Sozialismus den wir anstreben... wird die aktive Teilnahme des Volkes an der Ausübung der Macht und an der wirtschaftlichen und sozialen Leitung bedeuten. (...)

Wir drücken die Entschlossenheit aus, von der aktuellen Koordination der Linken zu einem höheren politischen, programmatischen und organischen Niveau zu gelangen, indem wir eine einheitliche Leitung der Gesamtheit der Linkskräfte bilden, mit der Perspektive einer neuen Koalition, die die heute bestehenden überwinden würde...

II. Unser Weg des Kampfes

Die Erfahrung dieser Jahre des Kampfes bestätigt uns wieder darin, daß der grundsätzliche Weg, um die Diktatur zu beenden und die Demokratie zu erobern, die einheitliche, andauernde und wachsende Mobilisierung der verschiedensten sozialen und politischen Sektoren des Landes und die breitestmögliche Abstimmung der Opposition ist. (...)

Der chilenischen Linken obliegt die wesentliche Verantwortung, den Massenkampf zu verstärken, und dies umso mehr als es Sektoren gibt, deren Praxis auf einen Ausweg innerhalb des Systems setzt, womit ein antidemokratisches... Regime verewigt würde. (...)

Wir streben eine politische Niederlage der Diktatur an. (...)

Wir betrachten das politische System sowie die juristische, wirtschaftliche und soziale Ordnung, wie sie in der Verfassung von 1980 festgeschrieben wurde, als unvereinbar mit der Demokratie. (...)

Die Linksparteien sind nicht bereit, einem Ausweg des Landes aus der Krise zuzustimmen, der auf der Marschroute und den Mechanismen eines angeblichen Übergangs im Rahmen der antidemokratischen und illegitimen Institutionen der Verfassung von 1980 und der politischen Gesetze, die ihr entsprechen, beruht. Wir lehnen das Gesetz über die politischen Parteien kategorisch ab. (...)

Wir wünschen keine Gewalt, und deshalb suchen wir den Aufbau eines neuen Regimes, in dem die legitimen Differenzen durch politische, friedliche und demokratische Mittel bei-

gelegt werden. (...) Die Militarisierung der Politik ist und war nie eine Option der chilenischen Volkskräfte. (...)

Wir erkennen das legitime Recht des Volkes an, sich zu verteidigen.

III. Unsere Sicht des Übergangs

Um einen wirksamen Übergang zur Demokratie in die Wege zu leiten, schätzen wir es als grundlegend ein, einen Weg zu sichern, der dem Volk die Souveränität vollständig zurückgibt. Dies muß sich ausdrücken in:

a) Einsetzung einer provisorischen Regierung des Nationalen Notstands, die auf dem breiten Konsens der demokratischen Kräfte beruht.

b) Freier und demokratischer Wahl aller politischen Autoritäten des Staates, des Präsidenten der Republik und der Verfassungsgebenden Versammlung oder des Kongresses, mit voller Teilnahmegarantie aller politischen Sektoren. (...)

IV. Unser Aufruf an alle demokratischen Kräfte für einen nationalen Konsens

Wir wiederholen den Aufruf der Linken an alle oppositionellen Kräfte, sich im Rahmen einer gemeinsamen Kampfstrategie abzustimmen auf der Basis von expliziten Übereinstimmungen bezüglich des Übergangs und der Grundsätze des zukünftigen demokratischen Regimes. (...)

V. Die heutigen Aufgaben

Soziale Mobilisierung für die Forderungen des Volkes und freie demokratische Wahlen

Es ist von grundsätzlicher Bedeutung, mit erneuerter Energie die soziale Mobilisierung, die sich auf den Kampf für die wirtschaftlichen und sozialen Forderungen, für die Menschenrechte und die Demokratie gründet, voranzutreiben. In diesem Sinne erklären wir unsere Bereitschaft, die sozialen Forderungen und die nach freien und demokratischen Wahlen zu vereinen und heute in den Vordergrund zu stellen. Um diese Pole wird sich der demokratische Kampf in der nächsten Zeit organisieren und strukturieren.

a. Soziale Mobilisierung für die Forderungen des Volkes

Die Linke ruft alle sozialen und politischen Organisationen auf, die soziale Mobilisierung und die Vorkämpferrolle des Volkes zu reaktivieren und zu stärken, und dabei von seinen dringendsten Forderungen auszugehen. (...)

b. Mobilisierung für freie und demokratische Wahlen

Die Forderung nach freien und demokratischen Wahlen ist gerecht, ein legitimes Bestreben des chilenischen Volkes. (...)

Damit die Forderung nach freien und demokratischen Wahlen ein wirklicher Beitrag zum antidiktatorischen Kampf wird, muß sie unaufloslich verbunden sein mit der Gesamtheit der Kämpfe des Volkes... Es wird keine freien und demokratischen Wahlen ohne Mobilisierung geben. (...)

Jeglicher Wahlakt im Rahmen der momentanen Legalität ist illegitim, unmoralisch und betrügerisch. (...)

c. Kampfkommando für die Forderungen des Volkes und für freie und demokratische Wahlen

Um die Handlungen aller sozialen und politischen Organisationen abzustimmen, ... ruft die chilenische Linke dazu auf, ein Kampfkommando für die Forderungen des Volkes und für freie und demokratische Wahlen zu bilden und es ausgehend von den Gemeinden landesweit aufzubauen. (...)

(Quelle: Manifiesto de la Izquierda Unida, Santiago, 26.6.1987)

mobilisierung an die Macht zu kommen?

I. LJUBETIC: Die Chilenen haben bereits Erfahrungen mit zwei „Referenden“ unter dieser Diktatur gemacht, die beide eine Farce waren. Dies wurde sogar vom ehemaligen Juntamitglied General Leigh bestätigt, der deshalb seinen Hut nehmen mußte.

Beim sog. „Referendum“ von 1989 ist nichts anderes zu erwarten. Der Wahlauschluß wird von der Diktatur eingesetzt und sie kontrolliert den gesamten Ablauf des „Referendums“. Außerdem steht nur ein Kandidat zur Auswahl, der von der Junta bestimmt wird.

Man kann also nur mit Ja oder Nein abstimmen. Und es gibt keine Sicherheit, daß sie eine Mehrheit von Nein-Stimmen respektieren werden, die es sicher geben wird. Denn ich glaube, daß der Kandidat Pinochet heißen wird. Er befindet sich bereits jetzt im Wahlkampf.

Die PDC macht sich große Illusionen. Sie glaubt, daß allein schon das Einschreiben in die Wählerlisten eine Sicherheit für die Demokratisierung sei. Patricio Alwyn, der neue Vorsitzende der Christdemokratischen Partei, hat wiederholt erklärt, daß, wenn sich 5 Mio in die Wahlregister eintragen, der Kandidat der Diktatur beim Referendum abgelehnt würde, und dann Pinochet gezwungen wäre, für 1990 Wahlen auszuschreiben, bei denen ein demokratischer Kandidat gewinnen könnte.

Das ist nur ein Traum. Denn die Verfassung von 1980 ist darauf angelegt, Pinochet bis zum Jahr 2007 an der Macht zu halten.

AIB: Wenn er so alt wird...

I. LJUBETIC: Ja, hoffentlich nicht.

AIB: Gibt es besondere Beschränkungen bei der Eintragung in die Wählerlisten?

I. LJUBETIC: Man braucht vor allem Zeit und Geld, um sich in die Wählerlisten einzutragen. Man braucht einen neuen Personalausweis, der fast 2.000 Pesos kostet.

Dabei gibt es Arbeiter, die nur 3.000 Pesos im Monat verdienen. Die Einschreibeprozedur ist so langwierig, daß es technisch unmöglich ist, daß sich 5

Die Armee, Hauptstütze Pinochets



Chile-Demonstration am 5. September in Bonn

Für den 5. September ruft die Demokratische Volksbewegung (MDP) Chiles zu einer bundesweiten Demonstration in Bonn gegen die Pinochet-Diktatur auf.

Im Aufruf wird u.a. gefordert, daß die Bundesregierung die Freilassung der 15 „compañeros“, die die chilenische Diktatur zum Tode verurteilt will, verlangt und deren Aufnahme in der Bundesrepublik gutheißt; daß die Bundesregierung sich für die Freilassung von Beatriz Brinkmann und aller anderen politischen Gefangenen einsetzt.

Die MDP und die Unterstützer der Aktion fordern die Aufhebung der sog. „Sicherheitsüberprüfung“ und Aufnahme in der Bundesrepu-

blik für all diejenigen, deren Leben und Freiheit wegen ihres Kampfes für Freiheit und Demokratie bedroht ist. Sie verlangen die Einstellung jeglicher politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hilfe der BRD für die Diktatur. Und sie bekunden ihre Solidarität mit dem Freiheitskampf des chilenischen Volkes.

Die Demonstration wird u.a. unterstützt von folgenden Organisationen (Stand 12.8.1987): Die GRÜNEN, Bundeskongreß entwicklungs-politischer Aktionsgruppen (BUKO), Anti-imperialistisches Solidaritätskomitee (ASK), Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ), Sozialistische Jugend – Die Falken.

oder 7 Mio Chilenen, wie es die Christdemokraten wollen, bis zum Referendum einschreiben.

AIB: Gibt es bei der Einschreibung auch Beschränkungen aus politischen Gründen?

I. LJUBETIC: Natürlich. Pinochet hat erklärt, daß Leute, die den Klassenkampf befürworten, sich nicht eintragen dürfen.

AIB: Eine ähnliche Konzeption steckt wohl auch hinter dem Parteiengesetz?

I. LJUBETIC: Das Parteiengesetz leitet sich aus der Verfassung von 1980 ab. In ihr steht, daß Chilenen, die den Klassenkampf befürworten und gegen die Familie sind, keine Bürger sind.

Wer wählen will, muß zahlen

Es schließt die Linksparteien von der Zulassung aus. Außerdem müssen alle Parteien, die ihre Zulassung beantragen, eine Liste ihrer Mitglieder und Leiter einreichen. Führer von Gewerkschaften und Massenorganisationen dürfen politischen Parteien nicht angehören.

Trotzdem wollen die Parteien der Rechten und der Mitte, darunter die Christdemokraten, unter diesen Bedingungen ihre Registrierung beantragen.

AIB: Die PDC hat vom 31. Juli bis 2. August d.J. ihren Parteikongreß abgehalten und Patricio Alwyn zu ihrem neuen

Vorsitzenden gewählt. Für welche Politik steht er und welche Ergebnisse brachte dieser Kongreß?

I. LJUBETIC: Der rechte Flügel hat auf dem Parteitag den Sieg davongetragen. Die Entwicklung ist vergleichbar mit der von Ende Mai 1973, als die PDC – wie jetzt auch – eine Führung wählte, die ausschließlich aus Vertretern des rechten Flügels bestand. Bis Juli d.J. war Gabriel Valdes, der nicht so weit rechts steht wie Alwyn, Vorsitzender, aber der Führung gehörten auch Vertreter des linken Flügels an.

Im Mai 1973 war ebenfalls Alwyn zum Vorsitzenden gewählt worden. Er betrieb die Annäherung an die Faschisten und vertrat die Losung „nichts für Allende – alle gegen Allende“.

Seine jetzige Wahl ist kein Zufall, denn die PDC will heute in die gleiche Richtung: gegen die Volksparteien und Zusammenarbeit mit den Faschisten. Der Beschluß, sich als Partei einschreiben zu lassen, bedeutet die Zustimmung zur Farce von Pinochet.

Dies ist nicht nur gefährlich für Chile, sondern auch für die PDC, da sie die Namen aller Mitglieder an die Diktatur aushändigen muß. Sie geben sich der Illusion hin, sie könnten so an die Regierung kommen.

Ähnlich erging es ihnen schon 1973, als sie glaubten, daß das Militär nur drei Monate an der Macht bleiben und sie dann an die PDC übergeben würde. Sie wiederholen heute den gleichen Fehler. Denn selbst mit Unterstützung der USA wird ein kontrollierter Übergang wie im Falle Philippinen, Brasilien, Argentinien und Uruguay nicht möglich sein, da die Orientierung auf die Wahlen zu einer Demokratisierung der Massen führt. Die Christdemokratische Partei hat erklärt, sie würde nie wieder den „gefährlichen Weg der Mobilisierung der Massen“ wiederholen.

Damit haben die Christdemokraten ihre eigenen Prinzipien verlassen, denn selbst der Begriff „Massenmobilisierung“ stammt von ihnen.

Gespräch mit Marcelo Reyes Der bewaffnete Kampf ein notwendiges Element



FPMR-Gruppe bei Aktionsvorbereitungen

Spätestens seit dem mißglückten Attentat auf Diktator Pinochet vom 7. September 1986 ist die Patriotische Front Manuel Rodriguez (FPMR) weltweit bekannt geworden. In den letzten drei Jahren führte sie 1.770 Aktionen gegen die Diktatur durch, womit sie die aktivste bewaffnete Widerstandsorganisation in Chile ist. Daher rührt auch die verschärfte Repression, die das Regime gegen die FPMR entfesselt hat. 12 Angehörige der Front wurden in der Nacht vom 15. auf den 16. Juli d.J. kaltblütig vom Geheimdienst ermordet. 150 Mitglieder werden in den Kerkern der Diktatur gefangengehalten.

Wir sprachen mit dem Europa-Vertreter der FPMR, Marcelo Reyes, über die Ziele und Aktivitäten seiner Organisation.

AIB: Warum wurde die FPMR gegründet und welche Ziele verfolgt sie?

M. REYES: Die Lage des chilenischen Volkes ist für niemanden ein Geheimnis. Schon seit fast 14 Jahren herrscht in unserem Land eine faschistische Diktatur.

Während den ersten 10 Jahren hat die antifaschistische und antidiktatorische Bewegung alle Anstrengungen unternommen, um den Faschismus zu beseitigen. Man versuchte, die Einheit der Opposition herzustellen, Abkommen zu schließen, Vorschläge zu machen, Dialoge zu führen — also sich mit all den Mitteln zur Wehr zu setzen, die traditionell zur Politik unseres Landes gehören, das mehr als 150 Jahre lang demokratisch regiert worden war.

Den politischen Vorschlägen der Opposition begegnete Pinochet mit militärischer Repression. Bis heute hat er sich nur an der Macht gehalten, weil er sich auf seine Waffengewalt stützen kann. Deshalb glauben wir — und dabei sind wir uns sicher —, daß der Faschismus auch in Zukunft versuchen wird, sich auf diese Weise die Macht zu sichern.

Es hat sich gezeigt, daß die traditionellen Methoden der Politik nicht ausreichen, um den Faschismus zu stürzen. Wir müssen diesen Kampf um eine neue hinzufügen: das bewaffnete, das militärische Element.

Dabei muß dieses nicht zum wichtigsten Element werden, aber es ist ein ergänzender Faktor, der dem antifaschistischen Widerstand fehlt, um zu siegen. Deshalb gründeten wir am 14. Dezember 1983 die FPMR, um die Lücke zu füllen, die zu dieser Zeit in unserem antidiktatorischen Kampf noch bestand.

AIB: Die Christdemokraten und andere Kräfte der rechten Mitte sprechen von einem Widerspruch zwischen der Einheit der Opposition und der Praxis des bewaffneten Kampfes. Was denkt die FPMR diesbezüglich?

M. REYES: Wir glauben, daß es im Moment auch dann Probleme mit der Einheit der Opposition gäbe, wenn die Diskussion um die Anwendung verschiedener Kampfmethoden nicht geführt würde.

Und wir glauben auch, daß es — im weitesten Sinne des Wortes — niemals eine völlig einheitliche Opposition geben kann, aus der einfachen Tatsache heraus, daß innerhalb der Opposition verschiedene politische Konzepte bestehen. Wir müssen sehen, daß sich die Opposition bis hin zu Rechtsparteien erstreckt.

Die Interessen dieser Sektoren sind verständlicherweise völlig anders gelagert, als die Interessen solcher Parteien wie sie beispielsweise in der MDP (Demokratische Volksbewegung), in der Kommunisten, Sozialdemokraten und die Bewegung der Revolutionären Linken vereint sind; d. Red.) zu finden sind, die in erster Linie die unteren Schichten, die Bauern, die Arbeiter, die Studenten, die Mittelschichten der chilenischen Gesellschaft repräsentieren. Diejenigen, die heute den bewaffneten Kampf in Frage stellen, tun dies nicht aus der Überlegung heraus, ob diese Kampfmethoden geeignet ist oder nicht, sondern mit der Überlegung, ob sie selbst mit Hilfe dieser Kampfmethoden eine ihren besonderen Interessen entsprechende Lösung des Problems erreichen können.

AIB: Wie sind die Beziehungen der FPMR zu den politischen Parteien?

M. REYES: Wir haben immer gesagt, daß wir mit allen Kräften Beziehungen aufnehmen wollen, die das wünschen. Wir unterhalten enge brüderliche Beziehungen

mit allen politischen Gruppierungen und Menschen, die sich in den Kampf einreihen, den rodrigitischen Milizen beitreten, wie auch allen anderen Gruppen, die bis heute in Chile den Kampf aufgenommen haben. Denn in Chile kämpft nicht nur die FPMR.

Es gibt die rodrigitischen Milizen, die MIR hat einen aktiven militärischen Apparat, die Jugendbewegung Lautaro der MAPU (Bewegung der Einheitlichen Volksaktion; d. Red.), das Kommando des 5. April der Sozialisten oder der militärische Apparat der Kommunistischen Partei und ihrer Jugendorganisation sowie zahlreiche parteilose Chilenen, die mit den rodrigitischen Milizen sympathisieren oder sich ihnen anschließen. Innerhalb dieser Milizen nehmen sogar Mitglieder der Jugendorganisation der Christdemokratischen Partei aktiv am bewaffneten Kampf teil.

So haben wir durch die rodrigitischen Milizen einen engen Kontakt zu einer breiten Bevölkerung. Und das ist unbedingt notwendig. Alle Erfahrungen zeigen, daß der bewaffnete Kampf dann zum Scheitern verurteilt ist, wenn er nicht vom Volk getragen wird, sondern dieses eine bloße Zuschauerrolle übernimmt.

AIB: Wie sind die rodrigitischen Milizen organisiert?

M. REYES: Sie haben im Moment im wesentlichen den Charakter von Selbstverteidigungsgruppen. Später werden sie ihre Kampfform, ihre militärische Organisation und ihre Bewaffnung weiterentwickeln und offensivere Aktionen durchführen können.

Jeder kann bei ihnen mitmachen. Heute beginnen die Leute sogar schon, die Milizen spontan zu gründen, Kampfverbände, die aus 10 Leuten bestehen, zusammenzustellen. Sind diese Verbände aufgestellt, schickt die FPMR Instrukteure, die die militärische Anleitung in der Strategie und Taktik der Selbstverteidigung der Massen übernehmen.

Von diesem Kern aus können wieder neue Leute gewonnen werden. So können Züge der Milizen gebildet werden, denen jeweils 30 Leute angehören und im nächsten Schritt Kompanien der Milizen, die aus 90 Kämpfern bestehen. Und heute beginnen wir schon damit, territoriale Einheiten aufzustellen, denen jeweils mindestens 150 Kämpfer angehören.

Das haben wir in nur drei Jahren entwickelt.

AIB: Wie bewertet Ihr die Situation innerhalb der Streitkräfte?

M. REYES: Der größte Teil des Militärs, vor allem seine Spitze, unterstützt zweifellos Pinochet. Aber an der Basis, in den unteren Dienstgraden besteht die Angst, daß sie ihre Köpfe hinhalten sollen für das, was nicht sie, sondern der Generalstab zu verantworten hat.

Tyrannenmord ist legitim

Mit der Zunahme der sozialen Mobilisierung des Volkes nehmen auch innerhalb des Militärs die Widersprüche zu, die bis in höhere Ränge reichen. Es waren immer solche Situationen, in denen hohe Offiziere desertierten.

Die Generäle, Oberste, Offiziere schicken Briefe an die Oppositionsparteien und die FPMR, in denen sie ihre Unschuld beteuern. Es gibt Offiziere, die uns vorschlagen, Möglichkeiten zu untersuchen, wie sie mit uns kooperieren können, um die Freiheit Chiles wiederherzustellen.

Unserer Arbeit in den faschistischen Streitkräften messen wir große Bedeutung zu. Und dort gibt es Offiziere und Soldaten, die den Einheiten der FPMR angehören.

Auch wenn die Faschisten ihre ideologische Arbeit noch verstärken, werden sie die genannten Tendenzen innerhalb der Streitkräfte doch verstärken. Denn es gibt kein „perfektes“ Heer, das unabhängig von der Mobilisierung

und dem Willen des Volkes, das für Freiheit und Demokratie kämpft, besteht. Das wichtigste Mittel zur Destabilisierung der Streitkräfte ist daher heute unserer Meinung nach die Mobilisierung der Massen; aber eine tatsächliche Mobilisierung, die nicht nur pazifistische Aktionen erlaubt.

AIB: Welchen Wert mißt die FPMR der Aktion gegen Pinochet vom 7. September 1986 bei?
M. REYES: Wir sind davon überzeugt, daß diese Aktion politisch richtig war.

Wie alle Aktionen der FPMR war es eine Aktion mit politischer Zielsetzung. Ihr Ziel war der Tyrannenmord, ein legitimes Recht unseres Volkes. Und wir sind sicher, daß sich bei einem Erfolg der Aktion das bestehende Kräfteverhältnis erheblich zugunsten des Volkes verschoben hätte.

AIB: Wie ist die Situation der politischen Gefangenen der FPMR in den faschistischen Gefängnissen?

M. REYES: Die Situation unserer Mitkämpfer unterscheidet sich nicht von der anderer politischer Gefangener in Chile.

In erster Linie sind sie zu unrecht im Gefängnis. Sie alle wurden verhaftet, weil sie für die Freiheit und Demokratie in Chile kämpfen. Die Verbrecher sind andere. Es sind die, die heute in Chile die Macht haben, die mehr als 30.000 Patrioten ermordeten, 2.500 Personen verschwinden ließen, diejenigen, die töteten, massakrierten, Leute verbrennen oder ihnen die Kehlen durchschneiden.

Sie wurden schrecklich gefoltert, zum Beispiel, indem man ihnen lebendige Ratten in den Mund steckte, die Frauen vergewaltigte, ihnen Drogen verabreichte. Aber das alles konnte die mutige und würdige Haltung der politischen Gefangenen der Frente, wie der aller politischen Gefangenen in Chile, nicht brechen. Im Gegenteil. Ihr Kampf geht weiter.

Solidarität heißt auch Einheit

AIB: Wie kann die Solidaritätsbewegung mit der FPMR in der Bundesrepublik diese am besten unterstützen?

M. REYES: An erster Stelle steht, die Solidarität mit Chile weiterzuentwickeln.

Die Bevölkerung in der Bundesrepublik muß dafür sensibilisiert werden, daß in Chile Faschismus herrscht und das chilenische Volk ein Recht dazu hat, sich gegen diese Terrorherrschaft zu verteidigen. Man muß den Leuten klar machen, daß wir das Recht haben, dazu alle Kampfmethoden zu benutzen, da die Faschisten ihre Macht nie freiwillig aus den Händen geben werden.

Man muß die demokratischen Kräfte dieses Landes dafür gewinnen, die konsequentesten und fortschrittlichsten Kräfte der chilenischen Opposition zu unterstützen. Dazu gehören nicht nur die FPMR, sondern auch alle die Parteien und Organisationen, die alle Kampfmethoden anwenden und deren Mitglieder ihr Leben für die Rückkehr der Demokratie in Chile geben.

AIB: Wie kann die materielle und ökonomische Hilfe für die FPMR verbessert werden?

M. REYES: Das erste ist die Unterstützung unserer politischen Gefangenen.

Dazu gehört der Druck auf die Bundesregierung, daß sie politischen Häftlingen Asyl gewährt. Auch vor internationalen Organisationen muß die Situation der politischen Gefangenen in Chile angeklagt werden.

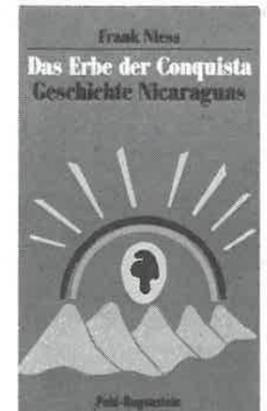
Das zweite ist die finanzielle Unterstützung. Es gibt verschiedene Formen der Unterstützung. Aber wir wollen auf eines hinweisen: es ist wichtig, daß die Solidaritätsbewegung auch die Einheit unterstützt, und d.h. auch, alle die Gruppen zu unterstützen, die heute in Chile gegen den Faschismus kämpfen.

DRITTE WELT

Aktuell



Weltwirtschaftliche und -politische Zusammenhänge, Auswirkungen auf die 3. Welt und Lösungsansätze.
KB 393. 239 S., DM 14,80



Das umfassende Studienbuch, in journalistischem Stil geschrieben, wendet sich an alle, die sich mit der Entwicklung Nicaraguas befassen.
KB 406. 498 S., DM 19,80



Iran seit Beginn des 20. Jhs. Entwicklung von Wirtschaft, Politik und Ideologie seit der Volksrevolution.
KB 412. 502 S., zahlr. Abb., DM 24,80



Interviews, Fakten und Materialien über Südafrika, El Salvador, Afghanistan, Nicaragua, Angola, Vietnam, Kuba, China, Iran u. a.
KB 439. 304 S., DM 16,80



Volksreligiosität/Kirche, Sekten; die Folgen des Papstbesuches. Erfahrungsberichte aus Basisgemeinden, Dokumentation.
KB 444. 212 S. mit Fotos, DM 14,80



Widerstand und Befreiungskampf
Texte von Mandela, Luthuli, Boesak, Tutu. Dokumente der Gewerkschafts-, Frauen- und Jugendbewegung. UNO-Liste deutscher Firmen in Südafrika.
KB 384. 285 S., DM 14,80

Pahl-Rugenstein

Peter Imbusch Festhalten am Status Quo

„Mexiko ist zahlungsfähig und wird seine Zahlungen nicht suspendieren. Jedoch sind seine wirtschaftspolitischen Ziele nicht wie seine Auslandsschuld verhandelbar.“¹

Dies erklärte jüngst Finanzminister Gustavo Petricoli in Mexiko-Stadt. Gleichzeitig wies er auf die Notwendigkeit der weiteren Unterstützung der internationalen Finanzwelt dabei hin, die internen wirtschaftlichen und finanziellen Anpassungsprozesse weiterzuführen. Ende März d.J. wurde endlich das Kreditpaket in Höhe von 7,7 Mrd \$ vom September 1986 unter Dach und Fach gebracht, im Juni mit den Banken Einigkeit über die endgültige Umschuldung von 9 Mrd \$ des Privatsektors erzielt.

Der Direktor der Banco de Mexico, M. Mancera, sieht entsprechend keinen Grund für ein Moratorium und der wichtigste Unternehmerverband CCE hat dies sogar strikt abgelehnt. Er fürchtet u.a. um die traditionell guten Beziehungen der Großbourgeoisie zum US-amerikanischen und internationalen Finanzkapital.

„Wachsen, um zu zahlen“?

Mit den neuen Krediten soll die Wirtschaft angekurbelt werden. „Wachsen, um zu zahlen“ heißt die Devise des Präsidenten Miguel de la Madrid. Dem stehen allerdings die wirtschaftlichen Realitäten entgegen. Eine Reihe von verarbeitenden Industrien steht vor dem Zusammenbruch. Gewaltige Umsatzeinbußen erlebten 1986 die Automobilindustrie (und Zulieferbetriebe), die Textil- und Bekleidungsindustrie sowie die Hersteller langlebiger Konsumgüter. Die industriellen Kapazitäten sind im Durchschnitt nur zu 50% ausgelastet. Wegen fehlender Investitionen wurde die Infrastruktur stark in Mitleidenschaft gezogen.²

Durch Arbeitslosigkeit und Inflation (1986: 105,7%) ist die Kaufkraft breiter Bevölkerungsschichten zusammenschmolzen. Umsätze von Einzelhandelsketten sind im letzten Jahr um 20-40% geschrumpft, da die Lohnsteigerungen weit hinter der Inflation zurückbleiben. Mußte ein Arbeiter 1982 noch 50 Wochenstunden für ein Minimum an



Streikende Elektrizitätsarbeiter

Nahrungsmitteln arbeiten, sind es heute bereits 85 Stunden. Für viele geht's nur noch ums Überleben.³

Die sozialen Kosten der Austeritätspolitik (Spar-; d. Red.) und des Transfers von beinahe 50 Mrd \$ ins Ausland in den letzten fünf Jahren sind ungeheuerlich und dürften noch weiter steigen. In den ersten Monaten d.J. mußte Mexiko 2/3 seiner gesamten Exporteinnahmen für den Schuldendienst aufwenden.⁴

Dadurch wurde das verknöcherte politische System in letzter Zeit immer wieder auf harte Proben gestellt. Die soziale Unzufriedenheit hat sich in den letzten Wochen und Monaten für mexikanische Verhältnisse ungewöhnlich scharf artikuliert.

Soziale Konflikte nehmen zu

Es begann am Anfang d.J. mit den Studentenprotesten, die sich gegen eine Reform der UNAM, der mit 350.000 Angehörigen größten Universität Lateinamerikas, richteten. Diese sah angesichts immer geringerer finanzieller Mittel, Studienzugangsbegrenzungen und Gebührenerhöhungen vor. Die Universität wurde 20 Tage lang bestreikt. Allein am 21. Januar demonstrierten 200.000 Studenten und Gymnasiasten in Mexiko-Stadt. Da die Forderungen aber keinen explizit politischen Charakter hatten und sich

auf die Universität beschränkten, konnte das mexikanische System einmal mehr seine Flexibilität unter Beweis stellen und dem Protest durch Aussetzung der Reform und eine Erhöhung der Ausgaben für die Universität um 127% die Spitze nehmen.⁵

Im März d.J. kam es dann zur größten regierungsfeindlichen Demonstration seit Jahrzehnten. Die Mexikanische Gewerkschaft der Elektrizitätsarbeiter (SME), die nicht der von der regierenden Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) kontrollierten Konföderation der Werktätigen Mexikos (CTM) angehört, trat in den Streik, um einer Lohnforderung von 23% Nachdruck zu verleihen. Am 3. März marschierten 300.000 Elektrizitätsarbeiter, Mitglieder anderer unabhängiger Gewerkschaften und Studenten in Mexiko-Stadt zur Unterstützung der SME, gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung und die Fortsetzung des Schuldendienstes.⁶ Nachdem die Regierung den Streik für „nicht existent“ erklärt hatte, die Elektrizitätsgesellschaft darauf hingewiesen hatte, sie befände sich im Konkurs und die Solidarität des Gewerkschaftsdachverbandes Kongreß der Arbeit (CT), dem sowohl CTM als auch SME angehören, verbal blieb, wurde der Streik nach fünf Tagen ergebnislos abgebrochen.

Auf dem 13. Nationalkonvent der PRI, der gleichzeitig stattfand, wurde der

Streik mit keinem Wort erwähnt. Der Parteitag war ohnehin nicht mehr als ein Monolog der Macht.

„Wir sind hier zusammengekommen“, so Parteivorsitzender Jorge de la Vega Dominguez, „um den Wahlsieg und den Erhalt der Macht vorzubereiten.“⁷ Niemand zweifelt ernsthaft daran, daß die Partei diese beiden Ziele im nächsten Jahr erreichen wird. Doch das Auftreten einer innerparteilichen „demokratischen Strömung“ verdeutlicht, daß selbst innerhalb des PRI Widersprüche offen aufbrechen und es zunehmend gewichtige Stimmen gibt, die ein Umdenken fordern.

Als die prominentesten Vertreter der öffentlichen Kritik an der PRI können Cuauthemoc Cárdenas, der Sohn des legendären Ex-Präsidenten Lázaro Cárdenas, der 1938 die Erdölproduktion verstaatlichte, und ehemaliger Gouverneur von Michoacan, und Porfirio Muñoz Ledo, der in den beiden letzten Regierungen Ministerämter innehatte und gegenwärtig ständiger Vertreter Mexikos bei der UNO ist, angesehen werden.

In einem offenen Brief an die PRI-Abgeordneten hatte Cárdenas Erstarrung, antidemokratischen Autoritarismus, Intoleranz, Gegensatz zu den Ideen und dem Werk der mexikanischen Revolution innerhalb des PRI gegeißelt. Nach Ansicht des PRI-Vorstandes hat sich Cárdenas damit selbst aus der Partei ausgeschlossen.

Entzündet hatte sich die Kritik an Themen wie der Demokratisierung der Partei, pluralistischen Wahlen und Mitbestimmungsrechten bei der Präsidentenwahl.⁸ Dies erscheint vor dem Hintergrund eines massiven Wahlbetrugs bei den letzten Wahlen im Bundesstaat Chihuahua, dem Aufstieg der Techno-

Wahlbetrug: Verbrennung von gefälschten Stimmzetteln in Ciudad Juarez



kraten in die höchsten Staatsämter und der mangelnden Durchsichtigkeit interner Entscheidungsprozesse nur zu gerechtfertigt zu sein.

Gleichzeitig griffen die beiden Wortführer scharf die Sparpolitik der Regierung an und verlangten soziale Veränderungen: Der Lebensstandard eines Durchschnittsmexikaners müsse Vorrang haben vor der Rückzahlung von 100 Mrd \$ Auslandsschulden.

Die PRI-Führung war bemüht, die Vorfälle herunterzuspielen und das Gewicht der „Strömung“ zu relativieren. Diese, so meinte etwa Eliseo Mendoza, Präsident der Abgeordnetenversammlung und natürlich PRI-Mitglied, bestünde nur aus wenigen Personen, in der Partei gebe es allerdings Millionen Mitglieder.

Der Fingerzeig des Präsidenten

Auf wie wenig fruchtbaren Boden die Kritik von Cárdenas und anderen gefallen ist, zeigt sich im seit den 30er Jahren alle sechs Jahre wiederholenden Ritual der Präsidentenwahl.

Die Undurchschaubarkeit der inneren Entscheidungsfindung und die Kriterien, nach denen der Kandidat und damit auch der neue Präsident innerhalb der „revolutionären Familie“ ausgewählt wird, waren ja gerade ein Kritikpunkt der „demokratischen Strömung“. Wenn der „tapado“ (der Verhüllte) im Herbst im „dedazo“ (mit einem Fingerzeig) vom amtierenden Präsidenten bestimmt wird, dann wird er ein Jahr später auch zum Präsidenten gemacht – egal wie die Wahlen verlaufen.

Innerparteiliche Demokratie, nachlassende Integrationskraft des politischen Systems, Wirtschaftskrise und Auslandsverschuldung werden die zentralen Pro-



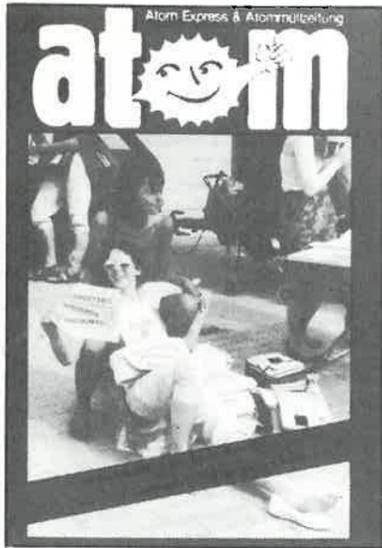
Elendsviertel in Mexiko-Stadt

bleme des nächsten Präsidenten sein. Die Auswahl eines eher konservativen oder eher reformistischen Nachfolgers dürfte für die Handhabung dieser Probleme nicht unerheblich sein.

Den folgenden Personen werden momentan die größten Chancen zugeschrieben.⁹ Als erster unter gleichen gilt Alfredo del Mazo, gegenwärtig Energie minister. Er kommt aus dem Finanzbereich und war vorher Gouverneur des Staates Mexiko. De la Madrid nannte ihn einmal seinen „jüngeren Bruder“. Der zweite Anwärter, Manuel Bartlett, gilt als Loyalist, der, nachdem er die Wahlkampagne de la Madrids koordinierte, Innenminister wurde. Er dürfte am wenigsten internen Dissens herausfordern.

Als Dritter wird Carlos Salinas de Gortari gehandelt, gegenwärtig Planungs- und Haushaltsminister. Er gilt als Verfechter einer reformistischen Linie im politischen und wirtschaftlichen Bereich.

Eine ausgesprochen progressive Politik kann aber von allen nicht erwartet werden. Denn in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation sind die Handlungsspielräume jeder Regierung nicht nur intern begrenzt, sondern v.a. externen Zwängen ausgesetzt, die sich aus der Verschuldungskrise ergeben. Den Druck, den dadurch die USA auf Mexikos Außenpolitik, etwa in der Mittelamerika-Frage, ausüben können, zeigt sich gegenwärtig in dem zurückhaltenden mexikanischen Umgang mit den verschiedenen Friedensinitiativen.



AUS DEM INHALT:

— Salzstock Gorleben

3 Unfälle beim Schachtausbau
Ein Arbeiter mußte sein Leben lassen
Betreiber wollen Endlager weiterbauen

— Konditionierungsanlage

Neue Atommüllfabrik nach Gorleben

— Ein Jahr nach Tschernobyl

Anstieg von Trisomie 21
Säuglingssterblichkeit in Lingen
Wackersdorf Chronik

— Widerstandsdiskussionen

Streit um die Herbstaktion in
Wackersdorf
Autonome in der Anti-AKW-Bewegung

— Atommüllkonferenz in Kassel

— Arbeit in Atomanlagen—Mord auf Raten?

— Herzschläge

Atom

berichtet vom Widerstand an den Standorten von Atomanlagen

Atom

erscheint zweimonatlich, 68 Seiten,
Einzelpreis 4 DM.

Herausgeber und Bestelldresse:

Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie,
Rheinhäuserlandstr. 24, Postfach 1945,
3400 Göttingen, Tel.: 0551/7700158 oder
Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen,
c/o. Günter Garbers, Posener Str. 22,
2121 Reppenstedt.

Politisch interessant dürften die Wahlen im September 1988 aber dennoch werden, da sie im politischen System Mexikos eine wichtige Legitimationsfunktion haben und das Ausmaß des Legitimationsverlustes anzeigen können.

Auf der Rechten versucht schon seit Jahren die Partei der Nationalen Aktion (PAN) aus der Unzufriedenheit der PRI Nutzen zu ziehen. Sie hat vor allem Massenrückhalt in den nördlichen, an die USA angrenzenden Staaten. Sie vertritt die Interessen der dortigen Bourgeoisie (Monterey-Fraktion) und genießt die Unterstützung der Kirchenhierarchie.

In Washington kokettiert man mit der PAN, weniger um sie zu einer realen Alternative zur PRI aufzubauen, als vielmehr, um Druck auf die mexikanische Führung auszuüben. In der PAN hat sich im Februar mit der Wahl von Luis Alvarez zu ihrem Präsidenten der rechteste Flügel durchgesetzt, der nicht mehr wie unter dem früheren Präsidenten Pablo Emilio Madero bereit ist, die Rolle einer systemtreuen Opposition zu spielen.

Die PAN konnte ihren Wähleranteil von 9% 1976 auf 17,5% im Jahr 1982 ausbauen. Ein weiterer Anstieg konnte nur durch Wahlfälschungen gebremst werden, so daß die Partei 1985 auf 15,5% zurückfiel. Demonstrationen und Streiks im Juli 1986 nach den gefälschten Gouverneurswahlen im Bundesstaat Chihuahua, einer PAN-Hochburg, zeigen, daß die Rechte bereit ist, in Konfrontation zur PRI zu gehen.

Linksalternative zur PRI?

Eine glaubwürdige Alternative zur PRI auf der Linken soll durch die Ende März d.J. beschlossene Vereinigung von fünf Parteien zur Mexikanischen Sozialistischen Partei (PMS) geschaffen werden. Ihr gehören an: die Vereinigte Sozialistische Partei Mexikos (PSUM), die 1981 aus dem Zusammenschluß von vier Parteien, darunter der Kommunistischen Partei, entstanden, aber seitdem durch Abspaltungen geschwächt worden war; die Mexikanische Partei der Werktätigen (PMT); die Revolutionäre Patriotische Partei (PPR); die Union der Kommunistischen Linken (UIC) und die Revolutionäre Bewegung des Volkes (MRP).¹⁰ Die PSUM erreichte 1985 3,29% der Stimmen, die PMT 1,55%.

Laut Pablo Gomez, dem Generalsekretär der PSUM, ist die PMS als Antwort auf „die Jahrzehnte antidemokratischen Denkens und Handelns und den Kult der Korruption“ zu verstehen.¹¹ In ihrem Gründungsauftritt definiert sich die Partei als „revolutionäres Massenorgan“ mit „sozialistischem, patriotischem, anti-imperialistischem und demokratischem Charakter“.¹²

Ob sich die Partei wirklich zu einer Alternative zur PRI entwickeln wird, bleibt jedoch fraglich. Sie zählt weniger als 100.000 Mitglieder und verfügt dank der PRI-Hegemonie, die diese mit allen Mitteln verteidigt, über geringen Einfluß in Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen. Und sie dürfte wegen ihrer Heterogenität nicht von Abspaltungen verschont bleiben, die sich bereits jetzt in den einzelnen Mitgliedsparteien andeuten. Nichtsdestotrotz besteht die Hoffnung, daß sich die gesamte Linke auf einen einzigen, wenn auch chancenlosen, Kandidaten für die Präsidentschaftswahl einigt.

Wahlen werden und können in Mexiko nicht pluralistisch sein, ohne daß sich das gesamte politische Regime in seiner Struktur und Funktionsweise verändert. Ein politisches Paradox in Mexiko besteht heutzutage darin, daß eine umfassende Wahlreform die rechten Kräfte um die PAN stärken, eine wahre Demokratisierung den linken Kräften nützen würde.

Aber nur der Status Quo kommt der Regierung und der PRI zugute. Gerade die Verteidigung des Status Quo wird aber jeden Tag schwieriger und unhaltbarer.

Käme es nochmal zu „Wahlaufständen“ wie bei den Gouverneurswahlen 1985 könnte sich — angesichts der Unfähigkeit des politischen Systems, auch nur geringfügige Änderungen an sich selbst vorzunehmen — die politische Brisanz von Wahlen mit den ökonomischen und sozialen Problemen zu einem Sprengsatz verbinden, der den Bestand der „ältesten Demokratie der Welt“¹³ gefährden würde. Schon heute glauben einige, daß nur noch die Furcht vor Polizei und Armee eine soziale Explosion verhindert.

Anmerkungen:

- 1) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 2.3.1987
- 2) Vgl. Bancomer. Economic Report on Mexico, Mexico D.F., second quarter 1987 und Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Weltwirtschaft zum Jahreswechsel 1986/87. Mexiko, Köln, März 1987
- 3) Vgl. N. Lustig, Balance de Sombras, in: Nueva Sociedad, Caracas, Nr. 88/März-April 1987
- 4) Vgl. Frankfurter Rundschau (FR), 29.7.1987
- 5) Vgl. El Pais (EP), Madrid, 9.3.1987
- 6) Vgl. EP, 5.3., 22.3.1987 und Le Monde (LM), Paris, 5.3.1987
- 7) FR, 11.4.1987
- 8) Vgl. EP, 26.7.1987
- 9) Vgl. Time, New York, 23.3.1987 und EP, 12.3.1987
- 10) Vgl. Por Esto, Mexico D.F., Nr. 262/22.4.1987
- 11) FAZ, 14.4.1987
- 12) Neue Stimme, Mainz, Nr. 6/Juni 1987
- 13) D. Boris, in: R. Aehnelt (Hrsg.), Mexico, Hamburg 1986, S. 189

Haiti

Ulrich Rupp

Rebellion gegen die neue Diktatur



Antidiktatorische Demonstration in Gonaïves

18 Monate nach dem Sturz der Duvalier-Diktatur kommt Haiti nicht zur Ruhe. Eine Serie von Generalstreiks und Demonstrationen im Juni/Juli d.J. hatte zum Ziel, den dreiköpfigen Nationalen Regierungsrat (CNG) unter General Henri Namphy zum Rücktritt zu zwingen. Auslöser der Aktionen war der Beschluß des CNG vom 23. Juni d.J., entgegen der neuen Verfassung, die die Überwachung der Kommunalwahlen im August und der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im November d.J. einem unabhängigen Wahlrat (CEP) übertragen hatte, die Kontrolle der Abstimmungen selbst zu übernehmen. Das Militär hätte so die Wahlen fälschen und hinter einer demokratischen Fassade dem Duvalierismus ganz offiziell wieder zu Amt und Würden verhelfen können.

„Nieder mit Amerika!“

Der erste Generalstreik Ende Juni/Anfang Juli d.J. machte dieses Manöver zunichte. Das Wahldekret wurde am 3. Juli d.J. zurückgenommen. Und auch das während der Proteste ausgesprochene Verbot der Autonomen Zentrale der Haitianischen Arbeiter (CATH) mußte wieder zurückgenommen werden. Die entscheidende Forderung nach

Rücktritt des CNG konnte bisher jedoch nicht durchgesetzt werden. Dieser weiß die USA hinter sich, deren Unterstaatssekretär für die Karibik, Richard Holwill, General Namphy mitteilte, er sei für die USA die geeignetste Person, die Demokratisierung zu verwirklichen. Für den Fall einer Demission droht die Streichung eines 100-Mio- $\text{\$}$ -Hilfsprogramms.

Das brutale Vorgehen von Armee und Polizei gegen die Proteste, das schon mehr als 100 Tote gefordert hat, das Verbleiben von Duvalieristen in Amt und Würden und die Reorganisation der Terrormiliz des Diktators, der Tonton Macoutes, wird deshalb nicht nur dem CNG, sondern immer mehr auch den USA angelastet. Anders als bei den Aktionen gegen die Duvalier-Diktatur nimmt die Bewegung zunehmend radikalere und antiamerikanische Züge an.

Dafür sprechen die in den Demonstrationen skandierten Parolen „Nieder mit dem CNG, nieder mit Namphy, nieder mit den Macoutes-Ministern“ und „Nieder mit Reagan“.¹ Während US-Fahnen verbrannt wurden, riefen Demonstranten: „Nieder mit Amerika, lang lebe der Kommunismus.“² Zahlreiche Duvalier-Anhänger und Ex-Minister sind ins Land zurückgekehrt.

Laut René Theodore, Generalsekretär der Vereinigten Partei der Haitianischen Kommunisten (PUCH), sind die Tontons Macoutes „in allen staatlichen Stellen präsent“.³ Und sie haben sich wiederbewaffnet.

Eines der Zentren der duvalieristischen Gegenoffensive ist der Nordwesten des Landes, wo sich die Landoligarchie ihrer tätigen Mithilfe bei der Niederschlagung der Bauernaufstände versichert. Als Ende Juli d.J. in der Stadt Jean-Rabel landlose Bauern mit kirchlicher Unterstützung die Rückgabe des ihnen während der Duvalier-Herrschaft gestohlenen Landes forderten, verübten Tontons Macoutes unter ihnen ein Massaker, das 200 Tote forderte.

„Der CNG muß gehen. An seinen Händen klebt Blut, und er unterstützt die Macoutes. Mit diesem CNG, der von den Amerikanern und den Duvalieristen eingesetzt wurde, kann es keine freien Wahlen geben.“⁴ Das erklärte der Erzbischof von Jeremie, Willy Romelus. Der Erzbischof ist innerhalb der katholischen Kirche der führende Kritiker des Regimes.

Nach der Rücknahme des Wahldekrets weigerte er sich, eine Erklärung der Bischofskonferenz zu unterstützen, die dies begrüßte und die Bevölkerung zu Konzessionen aufrief.

Einflußgewinn der Volkskomitees

Nach der Ermordung von über 20 Personen ließ sich jedoch die Protestbewegung durch die Zugeständnisse des CNG nicht mehr abspeisen.

Das mehrheitlich bürgerlich orientierte Koordinierungskomitee aus 57 politischen und gewerkschaftlichen Organisationen führte die Streiks und Demonstrationen ab dem 6. Juli d.J. fort, um den Rücktritt des CNG zu erzwingen.

Wer den CNG allerdings ersetzen soll, bleibt in der Opposition umstritten. Während etwa Leslie Maginat von der Versammlung der Nationalen und Progressiven Demokraten (RNDP) lediglich eine Erweiterung des CNG von 3 auf 7 Mitglieder fordert, wollen andere seine vollständige Auflösung, wobei Uneinigkeit über die Zusammensetzung des neuen Regierungsrates herrscht.

Die stärkste Linkspartei des Landes, die PUCH, die zwar nicht dem Koordinierungskomitee der 57 angehört, deren Einflußgewinn aber bei den Demonstrationen und Streiks deutlich wurde, fordert die Bildung eines neuen Regierungsrates aus Vertretern aller neun Provinzen, die von den Volkskomitees bestimmt werden sollen.

In den Monaten seit dem Sturz der Diktatur sind hunderte dieser Volkskomitees in Stadt und Land entstanden. Sie spielen eine entscheidende Rolle bei der Durchführung der Protestdemonstrationen und Generalstreiks und haben zwischenzeitlich ihre überregionale Zusammenarbeit verstärkt. Immer dort, wo ein duvalieristischer Bürgermeister, Präfekt oder Friedensrichter eingesetzt werden sollte, waren sie zur Stelle, um dies zu verhindern und einen Volkskandidaten an seine Stelle zu setzen.

Entscheidend für die Radikalisierung der Bewegung ist nicht nur die enttäuschte Hoffnung auf Demokratisierung und Bestrafung der Vertreter der Duvalier-Diktatur. Ein Hauptmotiv liegt vielmehr in der weiteren Verschlechterung der ökonomischen und sozialen Lage und im Ausbleiben von Reformen in diesem Bereich.

75 \$ zum Überleben

Mittlerweile sind 70% der Erwerbsfähigen arbeitslos. Von Haus und Hof vertrieben, sammeln sich hunderttausende Menschen in den sich ständig vergrößern Slums der Hauptstadt Port-au-Prince, wo sie ohne sanitäre Anlagen, Wasser oder Strom zu überleben versuchen. Die Ärmsten der Armen fristen mit einem „Einkommen“ von 75 \$ pro Jahr ein Dasein, das ihnen nicht einmal jeden Tag eine Mahlzeit erlaubt.

Ob der CNG sich noch bis zu den Präsidentschaftswahlen im November d.J. an der Macht halten kann, wird wesentlich davon abhängen, ob die Opposition sich auf eine politische und personelle Alternative einigen kann. Auf diese Weise könnte sie der Mobilisierung des Volkes einen neuen Antrieb geben.

Sollte dennoch gegen den Willen der Mehrheit des Volkes ein neuer Präsident gewählt werden, wird dieser sich mit den gleichen Forderungen der Volksbewegung konfrontiert sehen wie das jetzige Regime: Demokratisierung, Kampf gegen den Duvalierismus, Agrarreform, Umverteilung des nationalen Reichtums und Entwicklung der Wirtschaft.

Anmerkungen:

- 1) Le Monde (LM), Paris, 8.7. und 24.7.1987
- 2) International Herald Tribune, Paris, 15.7.1987
- 3) L'Humanité, Paris, 15.7.1987
- 4) LM, 24.7.1987

Panama

Ute Kampmann Aufstand der Unternehmer

Panama erlebt zur Zeit die schwerste innenpolitische Krise seit über 20 Jahren. Sie wurde am 8. Juni d.J. durch die öffentlichen Beschuldigungen ausgelöst, die der gerade entlassene Stabschef der Streitkräfte, Oberst Roberto Diaz Herrera, gegen den Oberbefehlshaber der Streitkräfte und eigentlichen Machthaber Panamas, General Manuel Antonio Noriega, erhob.

Oberst Diaz warf seinem Ex-Chef vor: an Korruption und Rauschgifthandel beteiligt zu sein; die Wahlen 1984 zugunsten des Kandidaten des Militärs, Nicolas Ardito Barletta gefälscht zu haben; für die Ermordung des früheren Vize-Gesundheitsministers Hugo Spadafora im September 1985 verantwortlich zu sein; und bei dem mysteriösen Flugzeugabsturz, bei dem der populäre Präsident General Omar Torrijos 1981 ums Leben kam, seine Hände mit im Spiel gehabt zu haben.

Diese Vorwürfe waren weder neu — ähnliches konnte man schon im Juni 1986 in der „New York Times“ lesen, als herrschende Kreise der USA versuchten, eine Diskreditierungskampagne gegen Noriega zu lancieren — noch konnte Diaz mit Beweisen aufwarten.

So überraschte das Ausmaß der Proteste,

die durch die Behauptung Diaz' ausgelöst wurden. Seither ging die Opposition auf die Straße, organisierte sie Streiks und forderte sie den Rücktritt Noriegas. Dabei kam es häufig zu heftigen Straßenschlachten mit der Polizei.

Die Proteste wurden hauptsächlich von der panamesischen Mittel- und Oberschicht getragen. Diese waren schon lange darüber unzufrieden, von der politischen Führung des Landes ausgeschlossen zu sein.

Der „Bürger-Kreuzzug“

Auch mit dem am 10. Juni d.J. verhängten dreiwöchigen Ausnahmezustand und der erneuten Aufhebung des Demonstrationsrechts am 7. Juli ließ sich der Aufbruch nicht unterdrücken. Zum Zeichen des Protests hingen in den besseren Wohnvierteln der Hauptstadt weiße Fahnen von den Balkonen. Limousinen fuhren hupend durch die Straßen. Und auch so manche Frau aus der Oberschicht nahm einen Kochtopf zur Hand und ließ sich in ihrem Mercedes zum Ort des Geschehens fahren, um mit Töpfeschlagen ihrem Unmut lautstark Ausdruck zu ver-

schaffen.

Ihren organisatorischen Zusammenhalt fand die Rechtsopposition mit dem im Juni d.J. gegründeten Bündnis Nationaler Ziviler Kreuzzug (CCN).

In ihm sind 107 Unternehmerverbände, Bürgerrechtsgruppen, Parteien und Berufsvereinigungen, darunter die Verbände der Banken, der Versicherungen oder der Grundstücksmakler, zusammengeschlossen.¹ An seiner Spitze steht Aurelio Barria, Präsident der Handelskammer. Die katholische Kirche beteiligt sich als Beraterin.

Ende Juli/Anfang August d.J. erreichten die Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und ihren Gegnern einen Höhepunkt. Bei dem vom CCN ausgerufenen zweitägigen Generalstreik, der am 27. Juli begann, blieben die Banken und Geschäfte von Panama-Stadt weitgehend geschlossen.

Am selben Tag wurde Oberst Diaz verhaftet. Er weigerte sich, der Vorladung des Staatsanwaltes nachzukommen und bei der Untersuchung der gegen Noriega erhobenen Vorwürfe eine Aussage zu machen.

Außerdem verbot die Regierung das Erscheinen von drei oppositionellen Tageszeitungen. Am 31. Juli versicherten 50.300.000 Panamaer bei einer Kundgebung aus Anlaß des 6. Todestages von Torrijos der Regierung ihre Unterstützung.

suchung des Hauptquartiers des CCN im Gebäude der Handelskammer gefunden habe. Daraufhin erlebte Panama am 6. August d.J. die bis dahin größte regierungsfeindliche Demonstration, an der etwa 100.000 Menschen teilnahmen. Neben der Absetzung Noriegas forderte die Opposition den Rückzug der Militärs aus der Politik, die Vorverlegung der für Mai 1989 anberaumten Wahlen und die Einsetzung einer Übergangsregierung unter dem ehemaligen Präsidenten Arnulfo Arias. Ob mit diesem Mann jedoch ein Demokratisierungsprozeß eingeleitet werden kann, ist mehr als fragwürdig.

Poindexters geheime Kampagne

Der 86jährige Arias, einer der größten Kaffeeplantagenbesitzer Panamas, war schon dreimal Präsident des Landes. Er wurde zuletzt 1968 von Torrijos aus seinem Amt verjagt, sympathisierte während des Faschismus mit Hitler und ist laut „El Pais“ heute „physisch wie intellektuell unfähig, eine einfache zusammenhängende Unterhaltung zu führen“.²

Dennoch gelang es seiner Authentischen Panamesischen Partei (PPA) bei den Wahlen 1984 mit 34,5% die meisten Stimmen auf sich zu vereinigen, weshalb er wohl noch immer die Galionsfigur der Rechtsopposition darstellt.



Umstrittener General Noriega (m.) vor der Torrijos-Gedenkstätte in Panama-Stadt



Polizeieinsatz in der Hauptstadt gegen rechtsoppositionelle Demonstranten

In der folgenden Woche wurde die Verhaftung von fünf führenden Oppositionspolitikern angeordnet. Ihnen wurde die Vorbereitung eines Staatsstreichs vorgeworfen, dessen Pläne man bei der Durch-

führung der größten Unterstützung für ihre Forderungen erhält die CCN aus Washington. Die herrschenden Kreise der USA nahmen sich seit dem Bau des Panamakanals und der eigens zu diesem Zweck erfolg-

ten Gründung der Republik Panama im November 1903 das Recht heraus, die Angelegenheiten Panamas als ihre eigenen zu betrachten und ihre Interessen notfalls militärisch durchzusetzen. Am 26. Juni d.J. verabschiedete der US-Senat eine Entschliebung, in der der Rücktritt von General Noriega und die Wiederherstellung der Verfassungsrechte in Panama verlangt wurden.

Ein wichtiger Beweggrund der Regierung Reagan, den Rücktritt Noriegas zu betreiben, war dessen Festhalten an Grundzügen der Mittelamerikapolitik seines Vorgängers Torrijos. Dieser hatte die Sandinisten im Kampf gegen Somoza und ebenfalls die Befreiungsbewegung El Salvadors unterstützt. Unwillen löste und löst in Washington vor allem die aktive Mitarbeit Panamas in der Contadora-Initiative aus.

Nach Angaben des Journalisten Alfonso Chardy vom „Miami Herald“ hatte die Reagan-Administration 1985 und 1986 eine Kampagne gegen fünf mittel- und südamerikanische Länder, darunter Panama, gestartet, um die Bemühungen der Contadora zum Scheitern zu bringen. Bei einem Treffen mit Reagans Sicherheitsberater John Poindexter Ende 1985 habe Noriega sich geweigert, mit den USA bei der Unterstützung der Contras zusammenzuarbeiten.

Dies sei der Anlaß für Poindexter gewesen, eine geheime Kampagne in die Wege zu leiten, um Noriega zu diskreditieren. Daran beteiligt gewesen seien u.a. der Staatssekretär für lateinamerikanische Angelegenheiten, Elliot Abrams, und Oliver North vom Nationalen Sicherheitsrat.³

Den Panamakanal halten

Der größte Dorn in den Augen der US-Rechten ist jedoch der 1977 unterzeichnete Torrijos-Carter-Vertrag.

Er sieht die vollständige Übergabe des Kanals an Panama im Jahre 2000 und den Abzug aller US-Truppen und Militäreinrichtungen vor. Der Kanal und die noch von den USA kontrollierte Kanalzone haben für Washington enorme wirtschaftliche und strategische Bedeutung. 60% der Versorgungsgüter für die NATO werden durch den Kanal transportiert, ebenso 45% der US-Exporte und 50% ihrer Ölimporte.⁴

Nicht nur zur Bewachung dieser wichtigen Schifffahrtsstraße unterhalten die USA in der Kanalzone den mit 10.000 Mann größten Militärkomplex der US-Streitkräfte in Lateinamerika. Hier ist der Sitz des Südkommandos der US-Streitkräfte (Southcom), das Koordinationszentrum für Aufklärungs- und Nachschuboperationen in Mittel- und

Südamerika. Außerdem befindet sich hier das wichtigste Trainings- und Ausbildungszentrum der Spezialeinheiten für die Aufstandsbekämpfung in Lateinamerika, in der trotz des Protestes der panamaischen Regierung nicaraguansische Contras ausgebildet werden.⁵ Diese Einrichtungen würde die Regierung Reagan nur sehr ungern verlegen. Deshalb hat sie Panama angeboten, die Kontrolle über den Kanal 10 Jahre früher abzugeben, wenn dafür ihre Militärstützpunkte dort verbleiben können.

Mobilisierung gegen US-Intervention

Mit diesem Ansinnen kann die Reagan-Administration allein bei den Konservativen auf Verständnis hoffen. So schlug Ricardo Arias Calderon, Chef der christdemokratischen Partei, die dank der internationalen Unterstützung der christdemokratischen Parteien und insbesondere der Konrad-Adenauer-Stiftung zu einer führenden Kraft innerhalb der Rechtsopposition geworden ist, in die gleiche Kerbe wie zuvor zwei hohe US-Militärs. Panama, so beklagte er, sei nicht in der Lage, die USA bei der Vertiefung des Kanals zu ersetzen.⁶



Protestaktion von Unterstützern Noriegas vor der US-Botschaft in Panama-Stadt

Dagegen hat die panamaische Regierung die Resolution des US-Senats, in der der Rücktritt Noriegas gefordert wird, mit Empörung zurückgewiesen.

Präsident Eric Arturo Delvalle verbat sich „den unerträglichen Eingriff des US-Senats in die inneren Angelegenheiten der Republik Panama“.⁷ Das panamaische Parlament bezichtigte die USA einer „interventionistischen Aggression“. Diese Entschließung wurde mit dem Stimmen der Regierungskoalition, der Nationalen Demokratischen Union (UNADE), angenommen.

In der UNADE ist die 1978 von Torrijos gegründete Populistische Revolutionäre Demokratische Partei (PRD) mit vier Mitte-Rechts-Parteien zusammenge-

schlossen. Das rechte Oppositionsbündnis nahm an der Abstimmung nicht teil.⁸ Während der Sitzung wurden vor dem Parlamentsgebäude von Demonstranten Uncle-Sam-Puppen verbrannt. Bei einer Kundgebung vor der US-Botschaft, an der auch Minister und Regierungsfunktionäre teilnahmen, wurden das Botschaftsgebäude mit Steinen und Farbbehältern beworfen und Autos der Diplomaten demoliert. Auch die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) solidarisierte sich mit deutlicher Mehrheit mit der panamaischen Regierung.

Im Ergebnis hat die Panama-Resolution des US-Senats dem angegriffenen Noriega den Rücken gestärkt, der nun die USA für die Unruhen in Panama verantwortlich machen konnte. Doch dadurch wurde nur kurzfristig verdeckt, daß er auch innerhalb der UNADE, in der die Vertreter der Oligarchie auch über Einfluß verfügen, nicht mit unbedingter Unterstützung rechnen kann.

Die Linke zwischen den Fronten

Präsident Delvalle, ein ehemaliger Funktionär des Internationalen Währungsfonds (IMF), gab einige Tage später einer Forderung der Opposition nach und leitete eine Untersuchung der gegen Noriega erhobenen Vorwürfe ein. Ebenso nahm Delvalle unter Vermittlung der USA den Dialog mit der konservativen Opposition zur Beendigung der Unruhen auf. Der liberale Vizepräsident Roderick Esquivel drohte gar mit der Aufkündigung der Regierungskoalition, falls sich die Militärs nicht aus der Politik zurückziehen sollten.

Selbst innerhalb der heterogenen PRD ist die Person Noriegas und die gegenwärtige Regierungspolitik sehr umstritten. Angesichts der immer geringer werdenden Unterstützung durch die armen Bevölkerungskreise wird die Rückbesinnung auf das Programm von Torrijos gefordert.

Ein wichtiges Motiv für die PRD, sich nicht gegen Noriega zu stellen, dürfte die düstere Alternative sein: Denn „wenn Noriega stürzt“, so versicherte Chuchu Martinez, ein enger Vertrauter von Torrijos und Hauptfigur des Buches von Graham Greene „Mein Freund der General“, „wird sich der Faschismus Panamas bemächtigen“.⁹

Auch die linke Opposition weiß, daß sich ihre Lage durch die Unternehmerrebellion nur verschlechtern kann.

Doch ist der Aufruhr der letzten Monate nicht ausschließlich eine Sache der Mittel- und Oberschicht geblieben. Auch in den ärmeren Vierteln Panamas protestierten die Menschen, die vor allem mit der Wirtschaftspolitik der Regierung unzufrieden sind.

Wie fast alle Staaten Lateinamerikas steht auch Panama, das mit über 4 Mrd \$ eines der Länder mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung ist, unter dem Druck der internationalen Banken und des IMF. 1985 akzeptierte Panama ein typisches IMF-Sparprogramm, das u.a. die Demontage des unter Torrijos eingeführten Sozialversicherungssystems und des Arbeitsrechts vorsieht.

Gegen diese Verarmungspolitik setzten sich die im Dachverband der Gewerkschaften CONATO organisierten Arbeiter immer wieder mit Demonstrationen und Streiks zur Wehr. So richtete sich ein Protestmarsch am 8. Juli, zu dem der CONATO, der Verband der Öffentlichen Bediensteten und der Koordinationsrat der Volksorganisationen aufgerufen hatten, zwar gegen die Einmischung der USA und gegen die konservative Opposition.

Gleichzeitig wurden der Regierung zu weitgehende Zugeständnisse gegenüber dem IMF vorgeworfen und gegen die Korruption der Militärs protestiert. Eine massive Unterstützung für Regierung und Militär machen diese Organisationen von einer Wende in der Wirtschaftspolitik zugunsten der Armen abhängig. Angesichts ihrer angeschlagenen Stellung haben Noriega und der linke Flügel der PRD sich die Forderungen nach sozialen Verbesserungen z.T. zu eigen gemacht. Sollten sie sich als willens und fähig erweisen, dies in der Regierungspolitik durchzusetzen, so könnten sie, gestützt auf die Volksbewegung, gestärkt aus der Auseinandersetzung hervorgehen. Dem steht jedoch die durch die politische Krise noch verschlimmerte wirtschaftliche Situation gegenüber.

Die USA haben die Wirtschafts- und Militärhilfe für Panama gestoppt. Die 120 ausländischen Banken, die bisher wegen des sicheren Bankgeheimnisses und der geringen Besteuerung in Panama ideale Anlagebedingungen vorfanden, zogen bisher ca. 2 Mrd \$ ihres knapp 39 Mrd \$ betragenden Anlagevermögens zurück.¹⁰

Der Spielraum für eine Veränderung der Wirtschafts- und Sozialpolitik zugunsten der Armen hat sich somit trotz des wachsenden Legitimationsdrucks auf die Regierung eher verringert.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. El Pais (EP), Madrid, 21.6.1987
- 2) Ebd.
- 3) Vgl. Inforpress Centroamericana, Guatemala-Stadt, 4.6.1987
- 4) EP, 24.7.1987
- 5) Vgl. Konkret, Hamburg, 2/1987, S. 13ff.
- 6) Vgl. EP, 24.7.1987 und El Dia, Mexiko-Stadt, 6.2.1987
- 7) Die Tageszeitung, Westberlin, 29.6.1987
- 8) Vgl. EP, 1.7.1987
- 9) EP, 21.6.1987
- 10) Vgl. International Herald Tribune, Paris, 31.7.1987 und EP, 2.8.1987

Mittelamerika

Nico Biver

Ein Schritt zum Frieden

Nach vierjährigen Verhandlungen haben die Präsidenten von Nicaragua, El Salvador, Costa Rica, Honduras und Guatemala am 7. August d.J. in Guatemala-Stadt ein erstes Friedensabkommen unterzeichnet.

Der Plan, der innerhalb von 90 Tagen umgesetzt werden soll, sieht u.a. einen Waffenstillstand, eine Amnestie für Regierungsgegner, die ihre Waffen niederlegen, Verhandlungen der Regierungen mit unbewaffneten Oppositionsgruppen, die Aufhebung von Notstandsgesetzen, freie Wahlen entsprechend den in den jeweiligen Verfassungen festgesetzten Terminen und Einstellung der Hilfe durch alle Regierungen für „aufständische und irreguläre Kräfte“ vor (siehe Kasten).

In der Vergangenheit waren alle Versuche im Rahmen der Contadora-Gruppe (Mexiko, Panama, Kolumbien und Venezuela) zu einem Abkommen zu kommen, am Widerstand der USA gescheitert. In Bedrängnis geriet man in Washington erst, als der costaricanische Staatspräsident Oscar Arias Anfang d.J. einen eigenen Friedensplan vorlegte und damit den sog. Tegucigalpa-Block (El Salvador, Costa Rica und Honduras), der sich bis dahin als Erfüllungsgehilfe Washingtons betätigte, sprengte.

Querschüsse aus Washington

Die offene Ablehnung des Plans durch US-Präsident Reagan, der darin vor allem die Forderung nach Verhandlungen zwischen Nicaragua und den Contras vermißte, und die Absage eines ersten Gipfeltreffens am 12. Juni d.J. durch El Salvadors Präsident Napoleon Duarte konnten die Verhandlungen jedoch nicht stoppen. Der Plan hatte die Zustimmung der Contadora-Gruppe und der Unterstützerguppe (Brasilien, Argentinien, Uruguay und Peru), westeuropäischer Staaten, darunter der Bundesrepublik, sowie des US-Senats und des US-Repräsentantenhauses gefunden. Zwei Tage vor dem Gipfeltreffen der mittelamerikanischen Staatsschefs vom 6./7. August d.J. unternahm die Reagan-Administration einen letzten Versuch, die Verhandlungen zu torpedieren. Sie legte einen eigenen „Friedensplan“ vor,



Präsidentengipfel in Guatemala (v. l. n. r.): D. Ortega, N. Duarte, V. Cerezo, J. Azcona und O. Arias

der unter Mitwirkung des Sprechers des Repräsentantenhauses, des Demokraten James Wright, ausgearbeitet worden war. Er sah die Einstellung der Contra-Hilfe innerhalb von 60 Tagen vor, wenn Nicaragua einen Waffenstillstand mit den Contras aushandeln, keine Militärhilfe von Kuba und der Sowjetunion mehr bekommen und einen Terminplan für freie Wahlen vorlegen würde.

Der Plan erwies sich in mehrfacher Hinsicht als Bumerang. Die Bestimmung, daß die Administration bei Nichterfüllung des Plans bis zum 30. September d.J. 150 Mio \$ Contra-Hilfe für die nächsten 18 Monate beim Kongreß beantragen würde und die Tatsache, daß am gleichen Tag die 1986 bewilligte Hilfe von 100 Mio \$ ausläuft, stimmte so manchen nachdenklich. Dies machte selbst vielen Abgeordneten der Demokratischen Partei klar, daß der angeblich überparteiliche Plan lediglich zum Ziel hatte, die Chancen für die Bewilligung der Contra-Gelder zu verbessern.

Diese waren schlecht, vor allem wegen der illegalen Abzweigung von Geldern aus Waffenverkäufen an den Iran für die Contras und wegen deren schwindenden Siegeschancen. Die These, daß es sich um einen Trick handele, wurde zudem dadurch bestätigt, daß Außenminister Shultz ein Verhandlungsangebot des nicaraguanischen Präsidenten Daniel Ortega über den sog. „Friedensplan“ kategorisch ablehnte.

Auf den Gipfel in Guatemala schließlich

konnte der Plan keinen Einfluß haben. Ohne ihr Gesicht zu verlieren, konnten selbst die engsten US-Verbündeten El Salvador und Honduras nicht den US-Vorschlag zur Verhandlungsgrundlage machen, nachdem noch wenige Tage zuvor ihre Außenminister den Arias-Plan akzeptiert hatten.

Daß alle Versuche Washingtons, einen Friedensplan zu verhindern, gescheitert sind, ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Der bedeutendste ist möglicherweise die strategische Niederlage, die die sandinistische Armee den Contras seit 1985/86 zugefügt hat.

Contra-Politik ohne Perspektive

Dies machte den Regierungen in der Region klar, daß das Contra-Unternehmen zum Scheitern verurteilt ist; und dies umso mehr, als es Reagan in den letzten Monaten nicht gelungen war, diesen Trend umzukehren und die Aussichten für eine Fortsetzung der Contra-Hilfe zu verbessern. Zu Absetzbewegungen von der Reagan'schen Mittelamerikapolitik gaben auch die Enthüllungen der Iran-Contra-Affäre Anlaß, machten sie doch deutlich, daß sowohl Honduras, El Salvador und auch Costa Rica in den Contra-Krieg verstrickt sind.

Daß der Friedensplan in seiner jetzigen Form von den mittelamerikanischen Präsidenten beschlossen wurde, hängt auch mit den besonderen Interessen der

einzelnen Staatsführungen zusammen. Arias und der guatemaltekeische Präsident Vinicio Cerezo befürworteten ein Abkommen, zu dessen Gelingen sie einiges an politischem Kapital investiert hatten, weil sie in einer Neutralitätspolitik die beste Garantie für die Stabilität ihrer Länder sehen.

Der honduranische Präsident José Azcona hatte die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit von den USA gegen den hohen Preis abzuwägen, den sein Land für die Präsenz der Contras und der US-Truppen bezahlt. Die Einschränkung der nationalen Souveränität, die Besetzung von Teilen des Territoriums durch die Contras und die Gefahr, in einen Krieg gegen Nicaragua hineingezogen zu werden, haben zu Protesten bis hinein in die bürgerlichen Parteien geführt.

Azcona hat anscheinend das politische Risiko einer Ablehnung des Vertrages gescheut.

Duarte für eine Zustimmung zu gewinnen, war wohl das größte Problem der anderen Konferenzteilnehmer. Denn sein Regime hängt vollständig von US-Militär- und Wirtschaftshilfe ab, um die Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí/Revolutionäre Demokratische

Front (FMLN/FDR) niederzuhalten. Was ihn zum Unterzeichnen bewegt hat, war nicht nur seine Isolierung in der Präsidentenrunde. Ihm kam auch die Tatsache entgegen, daß der Plan keine direkten Verhandlungen mit der FMLN/FDR verlangt, wenn diese die Waffen nicht niederlegt. Bestimmungen über den Abzug von Militärberatern und der ausländischen Militärhilfe sollen erst später verhandelt werden.

Keine Lösung für El Salvador?

Dies macht aber auch eine Lösung des Konflikts in El Salvador besonders schwierig, was vor allem auf die Gleichbehandlung von FMLN/FDR und Contras im Vertrag zurückzuführen ist. In einem gemeinsamen Brief an Arias vom 3. Juli d.J. hatten die beiden größten Universitäten El Salvadors, die Gewerkschaften UNTS, CST und AGE-PYM, der Unternehmerverband CONAES und die Sozialdemokratische Partei dazu folgendes erklärt:

„Auch wenn der Plan Arias viel Positives enthält, er müßte den tiefen Unterschied der bewaffneten Kämpfe, die in der Region stattfinden, mehr berücksichtigen.



Trübe Aussichten für die Contras

Das ist wichtig, um den salvadorianischen Konflikt zu lösen, wo das Problem nicht darin besteht, einen Dialog mit den unbewaffneten Gruppen zu beginnen, sondern speziell mit der FMLN. Die FMLN ist von Grund auf ein endogenes Phänomen, das weder von außen angestiftet wird, noch sein militärisches Rückzugsgebiet außerhalb der salvadorianischen Grenzen hat, sondern in den grundlegenden Sachen sich selbst versorgt und seine Kraft automatisch aus El

Salvador bezieht.“

Da dies nicht ins Schema der unterstellten sowjetischen und kubanischen Eimischung in El Salvador paßt und Nicaraguas Gegner in der Präsidentenrunde gleichzeitig nicht zugeben wollten, daß die Contras ihre Existenz nur den USA verdanken, wurden das Thema im Vertrag ausgespart und lediglich Verhandlungen mit der unbewaffneten Opposition gefordert. Diese Lücke machte sich Duarte auch gleich zunutze, indem er Mitte August d.J. der FMLN/FDR Verhandlungen unter der Bedingung vorschlug, daß Nicaragua ebenfalls mit der Contra verhandele.

Doch gerade dies lehnt Nicaragua ab. Man wolle nicht mit den Clowns verhandeln, so Präsident Daniel Ortega, sondern mit dem Zirkusdirektor. Und der befindet sich in Washington. Ortega hatte wohl die geringsten Bauchschmerzen, den Plan zu unterschreiben, auch wenn sich Nicaragua Festlegungen über den Abzug militärischer Berater und ausländischer Truppen aus der Region gewünscht hätte.

Gefahrlos für Nicaragua

Allein schon die Unterzeichnung des Vertrages ist für Nicaragua ein diplomatischer Erfolg, da er die Intervention der USA und die Fortsetzung der Contra-Hilfe erschwert und zumindest die Aussicht eröffnet — so legt es der Vertrag jedenfalls fest —, daß die Nachbarländer ihre Unterstützung für die Contras einstellen.

Der Versuch, Nicaragua mit Demokratisierungsforderungen zu schrecken, ist gründlich mißlungen. Da Nicaragua den Ausnahmezustand sowieso nur wegen des Contra-Krieges verhängt hatte, bereitet es Nicaragua auch keine Probleme, die Bürgerrechte wiederherzustellen, wenn es zu der geplanten Feuerpause kommen sollte. Gleiches gilt auch für die internationale Überwachung der

nächsten Wahlen, waren doch bereits beim letzten Urnengang 1984 hunderte Wahlbeobachter zugegen, die keine Fälschungen feststellen konnten. Nicaragua hat als erstes Land bereits Maßnahmen zur Umsetzung des Vertrages getroffen. Die 11 Oppositionsparteien und Kardinal Obano y Bravo wurden zu Gesprächen über die Bildung der im Vertrag vorgesehenen Versöhnungskommission eingeladen.

Eine Wiederzulassung der rechten Tageszeitung „La Prensa“ und des katholischen Radiosenders, die vor einem Jahr geschlossen worden waren, wurde in Aussicht gestellt. Die Anklage gegen Costa Rica vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag wegen Unterstützung der Contras wurde von Nicaragua zurückgezogen, ein ähnliches Verfahren gegen Honduras für drei Monate ausgesetzt.

Ob aber auch die anderen Länder ihre Vertragsverpflichtungen erfüllen werden, bleibt noch offen. Denn die Lücken im Text bieten nur allzu viele Schlupflöcher. Fraglich bleibt vor allem, wie es zu einem Waffenstillstand mit den Contras kommen soll, wenn die USA sich weigern, mit Nicaragua zu verhandeln.

Washington auf Strategiesuche

Der unerwartete Vertragsschluß hat in der Reagan-Administration Verwirrung ausgelöst.

Während Präsident Reagan den Vertrag begrüßte, aber gleichzeitig versicherte, man werde die Contras nicht fallen lassen, unterzogen Vizepräsident George Bush und Verteidigungsminister Caspar Weinberger ihn scharfer Kritik. Die Auseinandersetzungen über die künftige Politik gegenüber Nicaragua führten schließlich am 15. August d.J. zum Rücktritt von Philip Habib, dem Sonderbotschafter für Mittelamerika. Er soll zusammen mit Shultz für direkte Verhandlungen mit Nicaragua eingetreten sein, jedoch ohne Erfolg.

Die Regierung Reagan steht vor einem Dilemma. Lehnt sie den Plan ab und setzt entgegen dessen Bestimmungen die Contra-Hilfe fort, wird sie sich nicht nur in Lateinamerika, sondern auch weltweit isolieren. Akzeptiert sie den Plan, rückt ihr Ziel, die sandinistische Revolution rückgängig zu machen, in weite Ferne.

Da der Kongreß jetzt weniger als je zuvor geneigt scheint, weitere Mio \$ für die Contras zu bewilligen, dürfte das Weiße Haus versuchen, mit schlechteren Karten weiter zu spielen. Dies hieße vor allem, den Druck auf die mittelamerikanischen Staaten, die am stärksten von den USA abhängig sind, zu erhöhen, um die Erfüllung der Vertragsbestimmungen zu hintertreiben.

Kernpunkte des Friedensabkommens

Der am 7. August d.J. von den Präsidenten der mittelamerikanischen Länder in Guatemala-Stadt unterzeichnete Friedensplan umfaßt im wesentlichen folgende Punkte:

1. Nationale Aussöhnung

a. Dialog

Um eine nationale Aussöhnung zu erreichen, beginnen die Regierungen einen Dialog mit den unbewaffneten Gruppen der inneren Opposition und mit denen, die die Amnestie angenommen haben.

b. Amnestie

Amnestierung politischer Gefangener und von Angehörigen irregulärer Kräfte, die darum nachsuchen. Die irregulären Kräfte werden aufgefordert, ihre Gefangenen freizulassen.

c. Nationale Aussöhnungskommission

Um die Waffenstillstände, Amnestien und Demokratisierungsprozesse zu überwachen, werden „nationale Aussöhnungskommissionen“ aus Vertretern der Regierung, der Kir-

che, der Oppositionsparteien und einer unabhängigen Persönlichkeit gebildet.

2. Waffenstillstand

Die kriegführenden Parteien der Region werden aufgefordert, binnen dreieinhalb Monaten die Kampfhandlungen einzustellen.

3. Demokratisierung

Die Regierungen verpflichten sich, ein pluralistisches, auf Mitbestimmung gegründetes, demokratisches System herzustellen. Sie sollen die Menschenrechte, die Souveränität und territoriale Integrität und das Recht aller Staaten achten, über ihr Wirtschafts- und Gesellschafts- sowie ihr politisches System selbst zu bestimmen. Als zu achtende Rechte ausdrücklich genannt werden uneingeschränkte Pressefreiheit, Zugang oppositioneller Parteien zu den Medien und uneingeschränkte Wiederherstellung der Bürgerrechte in Ländern unter Ausnahmerecht.

4. Freie Wahlen

Die fünf Länder verpflichten sich, in der ersten Hälfte des kommenden Jahres gleichzeitig Wahlen zu einem mittelamerikanischen Parlament abzuhalten. Danach sind die einzelnen Staaten gehalten, entsprechend den jeweiligen zeitlichen Gepflogenheiten freie Kommunal-, Parlaments- und Präsidentenwahlen zu veranstalten. Ein freier Wahlkampf soll vorausgehen.

5. Unterstützung von irregulären Kräften oder aufständischen Bewegungen

Regierungen innerhalb und außerhalb der Region, die die irregulären Kräfte oder aufständischen Bewegungen offen oder heimlich unterstützen, sollen aufgefordert werden, diese Hilfe — sei sie nun militärischer, logistischer, propagandistischer oder humanitärer Art — einzustellen. Die irregulären Kräfte und aufständischen Bewegungen wer-

den aufgefordert, keine Unterstützung mehr anzunehmen.

6. Behandlung feindlicher Gruppen

Die Präsidenten verpflichten sich, nicht zuzulassen, daß sich Personen oder Gruppen, die in anderen Staaten der Region Unruhe stiften oder versuchen, deren Regierung zu stürzen, in ihren Ländern aufzuhalten. Sie verpflichten sich ferner, solche Gruppen nicht militärisch oder logistisch zu unterstützen.

7. Rüstungskontrolle

Unter der Schirmherrschaft der Contadora-Staaten Mexiko, Panama, Venezuela und Kolumbien sollen Verhandlungen der fünf Länder über eine Begrenzung der Rüstung sowie Möglichkeiten der Kontrolle stattfinden.

8. Flüchtlinge

Die Regierungen stellen Hilfsmaßnahmen für jene in Aussicht, die als Folge der kriegerischen Auseinandersetzungen in der Region flüchten mußten. Sie sagen die Repatriierung der Flüchtlinge zu.

9. Entwicklung

Die fünf Länder wollen die internationale Staatengemeinschaft gemeinsam um finanzielle Unterstützung in großem Maßstab bitten, um die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben zu können.

10. Überprüfung der Vertragstreue

Eine Kontrollkommission soll die Einhaltung der Bestimmungen des Abkommens überprüfen. In ihr vertreten sein werden die Organisation Amerikanischer Staaten, die Vereinten Nationen, die Außenminister der fünf mittelamerikanischen Staaten, die Contadora-Staaten sowie Argentinien, Brasilien, Peru und Uruguay.

(Quellen: El Pais, Madrid, 9.8.1987 und Süddeutsche Zeitung, 10.8.1987)



Auch dieses Jahr wollen wir wieder eine Brigade zur Kaffee-Ernte nach Nicaragua für den Zeitraum von Anfang Dezember bis Mitte/Ende Januar zusammenstellen. Dafür suchen wir noch Leute mit Interesse am Aufbau des freien Nicaragua. Der Kaffee spielt dabei eine zentrale ökonomische Rolle und bei der Ernte mangelt es stets an Helfern.

Grundkenntnisse über das Land und die Sprache sind wünschenswert und sollen in einer Vorbereitungsphase ab Oktober mit vermittelt werden. Die Teilnahme an diesen Treffen soll Bedingung sein.

Informationen und Anmeldungen (bis Ende September) bei:

Solidaritätsshop
Dritte Welt
Hamburger Allee 52
6000 Frankfurt 90
Tel.: 069/77 88 63



Kaffeebrigade

Heinz Mayer Flüchtlinge kämpfen um die Rücksiedlung

Operation Fenix, Operation Teniente Correno, Operation Morazan und Usulután — dies alles sind salvadorianische Militär- und Vernichtungsaktionen, deren einziges Ziel darin besteht, die Zivilbevölkerung aus den Konfliktzonen herauszubombardieren.

Das Resultat dieser „Entvölkerungspolitik der verbrannten Erde“ seit 1980 liest sich in trockenen Statistiken der Menschenrechtskommission El Salvadors (CDHES) so: 70.000 Ermordete, 7.000 Verschwundene, 800.000 Auslandsflüchtlinge, 750.000 Inlandsvertriebene.

Abseits von der Weltöffentlichkeit wurde der Krieg von der Stadt aufs Land verlagert und wird mit bestialischer Grausamkeit gegen die dort lebende Zivilbevölkerung geführt.

Die Regierung Duarte versucht dies mit dem unglaublichen Argument zu rechtfertigen, es handle sich bei den Bewohnern dieser Gebiete um „logistische Soldaten“, die als Kriegsgegner ausgerottet werden müßten. Durch Flächenbombardierungen soll den Guerillaeinheiten der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) das Rückzugsgebiet abgeschnitten, dem Fisch also das Wasser entzogen werden.

Rücksiedlung ohne Staatskontrolle

Das für die Regierung lästige „Nebenprodukt“ dieser Operationen sind nun aber die Flüchtlinge und Vertriebenen aus diesen Zonen, mit denen das Regime jedoch bisher leichtes Spiel hatte: Einschüchterung, Isolierung trieb viele Flüchtlinge in Resignation und Verzweiflung. Viele verloren den Mut, den Kampf um die Verbesserung der Lebensbedingungen wiederaufzunehmen.

Mit dem Versuch, Wehrdörfer in der bekannten Art von Vietnam und Guatemala zu errichten, sollte die gesteuerte und kontrollierte Wiederansiedlung der Kriegsvertriebenen betrieben werden, um im Rahmen von Aufstandsbekämpfungsprogrammen jede Art von Selbstorganisation zu unterbinden.

Doch diese Rechnung wurde ohne die Betroffenen gemacht: Auf einem gemeinsamen Forum von Flüchtlingen aus allen Teilen El Salvadors wurde im Mai

1986 in der Hauptstadt die Nationale Koordination für die Rücksiedlung (CNR) gegründet. Wichtigste Aufgabe der CNR ist es, die autonome(!) Rücksiedlung (repoblacion) der Vertriebenen ohne staatliche Kontrolle zu organisieren und durchzuführen.

Diese Initiative der Flüchtlinge ist mehr als nur der verzweifelte Versuch, den Slums der Hauptstadt oder der Barmherzigkeit eines Flüchtlingslagers zu entkommen. Es ist dies ein Beitrag zum aktiven Widerstand der Flüchtlinge gegen das regierungsamtliche Programm der Aufstandsbekämpfung.

Die jüngste Repoblacion der CNR fand am 31.1.1987 nach Panchimilama (Department La Paz) statt. Da die Vertriebenen El Salvadors für die Durchführung ihrer Projekte und für ihren Kampf um die freie, selbstbestimmte Rücksiedlung auch den Schutz unserer Solidarität benötigen, möchte ich die Vorbereitung und Durchführung dieser Repoblacion nach Panchimilama beschreiben, in der Hoffnung, daß sich die Solidaritätsbewegung stärker als bisher diesem Aspekt des salvadorianischen Widerstands zuwenden.

Dienstag, 20.1.1987. Vorbereitungstreffen der Rücksiedler in der Basisgemeinde von Mejicanos/San Salvador.

Der kleine Raum, der der Basisgemeinde von Mejicanos als Versammlungsort dient, ist restlos überfüllt. Alte, Frauen und Kinder haben sich im Halbkreis um

ein kleines Podium zusammengeschart, auf dem die weiße Fahne der CNR befestigt wurde. Fast alle der Anwesenden sind Angehörige von bei Massakern Umgekommenen, Überlebende der Flächenbombardierungen, Kriegsflüchtlinge und Vertriebene.

Nach einem kurzen Gottesdienst begibt sich Maria von der CNR ans Mikrofon und beginnt mit ihrem Bericht über die drei bereits durchgeführten Rücksiedlungsaktionen.

Erfolge trotz Armeeterror

Sie beschreibt, wie die erste Repoblacion am 20. Juni 1986 durchgeführt wurde. 110 Personen aus 26 Familien wurden von San Salvador nach San José de las Flores (Department Chalatenango) rückgesiedelt, von wo sie im Jahre 1982 im Rahmen einer Militäroperation vertrieben worden waren. Die Antwort des Regimes auf diese erste Aktion der autonomen Rücksiedlung kam prompt in Form von massiven Einschüchterungen, Verhaftungen und Verschleppungen von Teilnehmern.

Als sich die Siedler auch daraufhin nicht vertreiben ließen, wurde versucht, die Bevölkerung auszuhungern: das gesamte Gebiet wurde militärisch abgeriegelt — die Einfuhr von dringend benötigten Nahrungsmitteln und Medikamenten verweigert. Dies hatte zur Folge, daß bereits in den ersten sechs Monaten der

Neuansiedlung 13 Kinder starben — aus Mangel an Nahrung und medizinischer Versorgung.

Doch wieder war der Durchhaltewille der Flüchtlinge stärker als die Repression des Militärs: heute leben 627 Personen in San José de las Flores. Sie haben es allen Angriffen zum Trotz geschafft, eine bescheidene Infrastruktur in Form von Krankenstationen, Schulen und Versorgungseinrichtungen aufzubauen.

Die zweite Repoblacion vom 15. Juli 1986 brachte die Flüchtlinge von der Hauptstadt nach El Barillo (Cuscatlan). An ihr beteiligten sich bereits wesentlich mehr Vertriebene als das erste Mal, nämlich insgesamt 47 Familien mit 316 Personen.

Doch auch diesmal versuchte das Militär, die Rücksiedler durch Verhaftung und Psychoterror wieder zu vertreiben. 23 Internationalisten, die diese Aktion begleiteten, wurden abgeführt und des Landes verwiesen.

Und wiederum konnten sich die Flüchtlinge behaupten: Trotz militärischer Abriegelung des Gebietes und permanenter Drohungen leben seit Beginn d.J. 418 Personen in ihrer neuen Heimat. Sie können sich durch Mais- und Gemüseanbau selbst ernähren.

Die dritte, mißlungene Repoblacion beweist, so Maria, wie wichtig die Rücksiedlung in organisierter Form ist. Wegen brutaler Bombardierungen ihrer Dörfer und des Terrors des Militärs beschlossen die Bewohner mehrerer Konfliktzonen, in Eigeninitiative in San Carlos, Lempa (San Vicente) einen Neuanfang zu versuchen. Doch bereits am 17. August 1986 wurden über 80 Repobladores mit Gewalt verhaftet und in verschiedene Kasernen verschleppt, wo sie teilweise brutal gefoltert wurden.

Als die CNR von dieser Aktion erfuhr, war sie schon gewaltsam beendet: Die CNR informierte sofort die Menschenrechtsorganisationen, das Rote Kreuz

und die Kirche, mit deren Hilfe die Gefangenen aus den Kasernen befreit werden konnten. Von dort aus wurden sie in das Flüchtlingslager Calle Real in San Salvador gebracht, wo sie sich noch heute befinden.

Als Maria ihren Bericht beendete und sie nun die Anwesenden aufforderte zu berichten, warum sie die Risiken einer Repoblacion auf sich nehmen wollen, erhebt sich ein älterer Mann.

Repoblacion — egal was passiert

Er geht zum Podium, und erzählt: „Ich komme aus einem kleinen Dorf, San Bartoleo, und lebte dort viele Jahre mit meiner Frau und meinen fünf Kindern. In meinem Dorf gibt es nur ca. 20 Häuser. Alle Bewohner arbeiteten zufrieden als Bauern oder Handwerker — bis zum 15. Februar 1985.“

„Ohne Warnung, ohne Vorwand flogen vier Hubschrauber über unser Dorf und bombardierten es über zwei Stunden lang. Dann kamen andere Helikopter, die mitten im Dorf landeten, und die Soldaten beschuldigten uns, mit der Guerilla zusammenzuarbeiten. Als wir sagten, daß dies nicht stimme, setzten sie unsere Felder in Brand, verhafteten vier Jugendliche, darunter einen meiner Söhne, und drohten uns, beim nächsten Mal jeden umzubringen, der sich noch im Dorf halte.“

Bei diesem Bombenangriff wurden sieben Menschen getötet — darunter drei Kinder und zwei Frauen. Wenige Tage danach sind wir nach San Salvador geflohen und leben nun seit über einem Jahr in Elendsquartieren — ohne Arbeit und ohne Geld.

Darum habe ich mich mit meiner Familie entschlossen, an der Repoblacion der CNR teilzunehmen — egal was passiert. Hier in der Hauptstadt haben wir ohnehin keine Chance zum Überleben.“

Donnerstag, 29.1.1987. Demonstration der Repobladores.

Auf dem Hauptplatz vor der Kathedrale haben sich einige hundert Menschen eingefunden, Flüchtlinge und deren Angehörige, die am 31. Januar ihre Rücksiedlung nach Panchimilama durchführen werden. Mit Spruchbändern wie: „Jetzt reicht's uns, wir wollen keine Flüchtlinge mehr sein! Stopp mit der Bombardierung der Zivilbevölkerung! Laßt uns in unsere Dörfer zurückkehren!“ setzt sich der Demonstrationzug in Richtung Parlamentsgebäude in Bewegung.

Ziel dieser Demonstration soll zweierlei sein: Zum einen soll die Regierung Duarte über die in Kürze stattfindende Repoblacion informiert werden mit der Aufforderung, dafür Sorge zu tragen, daß die Rücksiedler nicht mit Bomben, Verhaftungen und Verschleppungen erneut aus ihren Gebieten vertrieben werden.

Zum anderen soll durch diese Aktion der Kampf der Flüchtlinge um Selbstbestimmung öffentlich demonstriert werden, um den unzähligen Flüchtlingen, die noch immer in den Lagern der Hauptstadt leben, Mut zu machen, diesem Beispiel zu folgen und ebenfalls eine Repoblacion zusammen mit der CNR zu organisieren.

Neue Hoffnung in Panchimilama

Vor dem Parlamentsgebäude angekommen, fordern die Demonstranten stundenlang in Sprechchören „audiencia“, um der Regierung eine Petition übergeben zu können mit der Aufforderung, die Menschenrechte der Flüchtlinge zu garantieren.

Und obwohl auch diesmal kein Regierungsvertreter erscheint, um von der Anwesenheit der Flüchtlinge offiziell Kenntnis zu nehmen, lassen sich die Teilnehmer in keinsten Weise entmutigen: Sie verabschieden sich voneinander mit einer Umarmung und dem Versprechen: „Bis zum 31. Companero!“

Samstag, 31.1.1987. Tag der Repoblacion nach Panchimilama.

Seit vielen Monaten haben die Flüchtlinge auf diesen Tag gewartet: Endlich soll die Rücksiedlung nach Panchimilama durchgeführt werden, nachdem diese bereits mehrmals wegen politischer Schwierigkeiten verschoben werden mußte.

Von allen Teilen der Stadt werden die Flüchtlinge in angemieteten Bussen zum Sammelpunkt, der lutheranischen Kirche, gebracht: Insgesamt 70 Familien mit 386 Personen — eine neue Rekordbeteiligung bei einer Repoblacion! Ermöglicht wurde diese durch Spenden der

Demonstration der Rücksiedler (Repobladores) in San Salvador



Ankunft der Repobladores in Panchimilama



Duarte in Bonn „Ein aufrechter Demokrat“

Vom 5.-9. Juli d.J. hielt sich der salvadorianische Präsident José Napoleon Duarte in Bonn auf. Duarte, dessen zweiter offizieller Staatsbesuch in der Bundesrepublik auf Einladung von Außenminister Genscher (FDP) erfolgte, traf u.a. mit Kanzler Kohl, CDU-Generalsekretär Gräßler, dem CSU-Politiker Strauß, Vertretern der Adenauer- und Seidel-Stiftung sowie dem SPD-Abgeordneten Wischniewski zusammen.

Den Auftakt bildete eine Unterredung mit Hans-Dietrich Genscher über die Verbesserung der Beziehungen zwischen Mittelamerika und der Europäischen Gemeinschaft. Ein weiteres Thema war die von Präsident Arias (Costa Rica) ins Leben gerufene mittelamerikanische Friedensinitiative, die Anfang August in Guatemala zusammentrat (siehe Beitrag in diesem Heft).

Mit Zufriedenheit stellte das Auswärtige Amt fest, daß Genscher und Duartes Standpunkte „weniger als man ursprünglich angenommen hätte“ abwichen. Genscher versprach Duarte, dem „Garanten für den Prozeß der demokratischen Stabilisierung in El Salvador“ und „entschiedenen Kämpfer für die Menschenrechte“, außerdem Unterstützung für soziale und wirtschaftliche Reformen. Ebenso sicherte Kanzler Kohl dem mittelamerikanischen Gast jede denkbare Hilfe zu.

So wurde Duartes „Politik der Vernunft“ denn auch von bundesdeutscher Seite mit zwei Abkommen über finanzielle Hilfe entlohnt. Auf Schloß Gymnich bei Bonn, wo der Besucher mit Entwicklungshilfeminister Klein (CSU) zusammenkam, unterzeichnete er einen Vertrag über BRD-Warenhilfe im Wert von 40 Mio DM. In einer zweiten Vereinbarung übernahm die Bundesregierung die Finanzierung ländlicher Fernmeldeeinrichtungen in El Salvador für 13,8 Mio DM. Der Gesamtumfang der Bonner Zusagen seit 1984 beläuft sich nun auf 260,4 Mio DM für das kleinste Land Mittelamerikas. Darin eingeschlossen sind 30 Mio DM Erdbeben-Soforthilfe.

Während die offiziellen Vertreter der Bundesregierung voll des Lobes über Duarte waren – Gräßler pries ihn einen „aufrechten und ehrlichen Demokraten“ – übten die Oppositionsparteien und die bundesdeutsche Solidaritätsbewegung scharfe Kritik am Besuch des Staatspräsidenten. Die Grünen, Jungsozialisten, amnesty international u.a. forderten die sofortige Einstellung der Bonner Entwicklungshilfe, da die Voraussetzungen – die von Duarte bei seinem Amtsantritt versprochenen Reformen und Friedensverhandlungen – nicht gegeben seien.

Angesichts der innenpolitischen Lage El Salvadors sind Sinn und Zweck der bewilligten Steuergelder fraglich; fraglich auch die Unterstützung von Infrastrukturmaßnahmen, die wie die Fernmeldeeinrichtungen zur militärischen Nachrichtenvermittlung genutzt werden können. Der Bremer SPD-Bürgermeister Scherf rief die Bundesregierung auf, sich nicht an dem Bürgerkrieg zu beteiligen und ausschließlich humanitäre Hilfe zum Wiederaufbau zu leisten.

Der von der CDU/CSU/FDP-Koalition vorgewinkelte Demokratisierung und Humanisierung in El Salvador widersprachen die Menschenrechts- und Solidaritätsorganisationen in der BRD.

In einer gemeinsamen Erklärung von terre

des hommes, medico international, world university service und der Christlichen Initiative Romero beschuldigten sie das Duarte-Regime, in den drei Jahren seiner Machtausübung die massiven Menschenrechtsverletzungen nicht eingedämmt zu haben. Die Streitkräfte jedoch hätten, so Duartes Gegenargument, schon 100.000 Stunden Unterricht über die Wahrung der Menschenrechte erhalten.

Tausende von Menschenleben hat der Krieg bisher gekostet, über 1 Mio Salvadorianer wurden aus ihren Dörfern vertrieben. Die Lebensbedingungen der armen Bevölkerungsmehrheit haben sich während Duartes Regierungszeit verschlechtert: Verteuerung und Verknappung von Lebensmitteln und Medikamenten, Arbeitslosigkeit, durch Angriffe und Erdbeben zerstörte Dörfer und Wohnstätten.

Zu wenig Dialogbereitschaft

Trotz 40 Mio DM, die die BRD für den Wiederaufbau eines dringend benötigten Kinderkrankenhauses bereitstellte, haben keinerlei Baumaßnahmen begonnen. Vorrang hat die Kriegswirtschaft, die fast 50% des Staatshaushaltes verschlingt.

Die Solidaritätsbewegung verurteilte auch die fehlende Bereitschaft des Präsidenten zu ernsthaften Friedensverhandlungen.

Angebote der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí/Revolutionäre Demokratische Front (FMLN/FDR) scheiterten an Duarte. Als die FMLN/FDR am 26. Mai d.J. ihre Dialogbereitschaft zum dritten Mal signalisierte und einen Verhandlungsvorschlag zur Humanisierung des Krieges (vgl. AfB 7-8/1987, S.6) unterbreitete, lehnte die christdemokratische Regierung in El Salvador abermals ab. Stattdessen reiste Generalstabschef Blandon nach Washington, um über 70 weitere Hubschrauber zu verhandeln.

Während sich Duarte in Europa aufhielt und sein Image als Demokrat und Retter seines Landes aufpolierte, verschärfte sich die Repression im Lande drastisch. Auf die militärischen Erfolge der Guerilla und das Widererstarken der Volksbewegung antwortet das Duarte-Regime mit einer neuen Terrorwelle. Die Todesschwadronen, deren Auflösung der Politiker versprach, sind zurückgekehrt. Gewerkschafts-, Bauern-, Studentenfürher werden ermordet, verschwinden spurlos.

Duarte pries in Bonn noch die Verbesserungen der Menschenrechtslage in seinem Land an, als schon Polizei- und Armeeeinheiten in San Salvador auf demonstrierende Arbeiter der Sozialversicherungsanstalt das Feuer eröffneten. Zahlreiche Arbeiter, die für Gewerkschaftsrechte, Sozialleistungen und Lohnerhöhung streikten, wurden verletzt. Die Regierung Reagan, die täglich mit 2 Mio \$ den salvadorianischen Krieg finanziert, ist es leid, die Kosten allein zu tragen. Sie hält Umschau nach Verbündeten. Und die Bonner Koalition macht sich allzu schnell zum Handlanger der Mittelamerikapolitik Washingtons. Großzügig gewährt die Regierung Kohl ihrer Schwesterpartei und ihrem „engen und guten Freund“ Duarte Entwicklungshilfe, die am Wohl des salvadorianischen Volkes vorbeigeht.

Hanne Denk

internationalen Solidaritätsbewegung, insbesondere durch die Unterstützung der lutheranischen Kirche der USA.

Nach einem gemeinsamen Gottesdienst in der völlig überfüllten evangelischen Kirche (die katholische Kirche hat es nicht nur abgelehnt, die Flüchtlinge zu begleiten, sondern ihnen auch eine Messe vor ihrer Abfahrt verweigert, obwohl die Mehrzahl der Flüchtlinge Katholiken sind!) verteilten sich die Familien auf die insgesamt 15 Busse. Transparente wurden an den Fahrzeugen befestigt („Wir wollen nicht Almosen, sondern Land und Arbeit!“), weiße Papierfähnchen verteilt und nachdem auch die Internationalisten, Presse und Fernsehleute (aus Sicherheitsgründen) auf sämtliche Busse verteilt worden sind, setzte sich der Zug in Bewegung – gefolgt von ca. 12 LKWs mit Nahrung und den wenigen Habseligkeiten der Flüchtlinge.

Während der Fahrt mußte ich oft an den Bericht von Maria (CNR) über die bisherigen Busfahrten bei Repoblaciones denken: „Militärkontrollen, Durchsuchungen, Psychoterror, Mißhandlungen und Verhaftungen von Teilnehmern. Diesmal jedoch kamen wir unbehelligt an.“

Subversiv – wie die Guerilla

Nach dreißigminütigem Gewaltmarsch in sengender Hitze, bepackt mit Reissäcken oder Kleinkindern, die nicht mehr laufen konnten, waren wir am Ziel: Das von der CNR für die Flüchtlinge angemietete Areal war erreicht! Ein paar Orangenbäume, eine kleine Quelle in der Nähe – ansonsten jedoch unberührte, tropisch heiße Urlandschaft fernab jeglicher Zivilisation: Dies also soll die Heimat der Flüchtlingsfamilien werden.

Die eigentliche Arbeit steht den Repobladores jedoch erst noch bevor: Nach den Rodungsarbeiten und dem anschließenden Bau ihrer Hütten werden sie sich in Kooperativen zusammenschließen, um gemeinsam das Land urbar zu machen und die Einrichtungen für die Produktions- und Lebensmittelversorgung aufzubauen.

Und gemeinsam, so versicherte mir einer der Rücksiedler, werden sie auch ihr Dorf gegen die Militärs verteidigen, falls dies notwendig werden sollte.

Duarte und seine Generäle haben recht: Diese Repobladores sind nach der Logik einer ums Überleben kämpfenden Diktatur ebenso subversiv und gefährlich wie die Gewehre der Guerilla, weil hier die Flüchtlinge sich zu einer neuen, politischen Front zusammengeschlossen haben, die sich der Aufstandsbekämpfungsstrategie des Regimes entgegenstellt und um das Recht auf Leben, Arbeit und Frieden kämpft!

Südafrika

Marianne Kolter Die Machtprobe

340.000 Bergarbeiter in 46 Kohle- und Goldgruben streiken seit dem 10.8.1987 in Südafrika. Das sind etwa 45% der 756.000 Beschäftigten des südafrikanischen Bergbaus.

Sie folgten damit einem Aufruf der Nationalen Bergarbeitergewerkschaft (NUM), der größten Gewerkschaft des Landes. Die NUM ist dem 1985 gegründeten Dachverband Südafrikanischer Gewerkschaftskongreß (COSATU) angeschlossen.

Der jetzige Streik ist Folge gescheiterter Tarifverhandlungen, in denen die NUM eine allgemeine Lohnerhöhung von 30%, höhere Sicherheitsstandards unter Tage, eine Entschädigung für die Angehörigen tödlich Verunglückter in Höhe von fünf Jahresgehältern sowie die Anerkennung des Soweto-Gedenktages 16. Juni als bezahltem Feiertag gefordert hatte. Die Unternehmen boten dagegen nur eine Lohnerhöhung von 23% für die unterste Lohngruppe.

Vor Beginn des Streiks rief die Gewerkschaftsführung die Arbeiter auf, ihre Wohnheime zu verlassen und – wo möglich – nach Hause zu gehen.

Streik von Berg-, Metallarbeitern...

In den mineneigenen, kasernenartigen Wohnheimen wären die Wanderarbeiter, die die Masse der Minenarbeiter stellen, dem Zugriff der Unternehmer und staatlichen Sicherheitsorgane relativ schutzlos preisgegeben. Gewerkschaftsaktivisten und -funktionären riet die NUM abzutauchen, wenn sie sich von Sicherheitskräften bedroht sähen.

Der Streik ist unbefristet und wird – so alle bisher verfügbaren Aussagen – zu einer der größten Aktionen der südafrikanischen Gewerkschaftsbewegung in der Geschichte des Landes werden.

Der tägliche Verlust, so die Tagesthem/ARD vom 10.8.1987, belaufe sich auf etwa 15 Mio Rand (1 Rd = ca. 1 DM). Der Sprecher des größten Konzerns Südafrikas, des Doppelkonzerns Anglo American Corporation – DeBeers erklärte dennoch, sie seien entschlossen, es auf eine Machtprobe ankommen zu lassen.

Diese Machtprobe berührt allerdings auch direkt den südafrikanischen Staat, cnr aus Kohle und Gold schöpft Süd-

afrika mehr als die Hälfte seiner Exporteinnahmen, auf die es schwerlich verzichten kann in der anhaltenden Krisensituation. Auch in anderen Wirtschaftsbereichen des Landes streikten in den letzten Monaten schwarze Arbeiter für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.

Die Eisenbahner bestreikten im März und April sechs Wochen lang das staatliche Unternehmen Südafrikanische Transportdienste (SATS). Anfang Juni mußte das Unternehmen die am 22.4.1987 ausgesprochenen Kündigungen von 16.000 Streikbeteiligten zurücknehmen. Ein Teil der Forderungen der Südafrikanischen Eisenbahner und Hafenarbeitergewerkschaft (SARHWU) wurde erfüllt.

Im Hotelwesen steht eine Streikentscheidung an, nachdem es zwischen der eben-



Streikende Bergarbeiter der NUM

falls COSATU angeschlossenen Gewerkschaft HARWU und den Unternehmen keine Einigung gegeben hat. Die Gewerkschaft hatte eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 45 Wochenstunden und eine allgemeine Lohnerhöhung auf mindestens 450 Rand gefordert.

In einer Abstimmung sprachen sich 50.000 Metallarbeiter für einen Streik aus, einem Aufruf der Nationalen Metallarbeitergewerkschaft (NUMSA) folgend, die etwa 1/4 der Arbeiter dieser Branche vertritt.

Die Regierung Botha erklärte nach der Streikandrohung der NUMSA, daß der für die Branche bestehende Tarifvertrag für ein weiteres Jahr gültig sei.

Damit war ein Streik für einen neuen Tarifvertrag nach südafrikanischem Recht rechtswidrig. Dennoch streikten am 14.7.1987 80.000 Arbeiter.

Daimler-Benz nutzte die Gelegenheit und kündigte im August 200 Arbeitern in East London, die sich an dem Streik beteiligt hatten, unter ihnen nahezu alle Funktionäre der Gewerkschaft. Nach einer Erklärung befragt, bestätigte die Konzernleitung in Stuttgart das Vorgehen der Tochter in Südafrika als rechtens entsprechend dem südafrikanischen Arbeitsrecht.

„Hände weg von COSATU!“

Die Streikbewegung wird begleitet von einer Reihe von Gewerkschaftsneugründungen, die bisher nicht organisierte Bereiche umfaßt, wie etwa der Nationalen Gewerkschaft für Erziehung und Gesundheit (NEHAWU), die bereits 10.000 Beschäftigte organisiert.

Der im Juli d.J. durchgeführte Kongreß der COSATU beschloß, den gewerk-

schaftlichen Kampf zu stärken, weiterhin internationale Sanktionen gegen den Apartheidstaat zu fordern und eine Kampagne „Hände weg von COSATU“ zu starten, die sich gegen die staatlichen Übergriffe gegen die Gewerkschaft und ihre Mitglieder richtet.

Die Forderung nach internationalen Sanktionen unterstützte der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Ernst Breit, der an der Eröffnungsveranstaltung teilnahm. Er kündigte an, daß sich der DGB mit Boykott-

maßnahmen gegen südafrikanische Produkte befasst werden.

Desweiteren verabschiedete der COSATU-Kongress – was von der Vereinigten Demokratischen Front (UDF) vorweggenommen worden war – eine Entschliebung, die Freiheitscharta von 1955 als Leitliniendokument des Widerstandes gegen die Apartheid zu betrachten und die Zusammenarbeit mit der UDF auch formal zu sichern. Eine entsprechende Vereinbarung zwischen beiden Organisationen steht bevor.

Der gewerkschaftliche Kampf, dessen zentrale Bedeutung für den gesamten Befreiungskampf immer deutlicher wird, hat – das war vorauszusehen – dazu geführt, daß seitens der staatlichen und betrieblichen Organe zunehmend zu gezielten Angriffen auf Gewerkschaftsfunktionäre, -mitglieder und -einrichtungen übergegangen wird. Die Gewerkschaft Gatsha Buthelezi, Vereinigte Arbeitergewerkschaft Südafrikas (UWUSA), die als Gegengewerkschaft am 1.5.1986 gegründet worden war, wurde als Streikbrecherorganisation in zahlreichen Arbeitskämpfen eingesetzt.

Die Führung der COSATU befindet sich nun, ähnlich wie die der UDF, entweder in Haft oder ist in den Untergrund abgetaucht.

Auch die Vigilanten, Terrororganisationen aus Schwarzen und Weißen, die mit Billigung und Unterstützung der staatlichen Sicherheitskräfte in den schwarzen Wohngebieten ihr Unwesen treiben, sowie die Sicherheitskräfte der Marionetten von Pretorias Gnaden in den Townships und Bantustans setzen ihre Anschläge gegen Aktivisten des Widerstandes fort. Der wachsenden Gefahr durch diese Gruppen begegnen die Anti-Apartheid-Kräfte u.a. durch die Gründung von Selbstverteidigungsmilizen, die in verschiedenen Landesteilen, insbesondere von den Jugendorganisationen, aufgebaut werden.

Selbst im Ausland beauftragt die südafrikanische Regierung Handlanger, die auf Angehörige der Befreiungsbewegung angesetzt werden.

Dabei beschränkt sich P.W. Bothas Mannschaft nicht auf die Staaten des Südlichen Afrika. In Großbritannien wurde im Juli d.J. gegen drei Männer Anklage erhoben, denen Mord- und Entführungsversuche an exilierten Mitgliedern des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) vorgeworfen werden.

Ganz selbstverständlich wurde am 12.6.1987, 365 Tage nach Verhängung des Ausnahmezustands, ein erneuter Ausnahmezustand verhängt. Die Regierung Botha machte deutlich, daß unter den derzeitigen Bedingungen ein Verzicht auf die Ausnahmezustände selbst bei Verschärfung der vorhandenen „normalen“ Sicherheitsgesetze nicht möglich sei.

Der alte Ausnahmezustand erschien ihr auch nicht mehr ausreichend, so daß kurzerhand einige Verschärfungen hinzugefügt wurden. Diese betreffen insbesondere die Informations-Unfreiheit der Massenmedien über die Auseinandersetzungen mit den Apartheidgegnern. Zahlreiche der unter dem „alten“ Ausnahmezustand Verhafteten bleiben auch weiterhin in Haft.

ANC-Treffen mit Buren

Trotz der Einschränkungen, die der Ausnahmezustand dem Widerstand auferlegt, haben sich die Frauen im April d.J. zur Gründung einer landesweiten Frauenliga der UDF und die Jugendlichen zur Gründung des Südafrikanischen Jugendkongresses (SAYCO) entschieden. Einzelne Berufsgruppen gründeten Organisationen, die gegen die Apartheid Position beziehen, z.B. die Anwälte und die Schriftsteller.

Großes Aufsehen erregte der Besuch von 61 zumeist burischen Weißen in Dakar, der Hauptstadt des Senegal, wo sie sich mit einer 16köpfigen, hochrangigen Delegation des ANC trafen.

Die Delegation unter Leitung des ehemaligen Abgeordneten und Vorsitzenden der Progressiven Föderativen Partei (PFP), Frederick van Zyl Slabbert, um-

faßte Geschäftsleute, Politiker, Wissenschaftler und Künstler. Unter ihnen war auch der ehemalige Vorsitzende des südafrikanischen Kirchenrates, Christian Beyers Naudé.

Vorbereitet worden war das Treffen von der Gattin des französischen Staatspräsidenten, Danielle Mitterrand, dem im Exil lebenden Schriftsteller Breyten Breytenbach sowie dem Staatspräsidenten des Senegal, Abdou Diouf. In Südafrika organisierte das 1986 gegründete Institut für Demokratische Alternativen für Südafrika (Idasa) die Reise. Finanziell unterstützten skandinavische Staaten und die Schweiz das Treffen. Die Annahme, daß auch die der FDP nahestehende Friedrich-Naumann-Stiftung beteiligt gewesen sei, wurde bisher nicht bestätigt.

Strittige Umverteilung

In der gemeinsamen Abschlusserklärung erklärten die Teilnehmer des Gesprächs, daß sie sich für die Verwirklichung eines nicht-rassistischen demokratischen Südafrika einsetzen werden. Auch die Tatsache, daß historische Gründe den ANC zur Aufnahme des bewaffneten Kampfes veranlaßt hätten, wurde anerkannt. Dennoch, so Vertreter der „weißen“ Delegation, bestünden weiterhin Bedenken wegen der gewalttätigen Auseinandersetzungen in Südafrika.

Zu Fragen der Wirtschaftspolitik in einem befreiten Südafrika habe der ANC den Standpunkt vertreten, daß eine Umverteilung des Reichtums nach der Befreiung unvermeidlich sei. Man habe sich jedoch über eine gemischte Wirtschaftsstruktur verständigen können, wobei der Staat wichtige Schlüsselbereiche kontrollieren solle.

Nicht ausgeräumt worden seien die Bedenken der Mitglieder der Delegation unter van Zyl Slabbert, daß es Meinungen im ANC gäbe, die eine radikale Umwälzung der Wirtschaft des Landes wollten. Hier sei auch das Verhältnis des ANC zur Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP) als Problem angesprochen worden.

Eine Zusage über Minderheitenrechte machte der ANC nicht. Dennoch verständigten sich beide Delegationen darauf, daß eine Lösung unter dem Motto „eine Person – eine Stimme“ für Südafrika notwendig sei.

Dr. Alex Boraine, der Sprecher der Delegation aus Südafrika, erklärte nach dem Treffen zum ANC: „Wir haben festgestellt, daß sie Apartheid verachten, aber nicht das Land.“ Deshalb müsse es auch möglich sein, weiterhin miteinander zu reden und – so ein Ziel – die Zukunft des Landes auf politischem Wege, durch Verhandlungen, lösen zu können.



Doris Peschke Ziel: Kirche gegen Apartheid

22. Kirchentag
Frankfurt 1987

Bereits Monate vor dem 22. Evangelischen Kirchentag prägte das Thema der „Kampagne Kirchentag gegen Apartheid“, Aktion gegen die Finanzierung der Apartheid durch bundesdeutsche Banken, die Diskussion nicht nur um den Kirchentag, sondern in den Kirchen selbst.

Das kann nicht verwundern: Seit 15 Jahren steht die Forderung nach Wirtschaftssanktionen und deren konkrete Umsetzung durch Beiträge und Verwendung kirchlichen Eigentums und Besitzes auf der ökumenischen Tagesordnung. Die bundesdeutschen Kirchen haben sich den im Ökumenischen Rat der Kirchen getroffenen Entscheidungen widersetzt und sie im eigenen Land nicht aufgenommen.

Der Kirchentag hatte sich schon im Vorfeld mit der Auflösung seiner Geschäftsbeziehungen zur Deutschen Bank wieder der Ökumene angeschlossen (siehe ausführlich: AIB 5/1987, S. 4-7). So war auch der Weg zur Zusammenarbeit mit der „Kampagne Kirchentag gegen Apartheid“ frei, auch wenn sich diese im we-

sentlichen auf die Vorbereitung und Durchführung des „Forums Südliches Afrika“ im Kirchentagsprogramm am Donnerstag, dem 18.6.1987, beschränkte.

Das Forum am 18. Juni d.J. war der inhaltliche Auftakt. „Sind wir Komplizen der Apartheid?“ So lautete die Fragestellung für verschiedene Diskussionsrunden.

Nach der Bibelarbeit von Allan Boesak, dem Präsidenten des Reformierten Weltbundes, wurde der Tag mit Situationsberichten aus Südafrika und Namibia von Steve Tshwete vom Afrikanischen Nationalkongress (ANC) aus Lusaka, der Gewerkschafterin June Rose Nala und Pfarrer Ananias Iita aus dem Norden Namibias eingeleitet.

Die 6.000 Besucher des Forums blieben überwiegend den ganzen Tag in der nicht gerade gemütlichen Halle 6.3, ein Zeichen, wie wichtig die gestellten Fragen vielen sind.

Unter der Fragestellung: „Was macht die Kirche mit unserem Geld – was macht das Geld mit unserer Kirche?“ wurden

Warner Conring vom Kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD), der Ökumenereferent der rheinischen Kirche, Jürgen Schroer, und Propst Holm von der Evangelischen Kirche Berlin-West, sowie Bischof Liselrod von der norwegischen lutherischen Kirche nach dem kirchlichen Beitrag zur Bekämpfung der Apartheid befragt.

Bischof Liselrod, immerhin Bischof einer durchaus den bundesdeutschen vergleichbaren Volkskirche, begründete die Entscheidung für Wirtschaftssanktionen mit der untragbaren Lage im Südlichen Afrika. Und er fragte, wie es denn jetzt, wo die skandinavischen Länder z.B. ihre Flugverbindungen eingestellt hätten, mit der Lufthansa bestellt sei.

EKD für „gute“ Geschäfte

Nach den Voten der bundesdeutschen Kirchenvertreter, die Geduld und Prüfung der Sanktionsfrage in den Vordergrund stellten, sagte er, „die Jugend in Südafrika kann nicht warten, bis wir zu Ende studiert haben. Sie leiden und sterben jetzt. Wir müssen handeln!“

Dennoch vertrat Conring die Meinung, daß die EKD-Erklärung vom Sommer letzten Jahres kein Aufruf zu Wirtschaftssanktionen sei – auch wenn er von fast jedem so verstanden worden ist. Er interpretierte die EKD-Rats-Erklärung als Aufforderung an die Wirtschaftsunternehmen und Banken, „verantwortungsvoll“ mit ihren Geschäften zu sein. Dies sei nicht gleichbedeutend mit Rückzug und Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen.

Auf die Frage, ob dann nicht die EKD eine Erläuterung zur Erklärung verfassen müßte, weil die ja auch für mehr Investitionen in bestimmten Bereichen ausgelegt werden könnte, sagte er, die EKD habe für den südafrikanischen Kirchenrat eine Studie zur Untersuchung von Nutzen und Schaden von Wirtschaftssanktionen in Auftrag gegeben. Warum dies nicht vor 15 Jahren getan wurde, sondern zu einer Zeit, wo überall in Südafrika, Namibia und weltweit Sanktionen gefordert werden, blieb unbeantwortet.

Am Nachmittag folgte die Runde: „Stützen der Apartheid? – zur Rolle bundesdeutscher Unternehmen und Banken in Südafrika.“

Die Banken hatten die Teilnahme an diesem Podium verweigert, sich der Diskussion, die von den Kritikern der Geschäfte mit dem Apartheidstaat immer gefordert wird, nicht gestellt. Vertreter von VW und Braun Melsungen waren die einzigen, die sich zur Diskussion bereit fanden.

Liberaler Buren-Politiker Slabbert (m.) in Dakar im Gespräch mit ANC-Führern



Auch ihre Argumente hielten den Fakten, die von Helmut Paschla von Arbeitskreis „Kein Geld für Apartheid“, Klaus Heidel von Christen für Arbeit und Gerechtigkeit weltweit und vor allem dem Vorsitzenden der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Günter Volkmar, vorgetragen wurden, nicht stand. Dennoch bieten die Argumente der Unternehmervorteiler, vor allem wenn nur wenig Kenntnis über die Geschäfte einzelner Firmen entgegengestellt werden können, Anlaß zur Verunsicherung, wenn sie ihre „positive Rolle“ für die Ausbildung und die Sicherung von Arbeitsplätzen für die schwarze Bevölkerung betonen.

Es wäre wünschenswert, solche direkten Gegenüberstellungen in öffentlichen Diskussionen zu haben. Dies wäre der Fall gewesen, wären die Banken und Daimler-Benz vertreten gewesen.

Die folgende „Politikerrunde“ unter dem Thema „Die Bundesrepublik – Bremser in der westlichen Sanktionsdiskussion?“ bot eine neue Qualität in der Auseinandersetzung. Erstmals waren die Befreiungsbewegungen ANC von Südafrika und Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) von Namibia offiziell vom Kirchentag eingeladen

worden. Die Bonner Vertreter beider Bewegungen leiteten diese Runde mit Statements ein. Es fiel den Politikern Hedrich (CDU), Höffkes (CSU) und, in Abstufung, Irmer (FDP) offensichtlich nicht leicht, auf Anfragen der Betroffenen einzugehen. Normalerweise ziehen sie es ja auch vor, ihrerseits gegen die Bewegungen vorzugehen und damit vom Thema, Abschaffung der Apartheid, abzuweichen.

Dies war hier schwer möglich. Verheugen (SPD) stand als einziger den Koalitionsvertretern von bundesdeutscher Seite gegenüber, da die Vertreterin der Grünen, Eid, aus gesundheitlichen Gründen verhindert war. Verheugen forderte u.a., daß die Bundesrepublik die Anti-Apartheid-Konvention unterzeichnet und „Apartheid als Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ verurteilt. Damit würde auch Ministern des Apartheidregimes die Einreise in die Bundesrepublik verwehrt werden können.

Die Sympathien des Publikums lagen den ganzen Tag über bei den Sanktionsbefürwortern. Die Argumente wurden alle angehört, allerdings war die Ablehnung von Sanktionen gegen den Apartheidstaat nicht überzeugend.

Bei so viel Ablehnung ist es kein Wunder, daß die Koalitionspolitiker und Wirtschaftsvertreter sich nach dem Kirchentag in Publikumsbeschimpfungen auslassen. So viele, die sie nicht zu überzeugen in der Lage sind, müssen sie als bedrohlich empfinden.

Zum Abschluß des Forums Südliches Afrika wurden von tausenden Besuchern drei Resolutionen verabschiedet.

Aktionen vor „Denkmälern“

Mit großer Mehrheit wurde die Resolution zum Protest gegen das von der südafrikanischen Regierung gegen Zaphania Kameeta, Vizebischof der evangelisch-lutherischen Kirche in Namibia, verhängte Reiseverbot beschlossen. Ebenfalls eine überwältigende Mehrheit fand die Resolution der „Kampagne Kirchentag gegen Apartheid“ mit der Aufforderung an die EKD, ihren Beschluß vom März 1987 gegen die Kontenündigung zu revidieren (Wortlaut siehe Kasten).

Die dritte Resolution wandte sich ebenfalls an die EKD mit der Aufforderung, ihre Verträge mit den weißen Kirchen in Südafrika und Namibia aufzulösen und damit den Beschlüssen des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) und des Lutherischen Weltbundes nach Ausschluß dieser Kirchen aus der Kirchengemeinschaft, weil diese Kirchen nicht eindeutig gegen Rassismus angehen, zu folgen. Da diese Frage während des Tages nicht stärker diskutiert worden war, enthielten sich viele bei dieser Resolution, die aber dennoch eine ausreichende Mehrheit fand.

Am Freitag, dem 19. Juni d.J., hatte die Kampagne zu Aktionen vor Bankfilialen in der Bankenstadt Frankfurt aufgerufen. Es kamen nicht so viele wie erwartet, wofür der strömende Regen und ein attraktives Kirchentagsprogramm an diesem Tag sicher die Gründe waren.

Dennoch beteiligten sich mehrere hundert Menschen an Menschenteppichen, Blockaden und einer Vielzahl phantasie-reicher Aktionen: Um das Denkmal „Kontinuität“ vor der Deutschen Bank Zentrale wurde ein Transparent mit der Aufschrift „Deutsche Bank: Kontinuität von Hitler bis Botha“ herumgetragen. Vor anderen Banken sang der SWAPO-Chor namibische Freiheitslieder.

Inszeniert wurde ein Straßentheater mit dem inzwischen weit bekannten „Mister Apartheid“, mit dem der Unterdrückungsapparat Südafrikas symbolisiert wird. Auch die „Notärzte“ Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerzbank, die das Apartheidregime vor dem Tod mit den notwendigen Geldinfusionen retten, wurden anschaulich dargestellt.

Fortsetzung auf S. 32



40 000 demonstrierten während des Kirchentags in Frankfurt gegen die Apartheid und die BRD-Kollaboration

- Ich abonniere das AIB ab Nr. _____ / ab sofort
- Ich bestelle _____ Ex. AIB-Nr. _____
- Ich bestelle _____ Ex. AIB-Sonderheft Nr. _____

Jahresabo: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabo (50 DM oder mehr): _____ DM. Kündigung nur zum Jahresende, spätestens bis zum 15. November.

Einzelheft 3 DM; Doppelheft 5 DM; Sonderheft 2 DM (zzgl. 0,60 DM Porto je Heft). Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (z.B. in Briefmarken oder per Abbuchungsvollmacht).

Gewünschte Zahlweise (bitte ankreuzen):

- Bankinzug. Die Ermächtigung erteile ich hiermit bis auf Widerruf.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei _____

in _____

Kto.-Nr. _____ BLZ _____

- Rechnung

Name, Vorname _____
 Straße _____ Beruf _____
 Postleitzahl, Ort _____ Nr des Zustellpostamtes _____

Unterschrift _____ Datum _____

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Ich bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

Unterschrift _____ Datum _____

Zum Verbleib bei dem/der Besteller/in
Vertrauensgarantie: Ich habe am _____ das AIB-Die Dritte-Welt-Zeitschrift zum jährlichen Bezugspreis von 33 DM bestellt. Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Unsere Buchgeschenke

Wer uns einen neuen Abonnenten nennt oder das AIB verschenkt, erhält eins der unten aufgeführten Bücher nach Wahl. Das Buch wird bei Erteilung einer Abbuchungsvollmacht sofort ausgeliefert oder nach Bezahlung des Abopreises von 33 DM.

- Bahrmann/Jacobs/Links, Killerkommando. Schwarzbuch: CIA und Contra, WKV, 216 S., 16,80 DM
- Fidel Castro, ...wenn wir überleben wollen, WKV, 296 S., 16,80 DM
- Ege/Ostrowsky, Ronald Reagan. Biographie, PRV, 336 S., 16,80 DM
- R. Falk, Nelson Mandela. Biographisches Portrait mit Selbstzeugnissen, PRV, 288 S., 12,80 DM
- R. Falk, Die heimliche Kolonialmacht. Bundesrepublik und Dritte Welt, PRV, 224 S., 14,80 DM
- R. Falk, Südafrika. Widerstand und Befreiungskampf, PRV, 220 S., 14,80 DM
- B. Graul, Das Land denen, die es bebauen. Agrarreform in Nicaragua, WKV, 224 S., 14,80 DM
- H.E. Gross, Guatemala, WKV, 248 S., 14,80 DM
- Ernesto Che Guevara, Der neue Mensch, WKV, 192 S., 12,80 DM
- Ernesto Che Guevara, Guerillakampf und Befreiungsbewegung, WKV, 216 S., 14,80 DM
- Nelson Mandela, Der Kampf ist mein Leben, WKV, 416 S., 18 DM
- J. Matthews, Die Träume des David Patterson. Roman, WKV, 362 S., 16,80 DM
- L. Otero, Stadt im Feuer, Roman, WKV, 384 S., 16,80 DM
- E. Reimann, Ich war ein Contra, PRV, 120 S., 9,80 DM
- Vukani – Makhosikazi, Frauen in Südafrika, PRV, 288 S., 16,80 DM
- Ziegler/Popow, Andere die Welt, sie braucht es. Ein Dialog zwischen Ost und West, PRV, 232 S., 14,80 DM



für Gott

Gottes und wurde zu
 und Tod der Kinder

el? Ist der Himmel
 endigen? Ja, aber die
 demselben Himmel
 sein Haupt. In dem-
 er mit Gott um die
 erfung der Erde und
 Kinder nennen. Dieser
 jessianischen Mutter
 tz im Angesicht der
 Drachens.
 fel Tod und Schmerz
 die Schreie der Kin-
 l ersticken. Der flam-
 ens hat die Schönheit
 er ist weder Heiligtum

zahrhunderts, können
 fehen. Wir sehen den
 Rauchschwaden aus
 kschorsteinen ver-
 unbewohnbar für die
 m Namen des Fort-
 ß Raketen ihre Todes-
 tospäre ziehen, wie
 gte, und wir begreifen
 und Verzweiflung,
 inen Angriff auf Gott

Hiroshima und Naga-
 ? Kann der Himmel
 al gereinigt werden
 lammern, der nieder-
 idostasien, der bis auf
 en Palästinenserlager

als wieder geläutert
 sten Gestank über-
 der gewaltigen und
 Zylindern, Schärpen
 frohen und verstüm-
 ören und dann zum
 und den Namen des
 mit uns"; „in God we
 Motto Südafrikas:

„Soli Deo Gloria“? Nein, Johannes hat recht: es muß einen neuen Himmel und eine neue Erde geben.

Die Visionen vom neuen Himmel und von der neuen Erde beziehen sich – wie so vieles in diesem Buch – auf das Alte Testament. Es ist die Vision des Jesaja: Gott will eine radikale Veränderung, mehr noch: eine völlig neue Schöpfung. Eine Vision, in welcher der Traum Gottes zur Wirklichkeit wird für die, die er liebt. (...)

Diese Stadt – in der wir uns freuen werden an unserer Arbeit und an unseren Kindern, in der Kinder leben werden, um Kinder zu sein ohne frühen Tod, in der wir Häuser bauen und in ihnen leben werden ohne Angst vor Vertreibung durch Krieg oder Zuzugskontrollen oder durch das Gesetz zur Beschränkung des Wohnrechts, in der Friede sein wird und niemand verletzt oder vernichtet, in der wir tatsächlich die Stimme Gottes hören werden, noch ehe wir nach ihr rufen – diese Stadt braucht nicht auf die „Ewigkeit“ zu warten.

Dieses neue Jerusalem wird aus der Asche all dessen entstehen, was heute „Pretoria“ heißt. Denn das Alte ist vergangen.

„Siehe da, die Hütte Gottes bei den Menschen!“ Erinnerung an die Hütte Gottes, die das Volk Israel mit sich durch die Wüste trug als Symbol für die Gegenwart Gottes in seiner Mitte. Das Volk wußte nicht, wohin der Weg führen würde. Es gab keine gesicherte Zukunft. Die einzige Gewißheit waren die Gegenwart und die Stimme Gottes.

An dieser Stelle spricht Johannes zum ersten Mal davon, daß Gott bei seinen Menschen, in seiner Welt leben kann. Der Gott, der sich danach sehnt, die Völker zu lehren, wie sie „ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sicheln“ umschmieden können, der kann nicht in einem Land wohnen, das „voller Rosse ist und dessen Kriegswagen kein Ende haben“.

Aus „Pretoria“ wird ein neues Jerusalem

Ein Gott, der leidenschaftlich will, daß die Völker dieser Erde aufhören, Krieg zu lernen, kann nie in einer Welt zu Hause sein, in der Menschen ihren Lebensunterhalt durch Krieg und Zerstörung verdienen, in der diejenigen, die Kinder umbringen, Orden bekommen und in der Gewalt und Grausamkeit verherrlicht werden. (...)

Eine Welt, in der kleine Kinder sterben, weil sie Zeitungspapier mit Essenresten vermischt essen, wie in den Umsiedlungslagern in Südafrika – nein, eine solche Welt kann kein Zuhause sein für den Gott des Exodus, der Propheten und des Jesus von Nazareth. Es muß eine neue Welt geben! Johannes spürt dies so eindringlich, daß er mit voller Überzeugung sagt: Dieser Tag ist gekommen. (...)

So wartet die Gemeinde auf das Kommen des Herrn; dann endlich soll Gottes neue Welt geboren werden. Diese Wartezeit aber ist angefüllt mit tätiger Hoffnung, mit freudiger Gewißheit. Die Gemeinde arbeitet und lebt, sucht und stiftet Frieden in heiliger Ungeduld; sie befreit die Gefangenen und zerbricht das Joch der Unterdrückung; sie heilt die Kranken und öffnet die Gefängnisse; sie nimmt die Flüchtlinge auf und schützt die Fremden. Wie ihr Gott verbrennt sie die Kriegswagen und vernichtet die Waffen des Krieges und der Zerstörung; denn sie verzehrt sich vor Schnusucht nach dem neuen Jerusalem. (...)

Auch ihre Argumente hielten den Fakten, die von Helmut Paschla vom Arbeitskreis „Kein Geld für Apartheid“, Klaus Heidel von Christen für Arbeit und Gerechtigkeit weltweit und vor allem dem Vorsitzenden der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Günter Volkmar, vorgetragen wurden, nicht stand. Dennoch bieten die Argumente der Unternehmervertreter, vor allem wenn nur wenig Kenntnis über die Geschäfte einzelner Firmen entgegengestellt werden können, Anlaß zur Verunsicherung, wenn sie ihre „positive Rolle“ für die Ausbildung und die Sicherung von Arbeitsplätzen für die schwarze Bevölkerung betonen.

Es wäre wünschenswert, solche direkten Gegenüberstellungen in öffentlichen Diskussionen zu haben. Dies wäre der Fall gewesen, wären die Banken und Daimler-Benz vertreten gewesen.

Die folgende „Politikerrunde“ unter dem Thema „Die Bundesrepublik – Bremser in der westlichen Sanktionsdiskussion?“ bot eine neue Qualität in der Auseinandersetzung. Erstmals waren die Befreiungsbewegungen ANC von Südafrika und Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) von Namibia offiziell vom Kirchentag eingeladen

worden.

Die Bonner Vertreter leiteten diese Reinein. Es fiel den (CDU), Höffkes (Cifung, Irmer (FDP) leicht, auf Anfragen zugehen. Normalerweise auch vor, ihrerseits Abschlaffung der Absichten.

Dies war hier schweigen (SPD) stand als tionsvertretern vor Seite gegenüber, da Grünen, Eid, au: Gründen verhindert derte u.a., daß die Anti-Apartheid-Konnet und „Apartheidgen die Menschlich mit würde auch Mini regimes die Einreise blik verwehrt werde

Die Sympathien den ganzen Tag über befürworten. Die alle angehört, allerdings von Sanktionen

Bitte mit Postkartenporto freimachen

AIB Die Dritte-Welt-Zeitschrift
Leserservice
Postfach 510868
5000 Köln 51

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde von mir geworben:

Mein Name: _____

Meine Adresse: _____

Ich möchte folgendes **Buchgeschenk** aus dem AIB-Angebot:

Postkartenaktion

Freiheit für Beatriz Brinkmann!



AIB-Geschenkabo

Ja, ich möchte das AIB zum jährlichen Bezugspreis von 33 DM ab _____ verschenken.

- befristet für ein Jahr
 unbefristet*

*) Das Abonnement verlängert sich jeweils um 12 Monate, wenn dem Verlag nicht bis zum 15. November des Jahres oder sechs Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes eine schriftliche Kündigung mitgeteilt wird.

Meine Adresse:

Name, Vorname: _____

Straße, Nr.: _____

PLZ, Ort: _____

Gewünschte Zahlweise (bitte ankreuzen):

- Bankeinzug. Die Ermächtigung erteile ich hiermit bis auf Widerruf.

Konto-Nr. _____ Bankleitzahl _____

Bank/Geldinstitut _____ Ort _____

- Rechnung

Datum _____ Unterschrift _____

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen bei AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum _____ Unterschrift _____

Ich möchte folgendes **Buchgeschenk** aus dem AIB-Angebot:

Schicken Sie das **Geschenkabo** bitte an folgende Adresse:

Name, Vorname: _____

Straße, Nr.: _____

PLZ, Ort: _____

Unterschrift

Por esto me dirijo ahora a Usted para pedirle la libertad de Dr. Beatriz Brinkmann.

Dr. Beatriz Brinkmann lleva más de 11 meses en la cárcel. No se han escuchado miles de solicitudes pidiendo su libertad.

Dr. Beatriz Brinkmann ist seit über 11 Monaten im Gefängnis. Tausende Bitten für ihre Freiheit sind nicht gehört worden. Deshalb wende ich mich jetzt an Sie und bitte um Freiheit für Dr. Beatriz Brinkmann.

für Gott

Gottes und wurde zu und Tod der Kinder

...? Ist der Himmel endigen? Ja, aber die demselben Himmel sein Haupt. In demer mit Gott um die erfung der Erde und nder nennen. Dieser messianischen Mutter tzt im Angesicht der Drachens. iel Tod und Schmerz die Schreie der Kinder ersticken. Der flammens hat die Schönheit er ist weder Heiligtum

...ahrhunderts, können behen. Wir sehen den Rauchschwaden aus kschoornsteinen verinbwohnbar für die m Namen des Fortb Raketten ihre Todesosphäre ziehen, wie te, und wir begreifen und Verzweiflung, inen Angriff auf Gott

Hiroshima und Nagasaki? Kann der Himmel gereinigt werden sammern, der niederidostasien, der bis auf en Palästinaerlager

...als wieder geläutert sten Gestank überder gewaltigen und Zylindern, Schärpen brohen und verstümören und dann zum und den Namen des mit uns"; „in God we Motto Südafrikas:

„Soli Deo Gloria“? Nein, Johannes hat recht: es muß einen neuen Himmel und eine neue Erde geben.

Die Visionen vom neuen Himmel und von der neuen Erde beziehen sich – wie so vieles in diesem Buch – auf das Alte Testament. Es ist die Vision des Jesaja: Gott will eine radikale Veränderung, mehr noch: eine völlig neue Schöpfung. Eine Vision, in welcher der Traum Gottes zur Wirklichkeit wird für die, die er liebt. (...)

Diese Stadt – in der wir uns freuen werden an unserer Arbeit und an unseren Kindern, in der Kinder leben werden, um Kinder zu sein ohne frühen Tod, in der wir Häuser bauen und in ihnen leben werden ohne Angst vor Vertreibung durch Krieg oder Zuzugskontrollen oder durch das Gesetz zur Beschränkung des Wohnrechts, in der Friede sein wird und niemand verletzt oder vernichtet, in der wir tatsächlich die Stimme Gottes hören werden, noch ehe wir nach ihr rufen – diese Stadt braucht nicht auf die „Ewigkeit“ zu warten.

Dieses neue Jerusalem wird aus der Asche all dessen erstehen, was heute „Pretoria“ heißt. Denn das Alte ist vergangen.

„Siehe da, die Hütte Gottes bei den Menschen!“ Erinnerung an die Hütte Gottes, die das Volk Israel mit sich durch die Wüste trug als Symbol für die Gegenwart Gottes in seiner Mitte. Das Volk wußte nicht, wohin der Weg führen würde. Es gab keine gesicherte Zukunft. Die einzige Gewißheit waren die Gegenwart und die Stimme Gottes.

An dieser Stelle spricht Johannes zum ersten Mal davon, daß Gott bei seinen Menschen, in seiner Welt leben kann. Der Gott, der sich danach sehnt, die Völker zu lehren, wie sie „ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sichel“ umschmieden können, der kann nicht in einem Land wohnen, das „voller Rosse ist und dessen Kriegswagen kein Ende haben“.

Aus „Pretoria“ wird ein neues Jerusalem

Ein Gott, der leidenschaftlich will, daß die Völker dieser Erde aufhören, Krieg zu lernen, kann nie in einer Welt zu Hause sein, in der Menschen ihren Lebensunterhalt durch Krieg und Zerstörung verdienen, in der diejenigen, die Kinder umbringen, Orden bekommen und in der Gewalt und Grausamkeit verherlicht werden. (...)

Eine Welt, in der kleine Kinder sterben, weil sie Zeitungspapier mit Essenresten vermischt essen, wie in den Umsiedlungslagern in Südafrika – nein, eine solche Welt kann kein Zuhause sein für den Gott des Exodus, der Propheten und des Jesus von Nazareth.

Es muß eine neue Welt geben! Johannes spürt dies so eindringlich, daß er mit voller Überzeugung sagt: Dieser Tag ist gekommen. (...)

So wartet die Gemeinde auf das Kommen des Herrn; dann endlich soll Gottes neue Welt geboren werden. Diese Wartezeit aber ist angefüllt mit tätiger Hoffnung, mit freudiger Gewißheit. Die Gemeinde arbeitet und lebt, sucht und stiftet Frieden in heiliger Ungeduld; sie befreit die Gefangenen und zerbricht das Joch der Unterdrückung; sie heilt die Kranken und öffnet die Gefängnisse; sie nimmt die Flüchtlinge auf und schützt die Fremden. Wie ihr Gott verbrennt sie die Kriegswagen und vernichtet die Waffen des Krieges und der Zerstörung; denn sie verzehrt sich vor Sehnsucht nach dem neuen Jerusalem. (...)



40 000 demonstrierten während des Kirchentags in Frankfurt gegen die Apartheid und die B

Auch ihre Argumente hielten den Fakten, die von Helmut Paschlau vom Arbeitskreis „Kein Geld für Apartheid“, Klaus Heide von Christen für Arbeit und Gerechtigkeit weltweit und vor allem dem Vorsitzenden der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Günter Volkmar, vorgetragen wurden, nicht stand. Dennoch bieten die Argumente der Unternehmervertreter, vor allem wenn nur wenig Kenntnis über die Geschäfte einzelner Firmen entgegengestellt werden können, Anlaß zur Verunsicherung, wenn sie ihre „positive Rolle“ für die Ausbildung und die Sicherung von Arbeitsplätzen für die schwarze Bevölkerung betonen.

Es wäre wünschenswert, solche direkten Gegenüberstellungen in öffentlichen Diskussionen zu haben. Dies wäre der Fall gewesen, wären die Banken und Daimler-Benz vertreten gewesen.

Die folgende „Politikerrunde“ unter dem Thema „Die Bundesrepublik – Bremser in der westlichen Sanktionsdiskussion?“ bot eine neue Qualität in der Auseinandersetzung. Erstmals waren die Befreiungsbewegungen ANC von Südafrika und Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) von Namibia offiziell vom Kirchentag eingeladen

worden.

Die Bonner Vertreter leiteten diese Reihe ein. Es fiel den (CDU), Höffkes (Cifung, Irmer (FDP) leicht, auf Anfragen zugehen. Normalerweise auch vor, ihrerseits Abschlaffung der Achen.

Dies war hier schwingen (SPD) stand als tionsvertreter vor Seite gegenüber, da Grünen, Eid, au: Gründen verhindert derte u.a., daß die Anti-Apartheid-Konnet und „Apartheidgen die Menschlich mit würde auch Mini regimes die Einreise blik verwehrt werden

Die Sympathien den ganzen Tag über befürworten. Die alle angehört, allerdings von Sanktionen



40 000 demonstrierten während des Kirchentags in Frankfurt gegen die Apartheid und die B

Bitte mit Postkartenporto freimachen

**AIB Die Dritte-Weit-Zeitschrift
Leserservice
Postfach 510868
5000 Köln 51**

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

(Name)	(Name)
(Straße/Hausnummer)	(Straße/Hausnummer)
(Ort)	(Ort)
(Name)	(Name)
(Straße/Hausnummer)	(Straße/Hausnummer)
(Ort)	(Ort)
(Name)	(Name)
(Straße/Hausnummer)	(Straße/Hausnummer)
(Ort)	(Ort)

Luftpost 1,- DM

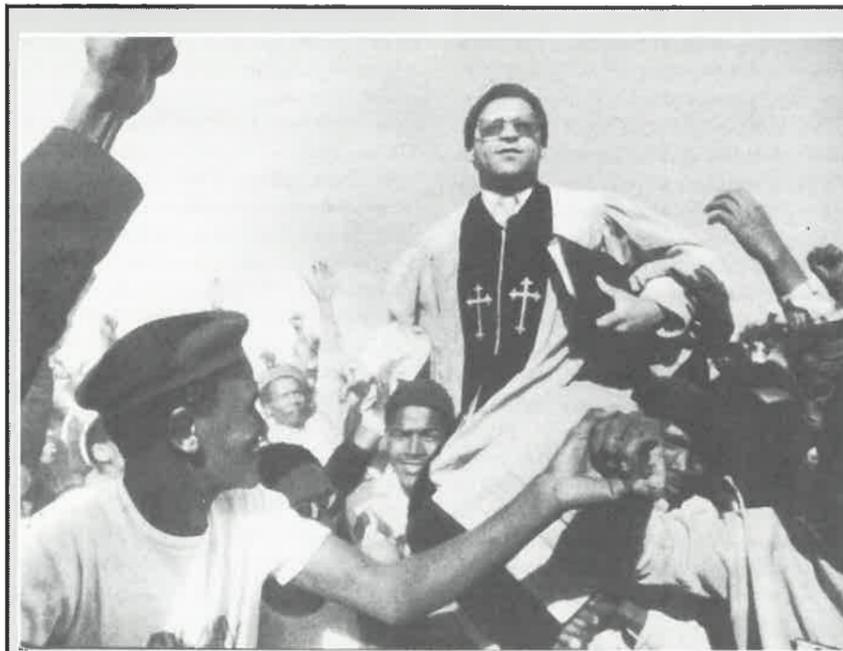
**Brigadier General
Eduardo Iturriaga Neumann
Libertador Bernardo O'Higgins 543
VALDIVIA/CHILE**

Postkarte

Absender

(Name)
(Straße/Hausnummer)
(Ort)

MIT LUFTPOST PAR AVION



Allan Boesak Apartheid – kein Zuhause für Gott

Dr. Allan Boesak (37 J., Kapstadt/Südafrika), Präsident des Reformierten Weltbundes, hielt diese Predigt im Schlußgottesdienst des 22. Deutschen Evangelischen Kirchentages am 21. Juni 1987 im Frankfurter Waldstadion vor rund 100.000 Menschen. Dabei faßte er die wesentlichen Aussagen und Ergebnisse dieses Kirchentages, die für manchen Beobachter und Kommentator so weit auseinanderzudriften schienen, zusammen. Wir bringen Ausschnitte.

Meine lieben Schwestern und Brüder, wie der Kirchenvater Irenäus berichtet, wurde das Buch der Offenbarung am Ende der Herrschaft Domitians geschrieben. Unter dem römischen Kaiser Domitian wurde der Brauch der Anbetung des Herrschers zum Gesetz. Aus Brauch und Sitte wurde eine rechtlich verordnete Pflicht. Zur gleichen Zeit verschärfte sich die Spannungen zwischen dem römischen Reich und der christlichen Kirche.

Wir brauchen eine neue Erde!

Die Verkündigung des Wortes Gottes stieß oft auf harte Gegnerschaft. Das ist wahrscheinlich auch der Grund, weshalb Johannes, der Prediger für die Gemeinden in Kleinasien und in den Ostprovinzen, auf der trostlosen Insel Patmos, 14 Schiffstunden vom Festland entfernt, in der Verbannung lebte. Verurteilt um des Wortes Gottes und des Zeugnisses von Jesus Christus willen, ist er auf dieser Insel im Exil. Aber Johannes und die Gemeinden wußten: Genau an dieser Stelle würde sich der Glaube der christlichen Kirche erweisen. Gott oder Götze; Herr oder Kaiser – Domitian, Sohn der Götter, oder Jesus, Sohn Gottes. (...)

Es muß eine neue Erde geben! Diese Erde, mißbraucht, geplündert, zerrissen, voller Angst und Haß, voller Wunden, Sorgen und Schmerzen kann und darf nicht bleiben! Diese Erde war der Thron der großen Hure Babylon. Sie war der Fluchtort für die

Mörder der Heiligen Gottes und wurde zugleich zur Arena für Leid und Tod der Kinder Gottes. (...)

Aber ein neuer Himmel? Ist der Himmel nicht Wohnung des Lebendigen? Ja, aber die Gemeinden wußten: In demselben Himmel erhebt auch der Drache sein Haupt. In demselben Himmel kämpft er mit Gott um die vollkommene Unterwerfung der Erde und derer, die sich Gottes Kinder nennen. Dieser Himmel bietet der messianischen Mutter nicht ausreichend Schutz im Angesicht der furchtbaren Macht des Drachens. Mehr noch: Es hat so viel Tod und Schmerz und Leid gegeben, daß die Schreie der Kinder Gottes den Himmel ersticken. Der flammende Atem des Drachens hat die Schönheit des Himmels vergiftet; er ist weder Heiligtum noch geheiligt mehr.

Wir, Menschen des 20. Jahrhunderts, können dies alles sehr gut verstehen. Wir sehen den Himmel von giftigen Rauchschwaden aus Millionen von Fabrikschornsteinen verpestet; hoffnungslos unbewohnbar für die Vögel des Himmels im Namen des Fortschritts. Wir wissen, daß Raketen ihre Todesbahnen durch die Stratosphäre ziehen, wie Martin Luther King sagte, und wir begreifen Dorothee Sölles Zorn und Verzweiflung, wenn sie Atomwaffen einen Angriff auf Gott selber nennt.

Kann der Himmel nach Hiroshima und Nagasaki je wieder rein sein? Kann der Himmel überhaupt noch einmal gereinigt werden vom Gestank der Gaskammern, der niedergebrannten Dörfer in Südostasien, der bis auf den Erdboden zerstörten Palästinaerlager im Libanon?

Kann der Himmel jemals wieder geläutert werden vom schlimmsten Gestank überhaupt, nämlich dem der gewaltigen und mächtigen Herren mit Zylindern, Schärpen und Uniformen, die drohen und verstümmeln, töten und zerstören und dann zum Gebetsfrühstück gehen und den Namen des Herrn anrufen: „Gott mit uns“; „in God we trust“, oder nach dem Motto Südafrikas:

„Soli Deo Gloria“? Nein, Johannes hat recht: es muß einen neuen Himmel und eine neue Erde geben.

Die Visionen vom neuen Himmel und von der neuen Erde beziehen sich – wie so vieles in diesem Buch – auf das Alte Testament. Es ist die Vision des Jesaja: Gott will eine radikale Veränderung, mehr noch: eine völlig neue Schöpfung. Eine Vision, in welcher der Traum Gottes zur Wirklichkeit wird für die, die er liebt. (...)

Diese Stadt – in der wir uns freuen werden an unserer Arbeit und an unseren Kindern, in der Kinder leben werden, um Kinder zu sein ohne frühen Tod, in der wir Häuser bauen und in ihnen leben werden ohne Angst vor Vertreibung durch Krieg oder Zuzugskontrollen oder durch das Gesetz zur Beschränkung des Wohnrechts, in der Friede sein wird und niemand verletzt oder vernichtet, in der wir tatsächlich die Stimme Gottes hören werden, noch ehe wir nach ihr rufen – diese Stadt braucht nicht auf die „Ewigkeit“ zu warten.

Dieses neue Jerusalem wird aus der Asche all dessen erstehen, was heute „Pretoria“ heißt. Denn das Alte ist vergangen.

„Siehe da, die Hütte Gottes bei den Menschen!“ Erinnerung an die Hütte Gottes, die das Volk Israel mit sich durch die Wüste trug als Symbol für die Gegenwart Gottes in seiner Mitte. Das Volk wußte nicht, wohin der Weg führen würde. Es gab keine gesicherte Zukunft. Die einzige Gewißheit waren die Gegenwart und die Stimme Gottes.

An dieser Stelle spricht Johannes zum ersten Mal davon, daß Gott bei seinen Menschen, in seiner Welt leben kann. Der Gott, der sich danach sehnt, die Völker zu lehren, wie sie „ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sicheln“ umschmieden können, der kann nicht in einem Land wohnen, das „voller Rosse ist und dessen Kriegswagen kein Ende haben“.

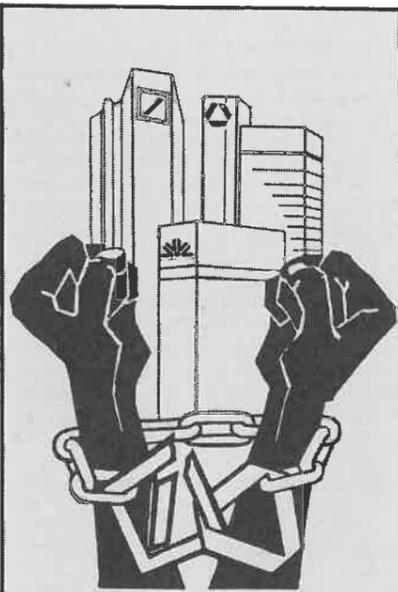
Aus „Pretoria“ wird ein neues Jerusalem

Ein Gott, der leidenschaftlich will, daß die Völker dieser Erde aufhören, Krieg zu lernen, kann nie in einer Welt zu Hause sein, in der Menschen ihren Lebensunterhalt durch Krieg und Zerstörung verdienen, in der diejenigen, die Kinder umbringen, Orden bekommen und in der Gewalt und Grausamkeit verherlicht werden. (...)

Eine Welt, in der kleine Kinder sterben, weil sie Zeitungspapier mit Essentesten vermischt essen, wie in den Umsiedlungslagern in Südafrika – nein, eine solche Welt kann kein Zuhause sein für den Gott des Exodus, der Propheten und des Jesus von Nazareth.

Es muß eine neue Welt geben! Johannes spürt dies so eindringlich, daß er mit voller Überzeugung sagt: Dieser Tag ist gekommen. (...)

So wartet die Gemeinde auf das Kommen des Herrn; dann endlich soll Gottes neue Welt geboren werden. Diese Wartezeit aber ist angefüllt mit tätiger Hoffnung, mit freudiger Gewißheit. Die Gemeinde arbeitet und lebt, sucht und stiftet Frieden in heiliger Ungeduld; sie befreit die Gefangenen und zerbricht das Joch der Unterdrückung; sie heilt die Kranken und öffnet die Gefängnisse; sie nimmt die Flüchtlinge auf und schützt die Fremden. Wie ihr Gott verbrennt sie die Kriegswagen und vernichtet die Waffen des Krieges und der Zerstörung; denn sie verzehrt sich vor Sehnsucht nach dem neuen Jerusalem. (...)



Forum Südliches Afrika Aufforderung an die EKD

Resolution des Forums Südliches Afrika,
Frankfurt, den 17.6. 1987

In Anbetracht der Sanktionsforderungen
und -beschlüsse

- des Südafrikanischen Kirchenrates (SACC),
- des Namibianischen Kirchenrates (CCN),
- des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK),
- der Befreiungsbewegung Afrikanischer Nationalkongreß (ANC) von Südafrika und SWAPO von Namibia,
- der Vereinten Nationen,
- der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU)

empört uns die Haltung der EKD gegenüber dem Apartheidstaat, wie sie sich in dem Ratskommuniqué vom 28. März 1987 ausdrückt, in dem die Kontenkündigung des Deutschen Evangelischen Kirchentages verurteilt wurde. In Unterstützung der weltweiten Sanktionsbeschlüsse erwarten wir, daß der Rat der EKD und die Landeskirchen endlich den jahrzehntelangen Forderungen der anerkannten Sprecher/-innen und der unterdrückten Bevölkerungsmehrheit in Südafrika und Namibia, wie vor allem der Befreiungsbewegungen ANC und SWAPO, folgen und sich für umfassende und bindende Sanktionen gegen das Apartheidregime in Südafrika und Namibia einsetzen.

Im Hinblick auf die Tagung des ÖRK-Zentralausschusses im August 1988 in Hannover und in der Verpflichtung der ÖRK-Konferenzen von Harare 1985 und Lusaka 1987 fordern wir die EKD zu eigenen konkreten Schritten auf wie z.B.:

- alle Geschäftsverbindungen zu den Banken aufzukündigen, die weiterhin Geschäfte mit dem Apartheidstaat treiben (vor allem Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerzbank, Westdeutsche Landesbank - Girozentrale), und dies öffentlich bekanntzugeben;
- sich öffentlich und wirksam für eine Strafverfolgung aller Verantwortlichen im Falle des illegalen Verkaufs von U-Boot-Konstruktionsplänen und aller weiteren illegalen Rüstungslieferungen aus der Bundesrepublik an Südafrika einzusetzen.

Ein Höhepunkt für den — wenn auch nicht ganz, so doch sichtbar — mit den Tüchern der Kampagnen gelb eingefärbten Kirchentag war die Demonstration „Freiheit für Namibia und Südafrika“ am Samstag, dem 20. Juni, an der an die 40.000 Menschen, überwiegend Kirchentagsbesucher, teilnahmen.

Diese größte Anti-Apartheid-Demonstration in der Bundesrepublik schloß mit einer Kundgebung vor der Zentrale und den weithin sichtbaren Türmen der Deutschen Bank, die auch im Symbol der Kampagne enthalten sind. Eine Reihe von Präsidiumsmitgliedern des Kirchentags und namhaften Theologen, die auch im Vorfeld einen Unterstützungsauftrag für die Kampagne unterzeichnet hatten, nahmen an der Demonstration, an deren Spitze auch die Vertreter des ANC und der SWAPO sowie des südafrikanischen und namibischen Kirchenrates standen, teil.

Der Frankfurter Propst Trautwein betonte, daß es für Christen eine Verpflichtung ist, angesichts der Situation im Südlichen Afrika, nicht zu ruhen, „bis die schändlichen Verquickungen ... mit der Sklavenhaltergesellschaft gelöst sind“.

Der Vertreter des namibischen Kirchenrates CCN, Moses Omeb, legte die besonderen Verflechtungen der Dresdner Bank mit dem kolonial besetzten Namibia dar. Er wiederholte angesichts dieser Fakten nachdrücklich die Forderung des CCN nach umfassenden und bindenden Sanktionen gegen das Apartheidregime, um die Entlassung Namibias in die Unabhängigkeit gemäß UN-Sicherheitsrats-Resolution 435 (von 1978) zu erzwingen.

Francis Meli, Mitglied des Nationalen Exekutivkomitees des ANC betonte die grundlegende Rolle, die das Apartheidregime in der imperialistischen Globalstrategie spielt, und die Bedrohung des Friedens, die das Apartheidregime darstellt. „Die Frage von Krieg und Frieden ist mit der Superausbeutung unseres Volkes durch die multinationalen Konzerne verknüpft. Südafrika ist reich an Bodenschätzen. Aufgrund des Apartheidsystems machen die Investoren hohe Profite. Diese Bodenschätze sind nützlich für den militärisch-industriellen Komplex des Westens, für das Sternkriegsprogramm von Reagan.“

„Wie lange noch wird die Apartheid existieren?“ Auf diese Frage antwortete Meli:

„So lange wir das zulassen! Wir fordern die unverzügliche Beendigung jeder finanziellen, militärisch-nuklearen, politischen, kulturellen und sportlichen Beziehung zu Apartheid-Südafrika! Verhindert, daß bundesdeutsche Unternehmen durch Lohnabzüge den Mietboykott der Schwarzen unterlaufen!

Stärkt die Aktivitäten der Boykottbewegung gegen Apartheid...!“

Günter Volkmar von der Gewerkschaft HBV rief die Demonstrant/inn/en auf, die Solidarität im Kampf gegen die Apartheid zu verstärken und den Kampf für die Befreiung zu unterstützen.

„Die Bundesregierung darf nicht länger der letzte Brückenkopf des Apartheidregimes auf dem europäischen Kontinent sein. Sie darf sich in der Europäischen Gemeinschaft nicht länger wirksamen Sanktionen entgegenstellen und EG-Beschlüsse, z.B. zum Boykott südafrikanischer Kohle, verhindern! Nur umfassende wirtschaftliche Sanktionen treffen das Regime an seiner empfindlichsten Stelle: an seiner Fähigkeit, seinen gegen die eigene Bevölkerung gerichteten Unterdrückungs- und Militärapparat weiter zu unterhalten! ...

Wir alle wissen, wie kompliziert und schwierig der Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Politik ist. Und wir wissen auch, daß nicht die Banken in erster Linie für das Südafrika-Geschäft ihrer Großkunden verantwortlich sind. Keiner

von uns bildet sich ein, hier den 'Oberschiedsrichter' mit vereinfachten Regeln zu spielen. Aber eines wissen wir doch: Gegenüber dem Apartheidregime, das, einmalig in der Welt, den Rassismus zum Verfassungsgrundsatz gemacht hat, wird die Grenze zu dem, was bei aller politischer Neutralität geschäftlich noch hinnehmbar ist, überschritten. Gerade wir Deutsche, in deren Land Rassismus konsequent bis zum Völkermord entwickelt wurde, dürfen hier nicht noch einmal schuldig werden!“



Der vierte Redner, Jan Niemöller, machte deutlich, daß auch im Rat der EKD, der ja eine scharfe Erklärung gegen die Kampagne verfaßt hatte und dessen Vorsitzender Bischof Kruse auch während des Kirchentages wiederholt die Auflösung von Konten bei Banken mit Apartheidgeschäften abgelehnt hatte, durchaus andere Meinungen vertreten sind.

Niemöller ist Mitglied im Rat der EKD und Leiter des Diakonischen Werkes in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, das im Verlauf der Auseinandersetzung um die Kirchentagskonten eben-

falls seine Konten bei der Deutschen Bank aufgelöst hat. Er warf den Banken in seiner Rede vor, bei den Umschuldungsverhandlungen mit dem Apartheidstaat keine Forderungen gestellt zu haben:

„Sind sich die Manager auch der Deutschen Bank eigentlich darüber im klaren, daß die Zeit längst vorbei ist, in der man sich als Geld-Manager noch glaubhaft in dem Mantel politischer Neutralität verstecken konnte? Die Geschichte der Deutschen Bank sollte eigentlich zu sensibler Wachsamkeit in der heutigen Zeit Anlaß geben...

Ist es eigentlich verwunderlich, wenn Christen, wenn der Kirchentag und andere kirchliche Institutionen nun dazu übergehen, ihre Konten bei solchen Banken aufzulösen, die uns glauben machen wollen, der Umgang mit dem Geld, und das heißt ja wohl der Umgang mit dem, was unsere Gesellschaft erwirtschaftet, habe mit Politik nichts zu tun?“

Komplizen der Friedhofsruhe?

Aber auch an die Kirchen richtete er Fragen: „Vor wenigen Jahren haben sich Kirchenmitglieder dagegen gewandt, daß Kirchensteuermittel dem Antirassismustonds des Ökumenischen Rates der Kirchen zugeleitet werden.“

Mit ungewohntem pazifistischen Eifer wurde kritisiert, der Fonds biete keine Gewähr, daß seine Mittel nicht ausschließlich gewaltfreier Betätigung dienen. Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau nimmt offensichtlich darauf Rücksicht — sie ruft zu Spenden und Kollekten für den Fonds auf; Kirchensteuermittel werden ihm gegenwärtig nicht zur Verfügung gestellt.

Mit welchem Recht werden eigentlich die Steuern derjenigen, die sich in Solidarität mit dem Südafrikanischen Kirchenrat gegen die wirtschaftliche Stützung eines Gewaltregimes wenden, bei solchen Banken belassen, die nicht einmal die größten Auswüchse staatlicher Gewalt gegen die schwarze Mehrheit in Verhandlungen zur Sprache bringen? Wird in der 'Kirche' die Mahnung zur Unparteilichkeit nur dann gehört, wenn die eine Seite sich durch die Verwendung von Steuermitteln beschwert fühlt, während die Klage der anderen Seite mit der Ermahnung bedacht wird, man solle doch die Vertreter der Banken nicht ausgrenzen?

Als ob mit der Frage, wo kirchliche Gelder verwaltet werden, auch nur der geringste persönliche Mitarbeiter bei solchen Geld- und Wirtschaftsinstituten verbunden wäre. Wir kritisieren das Verhalten der Banken und müssen daher die Manager mahnen: Wenn nach den Umschuldungsverhandlungen ... zu lesen

war, die Verhandlungen seien für die Gläubigerbanken erleichtert gewesen, weil der Druck der Öffentlichkeit infolge südafrikanischer Regierungszensur abgenommen habe, so stellt sich die Frage, ob sich die Verantwortlichen in Banken eigentlich zu Komplizen dieser Friedhofsruhe machen lassen wollen.“

Die Demonstration war ein deutliches Zeichen für die Kirchen und kirchlichen Einrichtungen, aber auch für andere Organisationen, daß viele Menschen die Kollaboration bundesdeutscher Unternehmen und Banken, aber auch der Regierung, nicht mehr hinnehmen wollen.

„Beschränkungen“ der Banker

Sie zeigte ihren Wunsch nach Abbruch der Beziehungen, nach der Isolation des Apartheidregimes in Südafrika und Namibia. Sie stellen sich dabei bewußt auf die Seite der Menschen in diesen beiden Ländern, die um ihre Befreiung kämpfen.

Auch beim Bankenforum am dem Kirchentag am Samstag nachmittag wurden den Bankern, vor allem von der Deutschen Bank, Fragen zum Südafrika-Engagement nicht erspart, obwohl sich die Banken erst nach langem hin und her auf die Beantwortung dieser Fragen einließen.

Es war nicht sehr überzeugend, wie die Macht der Banken hier heruntergespielt und die Meinung vertreten wurde, die Banken hätten keine Möglichkeit, politisch Einfluß zu nehmen. Deutsche Bank-Vorstandsmitglied Blessing sagte, die bundesdeutschen Banken hätten schließlich von Südafrika keinen Pfennig zurückerhalten. Alle Rückzahlungen wären auf Konten in Südafrika (in Rand)

eingefroren, weil keine Devisen außer Landes dürften.

Dies war immerhin eine interessante Eröffnung: Die südafrikanischen Schulden bei britischen Banken beispielsweise wurden in den letzten 12 Monaten geringer. Gelten für sie diese „Beschränkungen“ nicht? Offensichtlich haben die bundesdeutschen Banken, so wie sie ja bereits im September 1985 erklärten, ihre Forderungen nicht so eingefordert, wie sie es könnten — und andere es auch tun!

Der Hintergrund wurde schon in einem Interview Blessings in der Frankfurter Rundschau vom 16.6.1987 deutlich: Die Banker betrachten das südafrikanische Regime trotz „aller Mängel“ als legitime Regierung. Genau dies ist der Widerspruch zu den Gegnern der Apartheid! Mit und durch die „Kampagne Kirchentag gegen Apartheid“ ist es gelungen, viele Menschen zum Handeln gegen die bundesdeutsche Kollaboration mit dem Apartheidregime in Südafrika und Namibia zu bewegen. Daß diese von vielen Menschen abgelehnt wird, ist deutlich. Dies ist mit ein Grund dafür, daß die Auseinandersetzungen um klare Handlungen härter werden, auch in den Kirchen. Die Worte allein reichen nicht mehr. Die Kampagne hat ein Teilziel erreicht, aber um die vielfältige Unterstützung aus der Bundesrepublik für das Apartheidregime endlich zu beenden, muß noch mehr getan und erreicht werden. Die Kampagne hat sich entsprechend bereits einen nächsten Schritt auf diesem Weg vorgenommen: die EKD, deren Synode Anfang November 1987 in West-Berlin tagt. Die Kampagne hat sich schon nach ihrer neuen Zielsetzung benannt: Kampagne Kirche gegen Apartheid.

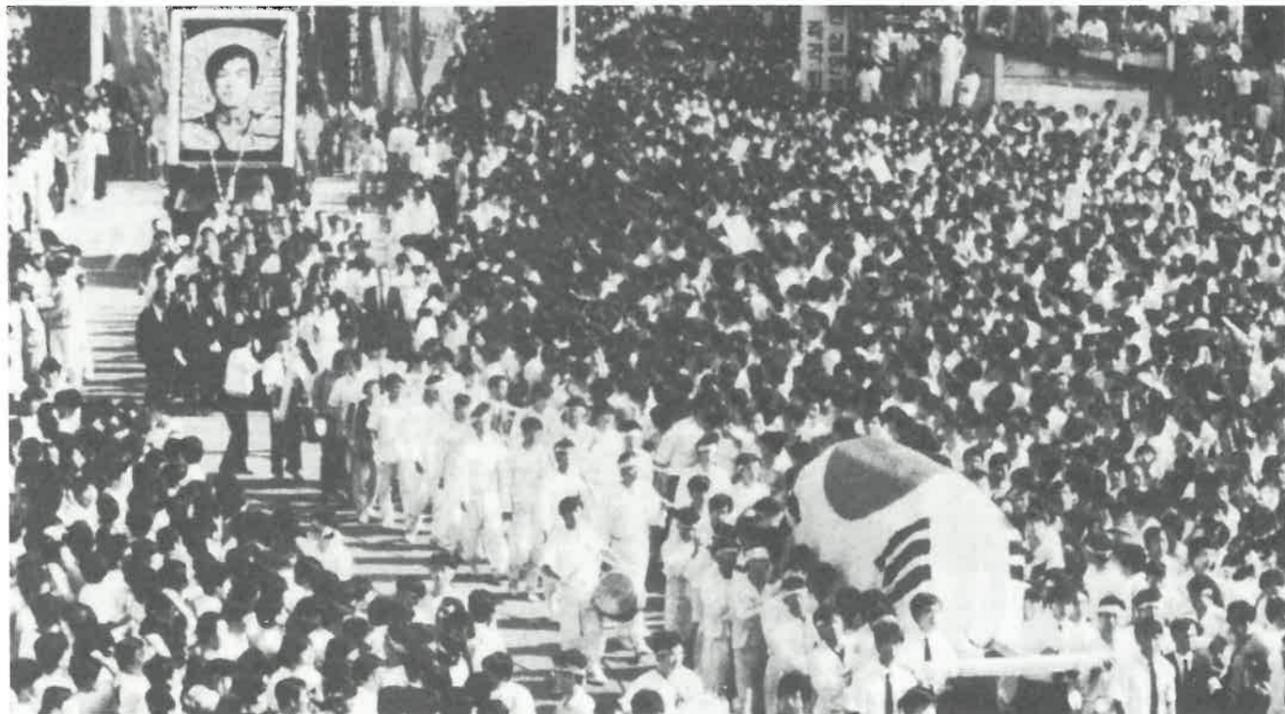
AIB-Vertrieb mit neuer Adresse

Seit dem 1. April d.J. wird der Vertrieb des AIB nicht mehr über unsere Marburger Adresse, sondern über den Pahl-Rugenstein Verlag in Köln abgewickelt. Für

- Bestellungen von AIB-Heften
- Abonnements
- Adressenänderungen
- Kündigungen

gilt ab sofort folgende Adresse:
AIB-Leserservice, Postfach 510868,
5000 Köln 51, Tel. 0221/36002-0

Rainer Werning
Sommer(nachts)träume in Seoul
Wankt oder fällt die Militärdiktatur?
 Reportagen aus Südkorea (I)



Hunderttausende beim „demokratischen Volksbegräbnis“ Lee Han Yols am 9. Juli d. J.

Gern hätte Südkoreas Militärdiktatur ihre Rechnung aufgehen sehen: Vor glitzernden Fassaden der herausgeputzten, 10 Mio Einwohner zählenden Metrople Seoul sollte lange vor Beginn der XXIV. Olympischen Sommerspiele (17.9.-2.10.1988) aller Welt ein wirtschaftlich mustergültiges, politisch stabiles und sozial harmonisches „Land der Morgenstille“ vorgeführt werden. Was Japan 1964 als erstem asiatischen Austragungsland der Olympiade recht war, so das Kalkül der Machthaber in Seoul, muß der Republik Korea allemal billig sein.

Doch für das Regime des Präsidenten Chun Doo Hwan, das sich 1980 an die Macht putschte, kam alles ganz anders. Aus der Generalprobe für Olympia – den 10. Asienspielen im Herbst 1986 – wurde ein beispielloses „Großreinemachen“ der Generäle; knapp 250.000(!) „Unruhestifter“ wurden „aus dem Verkehr gezogen“ und vorübergehend festgenommen. Seoul glich tagelang einer Stadt im Belagerungszustand.

Nach Wochen relativer Ruhe durchzogen die Hauptstadt seit dem Frühjahr neuerlich dichte Tränengasschwaden. Das Bekanntwerden von Foltermorden an politischen Gefangenen, brutale Polizeieinsätze selbst gegen ein zunehmend politisiertes Bürgertum und die Absicht Chuns, die brisante Diskussion über eine neue Verfassung erst nach der Olympiade wieder aufzugreifen und zwischenzeitlich seinen Generalskumpanen Roh Tae Woo gegen den Widerstand der geschurigelten parlamentarischen Opposition zum neuen starken Mann aufzubauen, zerrissen vollends den seit dem Kwangju-Massaker (Mai 1980) erzwungenen nationalen Konsens.

Für Seouls Schutzpatron, die USA, begann ein hektisches Kri-

senmanagement. Washingtons ostasiatischem „Frontstaat“ galt es in seiner bislang „schwersten Belastungsprobe“ um jeden Preis beizustehen. Am 29. Juni d.J. schließlich unterbreitete Roh Tae Woo eine „8-Punkte-Erklärung“, die inhaltlich und in ihrer Diktion glattweg dem Forderungskatalog der parlamentarischen Opposition glich. Sie sieht u.a. direkte Präsidentschaftswahlen, Abschaffung der Pressezensur, Freilassung von politischen Gefangenen, Achtung der Menschenrechte und freien Parteienwettbewerb vor. Die in- wie ausländischen Medien überschlugen sich förmlich vor Begeisterung. Die Regierung Chun, so jubilierten sie unisono, habe im entscheidenden Moment jene „Umsichtigkeit und Flexibilität“ demonstriert, die dem Land „die langersehnte Demokratie und Liberalisierung beschere“. Trotz (oder aufgrund?) dieses freilich geschickten Schachzugs der Herrschenden erlebte die Republik Korea am 9. Juli d.J. die größten Massendemonstrationen in ihrer 39jährigen Geschichte. Anlaß war die Beerdigung des Studenten Lee Han Yol, der, von einer Tränengasgranate am Kopf getroffen, nach über dreiwöchigem Koma seiner Verletzung erlag. Allein in Seoul säumten 1-2 Mio Menschen die Straßen, um mit Lee ihr verkörpertes Ideal für Leiden und Widerstand zu ehren. Abermals demonstrierte die Staatsmacht Härte...

Unser Mitarbeiter Rainer Werning hielt sich im Juni/Juli d.J. in Südkorea auf. Hier seine Reportage über ein Land, dessen Alltag wie auf dem benachbarten philippinischen Archipel im delikaten Spannungsverhältnis von Widerstand der Beherrschten und Machtmanövern der Herrschenden steht. Siegt bald auch „People Power“ in Seoul?

Yi Sun Shin ist selbst jedem koreanischen Kind ein Inbegriff für Freiheit und nationalen Widerstand. Vor 390 Jahren hatte Admiral Yi der japanischen Invasionsarmee Toyotomi Hideyoshis eine vernichtende Niederlage beigebracht. Geschickt hatte der Admiral seine technisch raffinierten „kobuk son“ – „Schildkrötenschiffe“, d.h. schildkrötenähnlich aussehende Galeeren – postiert, die zum Schutz der Mannschaften mit Planken, wahrscheinlich gar mit eisernen Platten abgedeckt waren. Zwar fiel der Admiral später Palastintrigen zum Opfer, seine Reputation als Retter der Nation, vor allem gegenüber dem Erzfeind Japan, schmälerte das nicht im geringsten. In fast allen Städten sind ihm zu Ehren Denkmäler errichtet worden.

„Volksbegräbnis“ für Lee Han Yol

Donnerstag, 9. Juli 1987. Strahlender Sonnenschein. Vor dem Sockel des Denkmals von Yi Sun Shin im Zentrum der Metrople Seoul ist die Blechlawine zum Stillstand gekommen. Statt endloser Autoschlangen – Menschentrauben, so weit das Auge reicht.

Fäuste schnellen empor – „Nieder mit der Diktatur! Nieder mit dem US-Imperialismus! Strafe den Mördern Lee Han Yols!“ Aus mehreren Megaphonen gleichzeitig erschallt dieser Schlachtruf. Die Staatsmacht, noch außer Sichtweite, steht am Pranger: Folter, langjährige Inhaftierung politischer Gefangener, Unterdrückung von Gewerkschaften, Niederknüppeln von Arbeitern und Studenten, wahllose Tränengaseinsätze werden ihr vorgeworfen. Wut, Empörung und Trauer machen sich breit, sind unmittelbar, werden erlebbar.

Lee Han Yol – immer wieder sind diese Worte aus den sonst stakkatohaften Wortketten klar vernehmbar. Würdevoll artikuliert, ist dieser Name – heute zumindest – gleichbedeutend mit dem Programm der Unterdrückten, dem Bodensatz der Gesellschaft. Lees Tod hat dem kämpferischen Aufbegehren gegen ein diskreditiertes, isoliertes Regime Flügel verliehen.

Eigentlich hatten die Ordnungskräfte das Stadtzentrum für Demonstrationen und Umzüge sperren wollen. Kaum jemand schert sich darum. Für das vorläufig letzte Opfer staatlichen Terrors wird die Trauerfeier für Lee Han Yol zu einem gewaltigen „demokratischen Volksbegräbnis“.

Bereits um 6 Uhr in der Frühe hatten sich mehrere zehntausend Trauergäste im ausladenden Campus der renommierten Yonsei-Universität versammelt. „Die Mörder müssen endlich und für immer verschwinden“, schluchzte Lees Mutter ins Mikrofon, bevor sie vor Erschöp-

fung zusammenbrach.

Vom Campus aus schwillt der Trauerzug, von dumpfen Trommelschlägen begleitet, auf mehrere hunderttausend Teilnehmer an. Büroangestellte und Geschäftsleute mischen sich unter die Menge. Trauerflore signalisieren Anteilnahme, Sympathie. Vorzeitig schließen zahlreiche Geschäfte ihre Pforten.

Im Stadtzentrum sammelt sich ein Buskonvoi, der sich mit dem blumenbestückten Wagen des Leichnams langsam Kwangju in Bewegung setzt. Dort, im Südwesten des Landes, wo die jetzigen Herrscher im Mai 1980 mit 2.000 hingemetzelten Demonstranten ihre ersten, kräftigsten Blutspuren hinterließen, soll Lee Han Yol beigesetzt werden. Kurz nach 14 Uhr sind vor dem Denkmal Admiral Yis Kolonnen martialisch aufgeplusterter Polizisten aufgezogen. Viele junge Gesichter sind darunter. Einige verunsichert und ängstlich.

Heute sollen sie ihre „Feuerprobe“ bestehen. Die ungewohnte Konfrontation mit der Volksmenge und der Druck seitens der Vorgesetzten lassen den „Polizeinovizen“ Angstschweiß aus den Poren



Feuerbereite Polizisten

treten. Nur wenige Tage ist's her, da einer dieser „Novizen“ von seinem Ausbilder während des Trainings zu Tode geprügelt worden war. Sein Verbrechen – dem „Feind“ ließ er nicht die gebührende Härte verspüren.

Hinter den verängstigten Gesichtern ist eine Phalanx kampferprobter Haudegen erkennbar. Zackig werden Helme und Schilder geprüft. Das „Durchchecken“ der Gasmasken und Aufpflanzen der Tränengasgranaten erfolgt mit gespenstischer Routine.

Schnell die in Zivil gekleideten Greiftrupps – durchtrainierte Taekwondo-Typen, deren „Uniform“ aus Schutzhelm, Handschuhen und einer leger am

Hosengürtel baumelnden Plastiktasche besteht, in der eine Gasmasken gerade Platz findet. Diese Greiftrupps haben mittlerweile in den Seitenstraßen und -gassen der breiten Taep'young-Straße Stellung bezogen, flanieren in U-Bahnschächten und scheinen sich darin zu gefallen, auffällig Präsenz zu demonstrieren.

Gegen 15 Uhr hat sich die als riesiger Trauerzug begonnene Demonstration weitgehend zerfranst. Die Einsatzleitung der „riot police“ hält ihre Stunde für gekommen. Ohne Vorwarnung fallen plötzlich Schüsse.

Direkt vor uns detonieren die ersten Tränengasgranaten. Dicke Rauchschwaden steigen auf, ätzen auf der Haut, brennen in den Augen und lassen das Atmen zur unerträglichen Tortur werden. Eine keuchende, hustende, erbrechende Menge schiebt sich – ohne Panik, wie mir später bewußt wird – in Richtung Rathaus.

Etliche können sich in die Lobbys der Nobel-Hotels Koreana und Seoul Plaza, in Geschäfte und Privathäuser flüchten. Zusammen mit etwa 20 Personen finde

ich mich im Unterrichtsraum einer Fahrschule wieder.

Wahllos dreschen die zivilen Greiftrupps auf alles ein, was ihnen über den Weg stolpert.

Wie von blindwütigem Ordnungswahn befallen feuern die Polizisten unablässig Tränengasgranaten auf Geschäfts- und Hoteleingänge. Nichts soll sich mehr mucken und regen. Den rasch nachrückenden Aufräumkommandos wird so das Terrain geebnet.

Die Anglikanische Kirche, in der sich zahlreiche Trauergäste vermeintlich in Sicherheit wiegen, wird gestürmt. Pardon wird nicht gegeben. Leute, die bereits vom beißend-starken Tränengas



Auf der Flucht vor den Tränengaswolken

röchelnd und fast bewußtlos auf dem Boden kauern, werden von den Uniformierten nochmalig „abgesprüht“.

Zum Entsetzen der Stadtoberen sind auf dem Rathaus zeitweilig die Nationalflagge und Olympiafahnen von Demonstranten auf halbmast gesetzt oder eingeholt worden. Auf nahegelegenen Leuchttafeln zeigen die Zahlen an, wieviele Tage es noch bis zur Eröffnung der Olympischen Spiele sind.

Was als Trauerzug begann, hatte sich, aufgeheizt durch den kalkulierten und selektiven Terror der Staatsmacht, zu einem neuerlich machtvollen Protest gegen das Regime ausgewachsen. Hochzeit auch für die auf Sorgfalt erpichten Buchhalterseelen der Nationalen Polizeidirektion.

Vor diesem denkwürdigen 9. Juli hatten sie ermittelt, daß zwischen dem 10. und 26. Juni 351.200 Tränengasgranaten landesweit abgefeuert und 17.244 Personen festgenommen worden waren. Aus Angst vor weiteren Repressalien unterstellten sich über 300 zum Teil schwer verletzte Demonstranten dem Schutz der oppositionellen Demokratischen Wiedervereinigungspartei (RDP) Kim Young Sams.

„Nicht, daß ich es Ihnen wünsche“, schreit mir ein älterer Herr durch seinen gegen das Tränengas übergestülpten Mundschutz zu, „aber heute können Sie sich ja selbst davon überzeugen, was es mit Rohs '8-Punkte-Erklärung' auf sich hat.“ Als er sieht, daß ich von meiner Brille wenigstens noch heile Gläser zu retten vermag, klopft er mir lächelnd auf die Schulter...

„Das Kwangju-Massaker und der Machtantritt Chuns waren möglich, weil unsere Bewegung für Demokratie, nationale Unabhängigkeit und Wiedervereinigung 1980 ideologisch zerstritten, politisch isoliert und organisatorisch zu schwach war.“

Gut, es gab die Studenten, deren historisches Verdienst seit Beginn der 60er Jahre darin bestand, in der Frontlinie für eine demokratische Umgestaltung der Gesellschaft gestanden zu haben. Aber ihre Forderungen waren im Großteil der Bevölkerung nicht verankert. Erst das 'Kwangju-Syndrom', brutaler Militäreinsatz gegen das eigene Volk, bescherte den Herrschenden eine Hypothek, die sie bis heute nicht abtragen konnten“, sagt Hwang Insung, den ich in einem Vorort Seouls treffe.

Als aktives Mitglied der protestantischen Kirche zählt er zu den Mitbegründern der erst am 28. Mai d.J. gebildeten Nationalen Koalition für eine Demokratische Verfassung (NCDC). Diesem überparteilichen Bündnis haben sich namhafte Vertreter/innen der evangelischen und katholischen Kirchen, der Buddhisten, Künstler, Rechtsanwälte, Professoren, von Frauenverbänden, Arbeitern, Bauern, Jugendliche und städtische Arme angeschlossen.

Jahrestag des Kwangju-Massakers: Eine Mutter weint am Grab ihres Sohnes



Die verschiedenen Studentenorganisationen, darauf bedacht, erst innerhalb ihrer Gruppen und untereinander die aktuelle Entwicklung zu diskutieren, sind – zumindest in der Hauptstadt – offiziell nicht Teil der NCDC, unterstützen diese aber in ihrem antidiktatorischen Kampf.

Wie er das gegenwärtige politische Kräfteverhältnis zwischen Regierung und Opposition beurteilt, frage ich Herrn Hwang. „Sehen Sie“, beginnt er ruhig, „nach Kwangju begann eine bleierne Zeit. Die Regierung operierte mit der dummen Anschuldigung, der Kwangju-Aufstand sei von Nordkorea gesteuert, sozusagen der lange Arm 'kommunistischer Subversion' gewesen.“

Natürlich glaubten die Leute das nicht; schreckerfüllt und mit eigenen Augen hatten sie ja mitansehen müssen, daß Südkoreaner auf Südkoreaner schossen und die Schutzmacht USA dem Gemetzel ihren Segen gab. Etliche politische Aktivisten gingen nach dem Massaker in den Untergrund, einfach aus Furcht, physisch liquidiert zu werden. Kurz: politisches Engagement, von Widerstand ganz zu schweigen, schien mit einem Schlag verunmöglichlicht worden zu sein.“

„Alle gesellschaftlichen Kräfte, die nicht der von den Machthabern verordneten sozialen Amnesie (Gedächtnisschwund; d. Red.) auf den Leim gingen, nutzten den schmalen politischen Manövrierraum und gaben der erst Ende 1984 gegründeten Neuen Koreanischen Demokratischen Partei (NKDP) bei den Parlamentswahlen 1985 ihre Stimme. In freien, demokratischen Wahlen hätte das das Ende der Chun-Herrschaft bedeutet. Doch die von ihm selbst geschaffenen institutionellen, juristischen und politischen Rahmenbedingungen vermochte das Regime in seinem Sinne zu nutzen.“

„Für uns“, führt Herr Hwang fort, „war das eine Lehre; parlamentarischer

Kampf allein führt nicht zum Ziel. Es bedurfte weitergefaßter, außerparlamentarischer Aktionen, um den Druck auf das Regime zu verstärken.“

Hier bildete die Anfang 1986 entfesselte Debatte um eine neue Verfassung eine wichtige Klammer zwischen der parlamentarischen und außerparlamentarischen – vor allem studentischen – Opposition. Diese Auseinandersetzung entfaltete eine gewisse Eigendynamik; über den Hauptinhalt hinaus – die direkte Wahl und nicht länger mehr die durch ein den Herrschenden genehmes Wahlmännergremium ausgeheckte Ernennung des Präsidenten – ging es um konkrete Schritte in Richtung demokratischer Umwälzungen in Staat und Gesellschaft.“

„Fragen der Presse-, Versammlungs- und Redefreiheit standen nunmehr auf der Tagesordnung. Es ging um das Recht auf freie gewerkschaftliche Betätigung, um Lohnerhöhungen, den Abzug der allgegenwärtigen Uniformierten aus den Werksgeländen und dem Campus. Bei vielen, vormals unpolitischen Personen setzten die zeitweise nicht abziehenden Tränengasschwaden plötzlich aufrüttelnde Denkprozesse in Gang.“

Auch Mönche gingen auf die Straße

Als sich das Regime all diesen, mittlerweile auch vom städtischen Bürgertum weitgehend getragenen Forderungen vehement widersetzte und anlässlich der Asien-Spiele gegen die gesamte Opposition ein Kesseltreiben entfachte, bebraute es sich eines wichtigen Teils seiner anscheinend zuverlässigsten Stütze – der metropolitanen, vom sozialen Aufstiegsvermögen erfaßten Mittelschichten.“

Kurzes Zögern. Herr Hwang zündet sich eine Zigarette an, inhaliert den Rauch in kräftigen Zügen.

„Ja, dann erfuhr die Öffentlichkeit im Frühjahr von dem Foltermord an dem Studenten Park Chong Chol. Allein 1986 waren 3.000 Personen inhaftiert worden. Der Protest gegen die Diktatur durchlief sozusagen einen Generationenwechsel.“

Die Mütter von Geschundenen und Verschwundenen zogen auf die Straßen, zertraten den Polizisten die Helme vom Kopf und schrien ihnen bei der Festnahme mit wütendem Trotz ins Gesicht: 'Wir haben nicht länger mehr Angst vor euch! Die Mörder müssen verschwinden!' "

„Selbst buddhistische Mönche, deren Bonzen einzig auf ein Arrangement mit dem Regime gesetzt hatten und denen die Ruhe in klösterlicher Abgeschiedenheit sakrosankt zu sein schien, gingen auf die Straße. Einige Mönche hörte ich folgendes erzählen: 'Was heißt heute

Liebe? Es heißt, die Übel und das Böse in der Gesellschaft zu erkennen und die Gegner zu bekämpfen.'"

Sicher, das ist eine radikale Haltung, die nicht die der Mehrheit der Mönche widerspiegelt. Aber es ist ein verlässlicher Gradmesser für das gestiegene Bewußtsein von Unrecht und Gewalt.

Trotz alledem verharrte Chun in Hartnäckigkeit und rieb die Wunden des Volkes mit Salz: Am 13. April d.J. erklärte er selbstherrlich, die den 'nationalen Interessen schadende Verfassungsdebatte' bis auf die Zeit nach den Olympischen Spielen auszusetzen. Und am 10. Juni präsentierte er Roh Tae Woo als seinen designierten Nachfolger, der im Februar 1988 die Präsidentschaft antreten werde.



Die Polizei schreckt auch vor Gewalt gegen Mönche nicht zurück.

Der 10. Juni setzte mithin ein Fanal. Alles was dann folgte, dürfte Ihnen ja nicht entgangen sein.“

Bevor ich ihn auf Rohs „8-Punkte-Erklärung“ anspreche, kommt Herr Hwang von sich auf darauf zu sprechen:

„Unser Volk eint heute wie niemals zuvor in seiner jüngsten Geschichte das Verlangen nach Demokratie, nationaler Würde und Wiedervereinigung. Das ist ein langer Prozeß, der nicht in einem einzigen politischen Kraftakt zu erreichen ist. Widerstand gegen die Diktatur und Kampf für Demokratie bilden den aktuellen Bezugspunkt für den Großteil der Bevölkerung.“

Im Juni ging sie dafür auf die Straße, verschaffte sich Gehör und demaskierte in aller Öffentlichkeit das Regime. Dermaßen überrascht und verunsichert zeigte man sich im Ausland, daß gar laut darüber nachgedacht wurde, ob die nächsten Olympischen Spiele überhaupt bei uns stattfinden können. Das Regime mußte einfach handeln – und zwar rasch.“

„In diesem Sinne ist Rohs Erklärung zu verstehen. Durch sie galt es erst einmal, Dampf abzulassen, uns zu verunsichern, auf die Wiedergewinnung der Loyalität

des Bürgertums zu spekulieren und den Herrschenden insgesamt einen Freiraum für weitere Initiativen zu verschaffen.“

Demokratie und Liberalisierung sind nicht Geschenke, die ein geläutertes Regime dem Volk freiwillig zu Füßen legte. Im Juni hat das Volk die ersten Früchte seines Widerstandes aufgesammelt und die Tür zur Liberalisierung einen Spalt breit aufgestoßen.“

„Für uns, d.h. die NCDC, an deren Wiege 2.000 Gründungsmitglieder standen, kann das nur heißen, die noch politischen und organisatorisch unkoordinierten Aktionen zu vereinheitlichen. Wir sind dabei, uns auf regionaler und lokaler Ebene zu konstituieren. Nur so kann der Zusammenhalt zwischen den unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräften des außerparlamentarischen und parlamentarischen Widerstandes gefestigt werden.“

Wir müssen eine der 'people power' auf den Philippinen vergleichbare Massenbewegung werden, die gemeinsam den ersten entscheidenden Schritt tut: die Diktatur stürzen, die demokratischen Rechte garantieren und den amerikanischen Einfluß zurückdrängen. Dabei können wir uns vor allem auf die jüngeren Menschen stützen, die den Koreakrieg und die danach in alle Poren der Gesellschaft eingesickerte aggressive antikommunistische Staatsideologie selbst nicht miterlebten.

Die Gunst der Stunde gilt es zu nutzen! Mißlingt es uns, das Niveau des jetzigen Volkswiderstandes zu wahren, so bleibt die Gefahr einer Neuaufgabe von Kwangju nicht gebannt.“

Die Kontaktaufnahme zu meinen beiden Gesprächspartnern, die ich nachmittags in der Nähe der Pusan National University, einer der großen Hochschulen des Landes, mit etwa 20.000 Studenten treffe, gestaltet sich um einiges schwieriger als die mit Herrn Hwang.

Stimmen aus dem Untergrund

Dank zweitägiger umsichtiger Bemühungen koreanischer Freunde kommt schließlich doch noch ein Gespräch mit den beiden in einem Coffee Shop zustande. Da sie inkognito bleiben wollen – und müssen, wie sie betonen –, seien sie der Einfachheit halber Kim und Park genannt.

Seit längerem leben beide im Untergrund und zählen zu dem, was im – freilich parlamentarisch ausgerichteten – Oppositionsspektrum Südkoreas als „radikaler außerparlamentarischer Flügel“ bezeichnet wird. Darunter fallen in erster Linie die Studenten.

„Unsere Kampfziele, darin unterscheiden wir uns zumindest nicht auf dem Papier“, sagen Kim und Park, „sind die-

selben wie die der parlamentarischen Opposition: Minju, Jaju und Tong II – Demokratie, Unabhängigkeit und Wiedervereinigung unseres geteilten Landes.“

„Warum, wird häufig gefragt, sind es gerade die Studenten, die radikale politische Positionen beziehen? Sie sind jung und wißbegierig. Sie atmen in einer abgeschlossenen, relativ freien Campus-Atmosphäre, um sich mit wissenschaftlichem Arbeiten vertraut zu machen. Das aber kontrastiert mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit.“

Drei Elefanten

Die herrschenden Regimes – Rhee Syngman, Park Chung Hee wie auch Chun Doo Hwan – wollten uns, ja die Universitäten insgesamt vor ihren politischen Karren spannen: durch Selektion und Repression. Die Prüfungsbedingungen wurden verschärft und die Polizisten zu regelmäßig aufkreuzenden Campus-Besuchern‘.

Kein Wunder, daß sie der klaffende Widerspruch zwischen einem idealisierten Universitätsleben und dem alltäglichen Terror die Studenten radikalisierte, sie zumindest aber politisch empfindsam machte.“

„Bis zum Ende der 70er Jahre“, faßt Kim die politischen Erfahrungen der Studenten zusammen, „bot die Militärdiktatur unsere Hauptangriffsfläche. Seit Kwaju aber hat sich das geändert. Wir erkannten im US-Imperialismus einen weiteren ‚Elefanten‘, den es zu Fall zu bringen gilt.“

Bis 1980 war der Bevölkerung eingetrichtert worden, die GIs seien in Südkorea zum Schutz gegen die ‚Invasionsgelüste des Nordens‘ stationiert und verteidigten uneigennützig unsere Freiheit. Genau das Gegenteil war der Fall; es waren amerikanische Kommandeure, die letztlich die ihnen unterstellten Militärs unseres Landes zum Kwaju-Massaker ermunterten. Seoul, nicht Pyöngyang, verübte ein Blutbad gegen das eigene Volk! Wir mußten ferner zur Kenntnis nehmen, daß zwischen Kwaju und der erzwungenen Spaltung des Landes infolge eines durch ausländische Intervention verursachten Krieges ein unmittelbarer Zusammenhang bestand.“

„Ein dritter, uns bedrohender ‚Elefant‘ war zwischenzeitlich fett geworden – die Chaebol, das Big Business. Ohne die massive finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung durch die USA und – seit der ‚Normalisierung‘ mit Tokio im Jahre 1965 – Japan wäre dessen Höhenflug undenkbar gewesen. Diese ‚drei Elefanten‘ sorgten für eine ‚Entwicklung‘, die auf politischem Terror, extremer wirtschaftlicher Ausbeutung und sozialer



An der Spitze des Widerstands: Aktivisten der Studentenbewegung

Ungerechtigkeit fußt.“

„In den 80er Jahren“, ergänzt Park, „ging es sozusagen um die Anatomie dieser drei Elefanten. Welcher Natur sind sie, wie und mit wem können sie niedergeworfen werden? So lautete die alles entscheidende Frage. Sie entfachte seinerzeit hitzige Campus-Debatten, die noch lange nicht endgültig entschieden sind.“

Führungsrolle der Studenten?

Seit Dezember 1983 entwickelte sich, initiiert durch kurzweilig inhaftierte Studenten, die sog. MC-Linie (main current = Hauptströmung). Im Verlauf der Diskussion, wie die Polizei aus dem Campus herauszuhalten sei und ob nun unter den Studenten eine oder mehrere Organisationen aufgebaut werden sollten, neigte man damals mehrheitlich der Position zu, die Studenten spielten innerhalb der Gesellschaft die Führungsrolle und müßten notwendig im Kampf gegen die Diktatur die politische Vorhut stellen.“

„Vor allem Minmintu, das Antiimperialismus - Antifaschismus - Nationaldemokratische Revolutions-Komitee, hielt in der Folgezeit an dieser Auffassung fest. Demgegenüber unterstrich Sanmintu, das Antiamerikanismus - Selbstbestimmungs - Antifaschistisch - Demokratische Kampfkomitee, die Notwendigkeit, die Studenten auf der Basis ihrer Interessenlage zu mobilisieren und politisch zu organisieren. In der Konsequenz bedeutete dies, daß Sanmintu sich nicht als exklusives Führungszentrum im Kampf gegen die Diktatur aufspielte, was im Hinblick auf Bündnispartner – einschließlich der Mittelschichten – eine weitaus flexiblere Taktik zuließ.“

„So waren denn mit dem außerparlamentarischen, zwei Dutzend politische Gruppen vereinigenden Dachverband Mintoongnyon (Vereinte Minjung-Bewegung für Demokratie und Wiedervereinigung) gemeinsame Aktionen mit Arbeitern, Gewerkschaftern, Bauern und Intellektuellen möglich. Außerdem gelangen innerhalb der parlamentarischen Opposition teilweise Sympathieeintrüche – das betraf zunächst die Neue Koreanische Demokratische Partei (NKDP) und seit ihrer Spaltung im Frühjahr die Demokratische Wiedervereinigungspartei (RDP). Minmintu geriet nach und nach in die Isolation, zumal es einer demokratischen Volksversammlung erst nach dem revolutionären Sieg einen Sinn und Zweck zumessen würde.“

„Das benannte jedoch nur eine Konfliktebene“, fahren Kim und Park fort. „Eine gleichsam heftige Debatte entzündete sich an der Einschätzung unserer Gesellschaft: Ist Südkorea ein durchgängig kapitalistisches oder noch tendenziell feudalistische Züge tragendes Land? Wie ist die Machtfrage zu lösen?“

Den Rüssel gestutzt

Nach Minmintu durchlief das Land eine vierphasige Entwicklung: dem Handelskapitalismus folgte der Industriekapitalismus, der seinerseits zur Herausbildung von Monopolen führte. Die jetzige, letzte Phase bilde ein staatsmonopolistischer Kapitalismus, der nur durch die sozialistische Revolution, deren objektive Bedingungen als reif eingeschätzt werden, zu überwinden sei. Das nordkoreanische Modell wird, wenngleich nicht unbedingt zum Vorbild erklärt, so doch mit großer Sympathie bedacht.“

„Sanmintu sieht wie Minmintu im US-Imperialismus den Hauptfeind, teilt indes nicht die Analyse, wonach die Etappe der sozialistischen Revolution auf der Tagesordnung stehe.“

In Sanmintus Sicht ist unser Land eine vom nordamerikanischen und japanischen Imperialismus dominierte Neokolonie mit eingeschränktem politischen und ökonomischen Spielraum. Arbeiter, Bauern, Studenten und die Mittelschichten sind in einer demokratischen Revolution zu mobilisieren.“

Die Hauptstoßrichtung ist das Überwinden der Militärdiktatur. Deren Beseitigung erschüttert den Einfluß des US-Imperialismus und verbessert die Chancen eines grundlegenden sozialen und wirtschaftlichen Wandels im Kampf gegen die Monopole.“



Versöhnung angesagt? Oppositionsführer Kim Young Sam (l.) und der Präsidentschaftskandidat der Diktatur, Roh Tae Woo

Um im Bilde zu bleiben: Nicht drei verschiedene Elefanten sind gleichzeitig zu Fall zu bringen, sondern die drei entscheidenden Waffen eines Elefanten – der Rüssel und die beiden Stoßzähne – müssen unwirksam gemacht werden. Durch den antidiktatorischen Kampf der vergangenen Wochen ist der Rüssel gestutzt worden.“

Das verdankte man nicht zuletzt der Intervention Washingtons, zumindest aber dessen augenzwinkernder Zustimmung. Zwei bereits am Sturz des Diktators Marcos „interessierte Philippinen-Veteranen“, Gaston Sigur, stellvertretender Außenminister für Asiatische und Pazifische Angelegenheiten, und James A. Kelly, Reagans Sonderbeauftragter für Asiatische Angelegenheiten im Nationalen Sicherheitsrat, winkten während ihrer Seoul-Besuche im Juni/Juli d.J. mit dem Zaunpfahl.

Übereinstimmend erklärten sie, zwar sei das bilaterale Verhältnis – vor allem die

amerikanische Sicherheitsgarantie für Südkorea – intakt, ein Rückfall hinter „Rohs Demokratisierungs-Formel“ indes nicht akzeptabel. Wörtlich sagte Sigur vor seinem Abflug am 25. Juni nach Washington auf Seouls Kimpop-Flughafen: „Unsere Haltung ist kristallklar. Wir sind gegen die Verhängung des Kriegsrechts oder den wie immer gearbeteten Einsatz der Streitkräfte in dieser Situation.“

Washington demontierte Chun mit

Die Sprecher des Weißen Hauses und des State Department, Marlin Fitzwater und Charles Redman, klopfen dann nach Sigurs Rückkehr in die USA diese Position im Namen ihrer jeweiligen Chefs fest. „Rohs 8-Punkte-Erklärung“, so äußerte sich beispielsweise Redman, „ist ein sehr positiver und weitsichtiger Schritt und läßt die notwendige Offenheit für Koreas Reformkurs erkennen.“ Für den bis dahin mit besonderer US-Zuneigung bedachten Chun – er hatte dem gerade neugewählten Reagan als erstes ausländisches Staatsoberhaupt die Aufwartung gemacht, wofür sich der amerikanische Präsident im Spätherbst 1983 mit einer Stipvisite „in der Republik Korea, dem freien Frontstaat in Fernost“ „revanchierte“ – markierte das den Beginn seiner Demontage.

Am 10. Juli trat Chun als Präsident der regierenden Demokratischen Gerechtigkeitspartei (DJP) zurück, um nunmehr aus einer „überparteilichen Stellung“, wie der „Korea Herald“ ihn zitierte, „den Übergang zur Demokratie zu gewährleisten“. Olympische Spiele also unter einer (in der US-Administration favorisierten) Interimsregierung, die, möglicherweise von einer Kombination aus politischen Kräften des Regimes und der parlamentarischen Opposition oder exklusiv aus dieser gestellt, den gesamten außerparlamentarischen Widerstand aushebelt?

„Sicherlich ist das gleichermaßen in Seoul wie Washington beabsichtigt“, antworten Kim und Park. „Treffen unsere Informationen zu, so entbrannte im Juni d.J. aber auch eine scharfe Auseinandersetzung zwischen dem Chun-Lager und Washington, in deren Verlauf jener gar zeitweilig mit dem Gedanken eines Putsches spielte. Diesen Inter-Regime-Kampf konnte offensichtlich Roh für sich entscheiden, weil seine politische Flexibilität den Amerikanern in diesem Moment genehm war und diese ihn als ‚Ordnungsfaktor‘ schätzten.“

Gleichzeitig, und stärker als je zuvor, werden die beiden Oppositionspolitiker Kim Young Sam und Kim Dae Jung hofiert. (Der seit Oktober 1986 in Seoul amtierende US-Botschafter James;

R.W.) Lilley pflegt im Gegensatz zu (seinem Vorgänger Richard L.; R.W.) Walker intensive Kontakte zu ihnen und anderen als moderat geltenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Vor allem mit Kim Young Sam soll eine neue, aber eliteorientierte Politik begründet werden.“

„Wir indes kämpfen für die nationaldemokratische Revolution mit anti-imperialistischer Ausrichtung, die die politische Macht des Minjung herstellt. Es geht um den Aufbau einer Sozialistischen Partei und einer Nationalen Demokratischen Front.“

Einschließlich einer Guerilla wie auf den Philippinen? – will ich von den beiden wissen. „So wünschenswert sie wäre“, erklären sie, „eine Guerilla ist unter den gegebenen Bedingungen unrealistisch. Unser Kampf ist eindeutig politischer Natur. Konkret heißt das: Gemeinsam mit der bürgerlichen Opposition für die Freilassung aller politischen Gefangenen, für die Herstellung demokratischer Verhältnisse, für eine neue Verfassung und Direktwahl des Präsidenten! Dieses – vielleicht lange – Stück Weges gehen wir zusammen...“

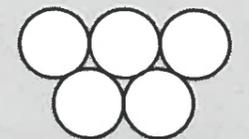
Korea Olympia Kampagne '88

Die Arbeitsgemeinschaft Korea Olympia Kampagne '88 wurde im März 1986 von politischen, kirchlichen und humanitären Organisationen, Deutschen und Koreanern, die in der Bundesrepublik leben, gegründet. Sie will die Olympiade in Korea nutzen, um über das geteilte Land, den Widerstand gegen die Diktatur im Süden und den Wunsch nach Wiedervereinigung zu informieren.

Die Arbeitsgemeinschaft verbreitet Informationen (u.a. ein Faltblatt und das vierseitige „Koreaforum“, das monatlich ein bestimmtes Thema behandelt), vermittelt Referenten und Kulturgruppen. Sie bietet Zusammenarbeit an bei der Organisation von Seminaren, beim Aufbau örtlicher Aktionsgruppen und bei gemeinsamen bundesweiten Aktionen.

Informationen sind erhältlich bei: Rainer Werning, Korea-Informationsstelle, c/o terre des hommes, Ruppenkampstr. 11a, 4500 Osnabrück, Tel. 0541 - 7101122. Spendenkonto: Evangelische Darlehensgenossenschaft Kiel, Konto-Nr. 85111 (BLZ 210 602 37). Stichwort: Korea. Spenden sind steuerlich absetzbar.

KOREA '88



VERBINDUNG SCHAFFEN!

Eqbal Amin

Kein „Endsieg“ im Golfkrieg

Das auf dem Sonnenkalender basierende zoroastrische Jahr ging mit dem Äquinoktium von 21. März zu Ende. Zu dem für diesen Tag angekündigten „Endsieg“ über den Irak kam es jedoch nicht, obwohl der Iran alles tat, diesen Termin einzuhalten.

Im Dezember vergangenen Jahres leitete der Iran die größte Mobilisierung seiner Streitkräfte seit dem Beginn des Krieges im Jahr 1980 ein. Hunderttausende Männer wurden an der Südfrent zusammengezogen, darunter Berufssoldaten, Pasdaran (Revolutionswächter) und Freiwillige aller Altersstufen.

Die Siegeshoffnungen Teherans beruhen auf den geheimen Waffenverträgen, die es mit mehreren Firmen und Staaten eingegangen war.

Die Geschäfte mit den USA und Israel, die heute im Mittelpunkt des „Irangate“-Skandals stehen, waren Teil einer ganzen Reihe von Verträgen, in die auch belgische, schwedische und französische Unternehmen sowie die britische und die westdeutsche Regierung einbezogen waren.

Während die iranische Propagandamaschine die Notwendigkeit einer Generalmobilisierung betonte, um die „Endoffensive“ zu starten, waren iranische Diplomaten bemüht, die internationale Gemeinschaft – und insbesondere die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates (Großbritannien, China, Frankreich, die Sowjetunion und die USA) zu einer positiveren Einstellung gegenüber der Regierung in Teheran zu bewegen. Es wurden keine Mühen gescheut, um die Großmächte und die Golfstaaten zu beruhigen, die die Folgen eines militärischen Sieges des Iran fürch-

ten. (...)

Hauptziel der militärischen „Kerbala“-Offensiven an der Südfrent war es, Basra, die zweitgrößte Stadt des Irak einzunehmen.

Mit dem Fall Basras, das an der Wasserstraße Schatt-al-Arab liegt und in dem sich Euphrat und Tigris auf ihrem Weg in den Persischen Golf vereinigen, verlöre der Irak den direkten Zugang zum Meer. Die Iraner hegten darüber hinaus die Hoffnung, in der Stadt eine provisorische „Islamische Republik“ zu errichten.

Die aufeinanderfolgenden Offensiven waren darauf ausgerichtet, ihre Verteidiger, das 3. und 7. irakische Armeekorps, voneinander zu trennen und sie dann durch die Besetzung der Hauptstraße nach Bagdad von jeglicher Unterstützung abzuschneiden. Schließlich hatten die iranischen Truppen vor, ihren im Februar 1986 eroberten Brückenkopf im alten Teil von Fao als Ausgangsbasis für die Besetzung von Basra und der umliegenden Gebiete zu benutzen.

Dieser Plan wurde in der Nacht des 25. Dezember 1986 in Angriff genommen. Nach 36 Stunden schwerer Kämpfe waren die irakischen Streitkräfte jedoch in der Lage, den Großangriff zurückzuschlagen.

Ein zweiter, taktisch ähnlicher Angriff begann in der Nacht des 8. Januar d.J. Dabei wollten die iranischen Truppen Basra aus zwei Hauptrichtungen einnehmen: über den „Fisch-See“ (Buhayret al-Asmak) und von der Straße von Muhammara und Tannuma aus.

Sie hatten insofern aus dem Fehlschlag ihrer früheren Offensive gelernt, als sie nun auch aus der Richtung von Al-Chala-

mejat angriffen und einen Ablenkungsangriff im mittleren Frontabschnitt starteten. Dadurch zwangen sie den irakischen Generalstab, mehrere Positionen gleichzeitig zu verteidigen.

Die zweite Offensive dauerte bis Mitte Februar d.J. Die irakischen Truppen mußten einen gewissen Geländeverlust hinnehmen, doch hatten die verlorenen Gebiete keine große strategische Bedeutung. Und wieder wurde der iranische Ansturm zurückgeschlagen.

Seit Dezember 1986 sollen mehr als 100.000 iranische Soldaten gefallen sein. Diese schweren Verluste haben die Führung in Teheran veranlaßt, ihre Position zu verändern.

Der Sprecher der Beratenden Versammlung, Hashemi Rafsandschani, der Ajatollah Khomeini im Obersten Verteidigungsrat vertritt, erklärte nun, der „Endsieg“ sei im März 1987 nicht das Hauptziel. Das eigentliche Ziel sei es vielmehr, die irakische Kriegsmaschinerie zu schwächen.

Das Staatsoberhaupt, Ali Khamenei hat ebenfalls die frühere Linie verlassen. Der Sturz des irakischen Präsidenten Saddam Hussein, so verkündet er jetzt, erforderte die Vernichtung der Armee, die ihn schützt.

Dämpfer für Rafsandschani

Das neue Herangehen hat unter den den Iran unterstützenden Arabern – den Schiiten im Libanon, den libyschen Führern und dem Regime in Syrien – Verwirrung gestiftet.

Sie argumentieren nämlich, daß die irakische Armee nicht einem einzigen Mann gehöre, sondern der ganzen Nation. Hinter dem erklärten Ziel, das irakische Staatsoberhaupt zu stürzen, verbirgt sich offensichtlich die Absicht, das Schicksal der gesamten irakischen Bevölkerung zu ändern.

Das Scheitern der „Kerbala“-Offensiven wirkte sich auch politisch in Teheran aus, und zwar in einer Intensivierung des Machtkampfes um die Nachfolge des greisen Khomeini. Die Öffentlichkeit ist mehr denn je gegen die Fortsetzung eines kostspieligen und mörderischen Krieges eingestellt.

Seit fünf Monaten führt sich Rafsandschani auf, als wäre er der eigentliche Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Ihm lastet man einen Teil der Verantwortung nicht nur für den Verlauf des Krieges, sondern auch für die Waffengeschäfte mit den USA und Israel an.

Sein ältester Sohn, Mohsen (25, mit Wohnsitz in Brüssel), arbeitete während der Verhandlungen mit dem Nationalen Sicherheitsrat der USA und dem Geheimdienst CIA Hand in Hand mit dem iranischen Waffenhändler Manuchar

Ghorbanifar. Ghorbanifar hatte für den Schah gearbeitet, ehe er nach der „Islamischen Revolution“ seine Dienste den Ayatollahs zur Verfügung stellte. Mohsen Rafsandschani gibt zu, von Washingtons freigiebigem Bevollmächtigten, Oberstleutnant Oliver North, eine Provision in Höhe von 6 Mio \$ erhalten zu haben.¹

Seit bei den „Irangate“-Ermittlungen in den USA deutlich wurde, daß das tatsächliche Ziel der Waffengeschäfte nicht nur die Befreiung der westlichen Geiseln war, sondern ebenso die Vorbereitung der Nachfolge Khomeinis sowie die Unterstützung der Israelis in ihren Bemühungen, den Irak zu schwächen, erlebte der Sprecher des iranischen Parlaments eine beträchtliche Schwächung seiner eigenen Position.

Seine Gegner, hauptsächlich aus der Nationalen Islamischen Bewegung und Anhänger des designierten Khomeini-Nachfolgers Hussein Montaseri, waren im vergangenen Herbst unnachgiebig unterdrückt worden. Jetzt haben sie erneut an Einfluß gewonnen, ebenso wie diejenigen, die die Pasdaran befehligen, welche in Wirklichkeit eine 300.000 Mann starke Armee darstellen, die im Kampf um die Nachfolge beträchtlichen Einfluß hat.

Vor kurzem mußte Khomeini selbst eingreifen und seine Umgebung vor den Gefahren eines Machtkampfes warnen. Er forderte sie auf, „die Einheit der Nation nicht aufs Spiel zu setzen“.

Wenn der Iran auf diese Art und Weise gefährdet würde, sei es, so erklärte er, „seine Pflicht, mit allen Mitteln zu verhindern, daß eine solche Situation entstehe, selbst wenn dies bedeute, daß ein Individuum oder eine Gruppe von Personen öffentlich gebrandmarkt oder geopfert werden muß“. Die Warnung hätte nicht deutlicher sein können.

Straße von Hormus sperren?

Die tiefgreifende Unzufriedenheit, die die meisten Iraner dem Krieg gegenüber empfinden, kam in einem offenen Brief Mehdi Bazargans, der die erste provisorische Regierung, die nach dem Sturz des Schahs im Februar 1979 gebildet wurde, führte, an Rafsandschani zum Ausdruck. Am 25. Januar d.J. schrieb er:

„Sie haben mit keinem Wort die tödlichen Schläge erwähnt, die der Feind uns beigebracht hat... Doch die Menschen sehen mit eigenen Augen die endlosen Reihen gefallener Märtyrer, sie sehen die mit Verwundeten und Sterbenden überfüllten Krankenhäuser... Sie sehen, wie eine iranische Großstadt nach der anderen in Trümmer gelegt und in einen totenstillen Friedhof verwandelt wird.“



Massenproteste in Teheran, die sich nach dem Massaker von Mekka zugleich gegen die Saudis und die USA richteten

Teheran, so heißt es in dem Brief weiter, hätte besser daran getan, Boden-Luft-Raketen zu kaufen, um feindliche Flugzeuge abzuschießen, als Boden-Boden-Raketen für Angriffe auf Bagdad und andere irakische Städte anzuschaffen.

Sodann, Rafsandschani persönlich attackierend, fuhr Bazargan fort: „Mit ihren ungeschickten und unverantwortlichen Äußerungen haben Sie den Iran von der übrigen Welt isoliert... Wer hat Ihnen das Recht gegeben, das Leben heut lebender Generationen und den Reichtum des Landes zu vernichten, um, wie Sie es nennen, einen einzigen Mann zu bestrafen? ...“

Seit sieben Jahren jagen Sie nun in einer Wüste voller Fata Morgana der Illusion eines Sieges nach... Sie haben das Land und seine Menschen geknebelt, Sie haben den Krieg endlos hinausgezogen, um ihre auf wackeligen Beinen stehende Autorität im Iran zu konsolidieren.“

Zum Schluß hob Bazargan hervor: „Israel zieht den größten Gewinn aus diesem Krieg. Es gießt Öl in die Flammen, und sein Ziel ist es, die völlige

Vernichtung der iranischen und irakischen Streitkräfte zu erleben, wodurch es auf einen Schlag zwei Armeen loswürde.“

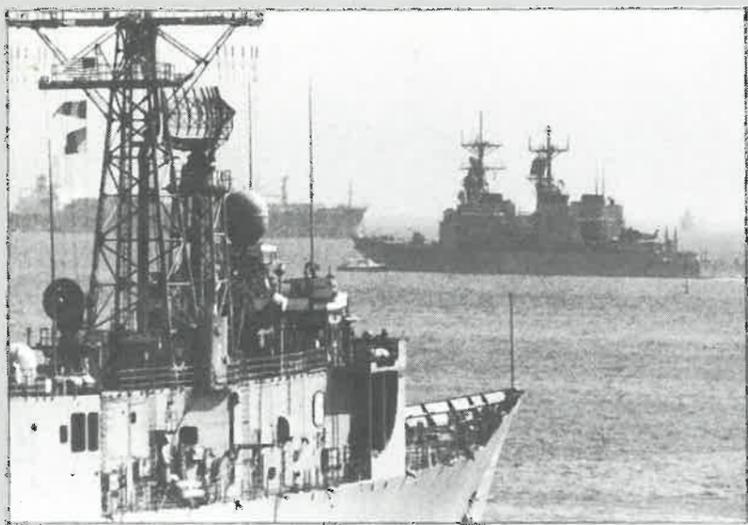
Bazargan, Vorsitzender der Liberalen und der Iranischen Befreiungsbewegung (der einzigen legalen Opposition im Land), hätte einen derartigen Brief nicht schreiben können, stünde er nicht unter dem Schutz des Mannes, der von Ayatollah Khomeini selbst zu seinem Nachfolger ausersehen wurde.

Hussein Montaseri befürwortet die Koexistenz von unbeugsamem, radikalem Islam einerseits und wirtschaftlichem und politischem Liberalismus andererseits. Eine Durchsetzung dieses Konzepts im Kampf um die Nachfolge Khomeinis würde der Sache der „Islamischen Revolution“ weitaus dienlicher sein als der „Export“ dieser Revolution mit Waffengewalt.

Die Teheraner Regierungsstellen haben sich auf zwei Strategien verlegt, um den durch das Scheitern ihrer militärischen Offensive sowie durch innere Unruhen verursachten Schwierigkeiten zu bege-

Iranische Raketenstellung östlich von Basra





US-Kriegsschiffe auf dem Weg zum Persischen Golf

Golfkrise – Reagans Spiel mit dem Feuer

Mitte August d.J., knapp einen Monat nach der einstimmigen Verabschiedung einer Resolution des UN-Sicherheitsrats zur Feuereinstellung im iranisch-irakischen Krieg, ist die Lage in der Ölregion explosiver denn je geworden. Da nur der Irak die UN-Entscheidung bejahte, der Iran aber beim Nein blieb, geht der Abnutzungskrieg der beiden Ostmächte weiter. Am 24. Juli und 10. August d.J. liefen die Supertanker „Bridgeton“ und „Texaco Caribbean“ nahe der Straße von Hormus auf Minen. Und dies, nachdem Mitte Juli US-Kriegsschiffe die Eskortierung umgeflogener kuwaitischer Tanker übernommen hatten.

Die Antwort der Westmächte: Das Pentagon will bis Anfang September die Zahl der eigenen Schiffe in der Ölregion auf mindestens 24 erhöht haben (im Mai d.J. noch sechs). Etwa zeitgleich werden Frankreich und Großbritannien mehrere Minenräumer zum Golf entsenden und ihre Marinepräsenz vor Ort (vormals drei bzw. vier Schiffe), etwa verdoppeln.

Eine weitere NATO-Beteiligung seitens der Niederlande und Italiens scheint möglich, während Bonn sich (noch) dem Druck aus Washington verweigert. Inzwischen forderte die Reagan-Administration von den Verbündeten den Abbruch der Handelsbeziehungen zum Iran. Immerhin ist die BRD dessen Handelspartner Nr. 1.

Just am 10. August nahmen irakische Kampfflugzeuge erstmals seit Mai d.J. ihre Angriffe auf iranische Ölanlagen wieder auf. Dies obgleich Teheran angedroht hatte, im Fall der Wiederaufnahme des Luftkrieges durch Bagdad künftig mit Gegenschlägen gegen dessen Alliierte Kuwait, Saudi-Arabien und/oder andere Golfanrainer zu antworten. Vorerst blieben sie aus. Im übrigen bestritt Teheran, selbst der Minenleger in der Fahrinne der Straße von Hormus zu sein.

Das Khomeini-Regime hatte seinerseits den saudischen Mord an 402 Pilgern, darunter 275 Iraner, Anfang August in Mekka genutzt, um die Stimmung im eigenen Land gegen die Golfmonarchien und die USA anzuhetzen. Andererseits unterließ Teheran es trotz der Herausforderung Washingtons bislang, US-Schiffe unter Beschuß zu nehmen oder zu indirekt angeführten Kamikaze-Aktionen überzugehen.

Zunächst einmal hat die Ausweitung des Militärengagements der USA und ihrer Westalliierten

auf Seiten der arabischen Golfstaaten den Widerstandswillen des Iran und den Spannungspegel am Golf nur erhöht. Dahinter steht das strategische Anliegen der Reagan-Administration, sich durch die Profilierung als „Schutzmacht“ in Kuwait, Saudi-Arabien usw. auf Dauer neue Marine- und Luftwaffenbasen vor Ort zu sichern und den Persischen Golf in einen „amerikanischen See“ zu verwandeln.

Dabei kollidiert Washington allerdings mit dem im Iran-Contra-Deal verfolgten Eigeninteresse, den US-Einfluß im Iran zu erweitern und das Land perspektivisch als Aufmarschbasis gegen die UdSSR zurückzugewinnen. Das massive militärische Aufgebot der USA, Großbritannien und Frankreichs birgt ferner die Gefahr, daß die NATO-Vormächte immer tiefer in das iranisch-irakische Kriegsgeschehen verstrickt werden – mit unübersehbaren Folgen für den Weltfrieden.

Was sind die aktuellen Alternativen? Einmal wäre da der sowjetische Vorschlag vom Juli d.J., alle Kriegsschiffe von Nichtanliegerstaaten aus der Golfregion abzuziehen. Weiter gibt es die aus Tokio, Rom und Bonn stammende Idee, anstelle des US-Alleinganges eine „internationale Streitmacht“, möglicherweise unter UN-Schirmherrschaft, zum Geleit der Handelsschiffe bzw. Tanker in die Golfgewässer zu entsenden.

Das Vorgehen der Reagan-Administration aber steht nicht nur im Widerspruch zur Weltfriedensrats-Resolution vom 20. Juli d.J., welche in Punkt 5 „alle anderen Staaten (neben dem Iran und Irak; d. Red.) auf(forderte), größte Zurückhaltung zu üben und sich jeder Handlung zu enthalten, die zu einer weiteren Verschärfung und Ausweitung des Konflikts führen könnte...“ Es machte auch dem Khomeini-Regime die Verweigerung gegenüber ersten Ansätzen zu einer iranisch-irakischen Friedenslösung leichter. Diese sind in Punkt 1 der UN-Resolution damit beschrieben, „daß Iran und Irak in einem ersten Schritt zu einer Verhandlungslösung das Feuer sofort einstellen, alle militärischen Operationen zu Lande, See und in der Luft beenden und unverzüglich alle Streitkräfte auf die international anerkannten Grenzen zurückziehen“.

Wolfram Brönnner

nen. Zum einen drohten sie erneut mit der Schließung der Straße von Hormus für die internationale Ölschiffahrt. Zum anderen schürten sie den Konflikt um die Kurdenfrage an den Grenzen zum Irak und zur Türkei.

Die Drohung, die Straße von Hormus zu schließen, nahm mit der Installation neuer mobiler Batterien von Boden-See-Raketen (angeblich KY-2s aus chinesischer Produktion; „Silkworm“; d. Red.) entlang der Meerenge konkrete Gestalt an. Zwar können diese Raketen modernen Kriegsschiffen nicht viel anhaben, doch sind sie sehr wohl in der Lage, Öltanker zu versenken. Der Öltransport würde ernstlich beeinträchtigt, falls ein Supertanker am Eingang der Meerenge auf Grund gelegt würde.

Ein solches Vorgehen träfe jedoch vor allem den Iran selbst, da dies das Ende seiner eigenen Rohölexporte bedeuten würde, während den anderen Golfstaaten, wie Saudi-Arabien und dem Irak, noch Ausfuhrmöglichkeiten über das Rote Meer bzw. – via die Türkei – über das Mittelmeer blieben.

Darüber hinaus werden die Ölreserven der USA auf 750 Mio Barrel geschätzt. Damit könnten sie den Markt mit 3 Mio Barrel am Tag – dies entspricht in etwa der Produktion im Golf – acht Monate lang versorgen.

Die Bedrohung der Straße von Hormus ist also, was die Energieversorgung betrifft, ohne Bedeutung.

Sie reicht jedoch aus, um Staaten wie Kuwait zu beunruhigen, das bereits zusehen mußte, wie mehrere Schiffe seiner Handelsmarine von der iranischen Kriegsmarine versenkt wurden. Vor allem aber ist die Drohung Teherans eine Herausforderung an die Großmächte, deren Sorge der Aufrechterhaltung der freien Schifffahrt in den internationalen Gewässern des Golfs gilt.

US-Schutz für die Ölmonarchien

Nach der durch den „Irangate“-Skandal und die „Pollard-Affäre“ (so genannt nach dem Spion, der militärische US-Geheimdienstinformationen über den Nahen Osten an Israel weitergab) verursachten Demütigung reagierte die Reagan-Administration prompt. Sie entsandte 18 Kriegsschiffe, darunter den Flugzeugträger U.S.S. Kittyhawk, die den Schiffsverkehr aus den Golfstaaten schützen und dem Iran für den Fall eines Angriffs mit Vergeltungsmaßnahmen drohen sollen.

Teherans zweite Drohung hinsichtlich Kurdistans wurde mittels der Förderung der Einfälle von Peshmergas bzw. kurdischen Guerilleros auf irakisches oder türkisches Territorium wahr gemacht, welche die türkische Luftwaffe um-

gehend beantwortete. Die Guerilleros griffen auch, allerdings mit geringem Erfolg, die irakischen Ölförderanlagen in Kirkuk an, woher die Türkei hauptsächlich ihr Öl bezieht. (...)

Iranische Führer sind bemüht, sowohl im Golf als auch im nördlichen Anatolien alte Ängste zu schüren. Sie werden darin vom Westen unterstützt, der das Vorhandensein seiner Militärstützpunkte in der Region rechtfertigen muß und seine eigenen Bündnisse aufkotroyieren will. (...)

Westliche Regierungen und ihre Verbündeten sind in Anbetracht der Ereignisse gezwungen, ihre Beurteilung der Situation zu überprüfen.

Nutznießer Israel

Nach mehr als sechs Jahren Krieg im Golf haben Analytiker im Westen heute erkannt, daß der Straße von Hormus nicht die strategische Bedeutung zukommt, die ihr einst zugesprochen wurde. Vor allem haben sie erkannt, daß der Krieg die kriegführenden Staaten in gewisser Hinsicht gestärkt hat, wobei der Vorteil auf Seiten des Irak liegt. (...)

So sind sowohl die iranischen als auch die irakischen Streitkräfte in verschiede-

nen Bereichen (Kommandostrukturen, Logistik, Einsatz hochentwickelter Technologie und Taktik) effizienter geworden.

Zu Beginn des Krieges verfügte der Irak über 12 Divisionen, heute hat er 40. Die Zahl der iranischen Soldaten ist ebenfalls angewachsen, und zwar von 150.000 auf 600.000, die Pasdaran eingeschlossen. Beide Staaten haben ihre Waffenarsenale systematisch ersetzt und modernisiert. (...)²

Zweitens müssen die Israelis erkennen, daß ihre arabischen Nachbarländer – alles potentielle Gegner Tel Avivs – auf eine drohende geographische Ausweitung des Golfkriegs mit der Modernisierung ihrer jeweiligen Armeen und dem Kauf hochentwickelter Ausrüstung, insbesondere Überwachungs- und Frühwarnsysteme, reagiert haben. (...)

Schließlich, so argumentieren die Strategen, war die Fortsetzung des Krieges ein Hauptfaktor bei der allmählichen Überwindung der Isolierung Ägyptens in der arabischen Welt, trotz der Camp-David-Verträge. (...)

Solche Überlegungen schmälern nicht die Vorteile, die Israel aus dem Golfkrieg gezogen hat. Der Krieg förderte die Aufsplitterung des arabischen Lagers. Er trug dazu bei, daß die Palästinenserfrage

in den Hintergrund gedrängt wurde. Und er trieb einen tiefen Keil zwischen zwei Ländern, den Iran und Irak, die eine starke antiisraelische Front hätten bilden können.

Diese Vorteile sind allerdings nur vorübergehender Natur. Zwar ist es schwer, mittelfristig eine Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen dem Irak und dem Iran ins Auge zu fassen. Doch könnten nach einer Beendigung des Krieges die Hindernisse, die einer Verbesserung dieser Beziehungen im Wege stehen, verringert werden.

Sachzwänge für Verhandlungen

Zudem bräuchte der Irak, laut einer Untersuchung der französischen Ölgesellschaft Elf Aquitaine, nur ein bis zwei Jahre, um die wichtigsten Einrichtungen und Anlagen seiner Ölindustrie und seiner Wirtschaft wieder so weit aufzubauen, daß die Ölförderung erneut auf 3,5 Mio Barrel am Tag gesteigert werden könnte.³ Dies würde ausreichen, um ein neues, solides Wirtschaftswachstum zu ermöglichen.

Der Iran, der schwerwiegendere Schäden erlitten hat, würde zwischen fünf und acht Jahre benötigen, um seine Ölproduktion auf das gleiche Niveau zu bringen.

Die iranische Führung hat von der lebenswichtigen strategischen Lage des Landes zwischen der Sowjetunion, dem Nahen Osten und dem indischen Subkontinent geschickt profitiert. Darüber hinaus hat der Iran 44 Mio Einwohner, der Irak nur 15 Mio.

Allerdings haben andere Staaten dieser Region stets deutlich gemacht, daß sie es Teheran nicht gestatten würden, seinen Nachbarn seine strategischen Interessen aufzuzwingen. Solche Hinweise kamen vor allem aus Ägypten (50 Mio Einwohner) und Pakistan (90 Mio).

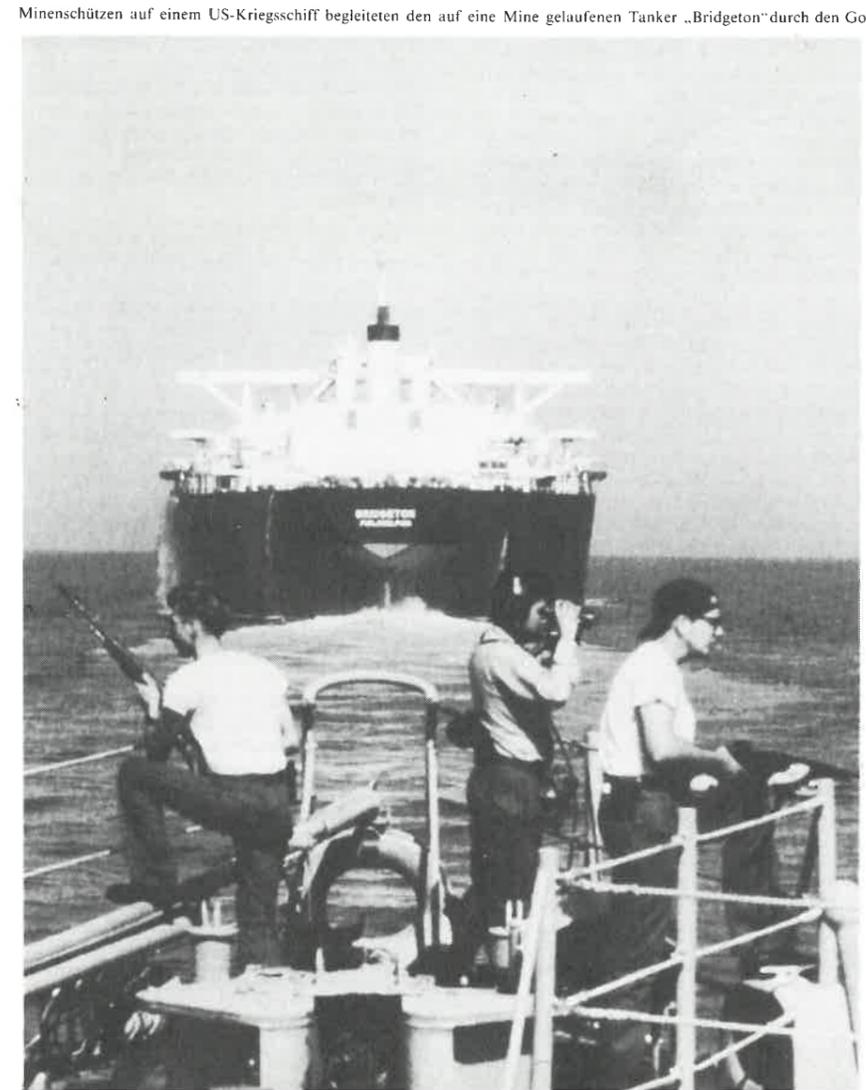
All diese Überlegungen scheinen eine Lösung des Konflikts am Verhandlungstisch weiter ins Blickfeld zu rücken. Sie erklären, warum islamische oder nicht-paktgebundene Staaten, insbesondere Algerien, ihre Vermittlungsbemühungen erneut verstärkt haben.

Eines muß sich nichtsdestotrotz erst noch zeigen. Haben die Iraner die Hoffnung auf eine „militärische Lösung“ aufgegeben? Wollen sie das? Können sie es?

(Quelle: AfricAsia, Nr. 41, Mai 1987, S. 12-14)

Anmerkungen:

- 1) Los Angeles Times, 28.2.1987
- 2) Zit. nach: Oberstleutnant A.H. Al-Ayoubi, Chefredakteur der arabischen Militär-encyklopädie, in: „Débats sur le Golfe parmi les stratèges israéliens“, in: Arabies, Nr. 4, Paris, April 1987
- 3) Zit. nach: al-Qabas International, 9.4.1987



Jutta Oesterle-Schwerin (GRÜNEN-MdB) Worum geht es den GRÜNEN: um Palästina oder die Palästinenser/innen?

Dies ist eine Antwort aus den eigenen Reihen auf den Artikel von Ellen Olms in AIB 6/1987, verfaßt von Jutta Oesterle-Schwerin, MdB – DIE GRÜNEN. Zur Person: Jutta Oesterle-Schwerin wurde 1941 in Jerusalem geboren und lebte bis 1961 in Israel. Dort war sie Mitglied in der Jugendorganisation der MAPAM und in der kommunistischen Jugendorganisation (abwechslend). Seit 1962 lebt sie in der Bundesrepublik Deutschland. Politische Entwicklung: Ostermarschbewegung, SDS, SPD, GRÜNE. Seit 1975 ist sie in der Frauenbewegung aktiv. Sie hat die deutsche und israelische Staatsangehörigkeit.



Der Artikel von Ellen Olms enthält eine ganz wesentliche Einsicht, aber auch einige Widersprüche. Sie kommt einerseits zu der Auffassung, daß ein palästinensischer Ministaat an den Seiten Israels in den 1967 von Israel besetzten Gebieten (Westbank, Gazastreifen und Ostjerusalem) nicht dazu in der Lage ist, die Probleme von 4,2 Mio Palästinensern und Palästinenserinnen zu lösen.

Mit dieser Erkenntnis, die ich auf einen Artikel im „Arbeiterkampf“ vom 6.4.1987 und auf ein Diskussionspapier von mir vom Mai dieses Jahres zurückführe (Palästina-Papier vom Mai 1987 zu beziehen im Büro Oesterle-Schwerin, Bonn, Bundeshaus, Tel. 0228/ 16-9140), stellt sie sich nicht nur gegen die von ihr selbst erhobene Forderung nach dem „Palästina an der Seite Israels“ (die in einer Sitzung der GRÜNEN-Bundestagsfraktion Anfang dieses Jahres auch noch von mir unterstützt wurde), sondern auch gegen die immer noch gültige Forderung der PLO nach eben diesem Staat.

Seit einiger Zeit wissen wir es also: ein zerteiltes Palästina mit Ostjerusalem als Hauptstadt ist zu klein, um die Probleme der Menschen in deren Namen es gefordert wird, zu lösen. Dieser Staat, der zu den 2,2 Mio jetzigen Einwohnern des Gebietes noch zusätzlich ca. 2 Mio Flüchtlinge aufnehmen müßte, würde zum Armenhaus des Nahen Ostens werden. Dadurch käme es zwangsläufig zu neuen Gebietsansprüchen und zu neuen Auseinandersetzungen, nicht aber zu Frieden in diesem Gebiet.

Obwohl E.O. die Unmöglichkeit dieses Staates erkennt, schreibt sie an zwei anderen Stellen ihres Artikels folgendes: „Dieselben Gründe, die uns heute zur Anerkennung des Staates Israel bewegen, könnten uns morgen dazu veranlassen, vom Recht des palästinensischen Volkes auf Eigenstaatlichkeit überhaupt Abstand zu nehmen“ und „die Distanzierung vom palästinensischen Recht auf Selbstbestimmung kann in dieser Situation nur bedeuten, das palästinensische Volk zur Vernichtung freizugeben“.

Darum geht es aber gar nicht. Den Palästinensern und den Palästinenserinnen, die unter unmenschlichen Bedingungen in Lagern leben, geht es nicht um „Eigenstaatlichkeit“, sondern um ein menschenwürdiges Leben. Die Frage ist, ob „Selbstbestimmung“ wirklich nur „Eigenstaatlichkeit“ bedeuten kann, oder ob es noch andere Wege aus der Misere gibt.

Für das Verhalten Israels in den besetzten Gebieten zählt E.O. drei Möglichkeiten auf:

1. Die vollständige juristische Annexion der

besetzten Gebiete, die jedoch die Unterstellung der Palästinenser und Palästinenserinnen unter die israelische Gesetzgebung beinhalten müßte, inklusiv des Wahlrechtes usw.

2. Die Vertreibung der Palästinenser und Palästinenserinnen aus den besetzten Gebieten.

3. Die Errichtung von Apartheidstrukturen, die die Palästinenser und Palästinenserinnen zu einem Dasein von Bürgern zweiter Klasse verdammten.

Warum vergißt sie die einzig richtige vierte Möglichkeit, nämlich den sofortigen Abzug aus allen 1967 besetzten Gebieten, einschließlich Ostjerusalem? Diese Forderung an Israel dürfen die GRÜNEN auf keinen Fall aufgeben.

Wenn ich „Israel“ sage, dann meine ich den Staat in den Grenzen von 1948. Und zwar deswegen, weil diese Grenzen das Ergebnis eines Krieges sind, der durch die zionistischen Führer einerseits und durch die arabischen Staaten andererseits verschuldet wurde. Beide Seiten hatten auf die Teilungserklärung der UNO von 1947 – die in der Tat für alle Seiten unzumutbar war – keine bessere Antwort, als ihre Völker gegeneinander in den Krieg zu hetzen. Und von beiden Völkern kam kein nennenswerter Widerstand dagegen. Durch diesen Krieg sind Tatsachen geschaffen worden, die nicht rückgängig gemacht werden können, ohne einen neuen Krieg heraufzubeschwören.

Die Gebiete, die 1967 von Israel erobert wurden, müssen hingegen sofort an die Staaten zurückgegeben werden, zu denen sie früher gehörten. Die Menschen, die sich nach 1967 in den besetzten Gebieten angesiedelt haben, können ohne weiteres wieder in Israel eingegliedert werden. Bei ihnen handelt es sich, im Gegensatz zu den Menschen, die nach 1948 in Israel eingewandert sind, nicht um Flüchtlinge, sondern um Leute, die sich aus ideologischen Gründen auf Geheiß ihrer rechtsradikalen Organisationen dort niedergelassen haben. Sie haben keinen Anspruch darauf, dort zu bleiben.

die Armut nicht abgeschafft, die Frauendiskriminierung nicht beendet und werden Kriege nicht vermieden. Das Problem kann meiner Meinung nach nur dadurch gelöst werden, daß den palästinensischen Flüchtlingen ein Niederlassungsrecht mit Eingliederungshilfen und vollen Bürgerrechten im ganzen Nahen Osten, einschließlich Israel, gewährt wird.

Die seit 40 Jahren andauernde Unterdrückung und Diskriminierung der Palästinenserinnen und Palästinenser, die in Israel leben, muß endlich beendet werden! Palästinenserinnen und Palästinenser, die Häuser oder Eigentum verloren haben, müssen großzügig entschädigt werden. Die finanziellen Mittel, die dafür erforderlich sind, müssen außer von Israel von denjenigen Staaten aufgebracht werden, die bis heute an diesem Krieg verdient oder ihr politisches Süppchen auf seinen Flammen gekocht haben. Stellvertretend nenne ich Großbritannien, die USA, die Sowjetunion und die Bundesrepublik Deutschland.

Natürlich gelten die Forderungen, die wir für Ausländer und Flüchtlinge stellen, die in der Bundesrepublik leben wollen, auch für Palästinenserinnen und Palästinenser. Es ist möglich und wird notwendig sein, eine große Anzahl von Palästinensern und Palästinenserinnen, die heute in Lagern leben, hier aufzunehmen. Eine unpopuläre, aber sehr humane und daher den GRÜNEN angemessene Forderung wäre es, ein Kontingent von meinetwegen 100.000 Flüchtlingen (über die Zahl läßt sich streiten) hier aufzunehmen. Einem Bericht von Petra Groll aus dem Libanon (TAZ, 9.7.87) zufolge, kann man mit solchen Forderungen allerdings keine Freunde unter den Führern der PLO gewinnen. Kein Wunder: Denn ein Volk, das den Anspruch auf einen Nationalstaat aufgibt, wird auf die Dauer auch keine nationalen Führer mehr brauchen.

Den Palästinensern und Palästinenserinnen würde die Erfüllung dieser Forderungen allerdings wesentlich mehr Selbstbestimmung und Freiheit ermöglichen, als das Leben in dem von der PLO geforderten zerteilten Ministaat.

Eine Nahostkonferenz halte ich nur dann für sinnvoll, wenn eine ausreichende Zahl der daran beteiligten Staaten bereit wäre, Lösungen mitzutragen, die dazu geeignet sind, die Menschen aus den Lagern zu holen – und zwar schnell.

Brief des Bundestreffens der Palästina- und Nahostkomitees an die GRÜNEN Wo bleibt das palästinensische Selbstbestimmungsrecht?

An die Partei DIE GRÜNEN – Bundesvorstand
An die GRÜNEN im Bundestag – Fraktionsvorstand

Sehr geehrte Damen und Herren, von einigen Initiatoren aus dem Kreis der Grünen, von medico international, SHO Najdeh und anderen ist die Durchführung einer Nahost-Konferenz im November d.J. vorgeschlagen worden. Die Grünen wurden aufgefordert, das Gelingen einer solchen Konferenz finanziell und organisatorisch entscheidend zu unterstützen. Dies ist am Widerstand grüner Mandatsträger gescheitert. Wie sind darüber erstaunt, daß in der Partei der Grünen – wie die Diskussionen zeigten – das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes, so wie es allen Völkern selbstverständlich zukommt, in Frage gestellt bzw. gänzlich negiert wird.

Die Nichtregierungsorganisationen bei der UNO (NGO) haben das Jahr 1987 zum „Internationalen Jahr der Solidarität mit dem palästinensischen Volk“ erklärt, weil sich 1987 die Verfolgung und Demütigung der Palästinenser in mehrfacher Hinsicht jährt: (...) 1967 besetzte Israel im Juni-Krieg die sog. Westbank und Ghaza, den Golan und Ostjerusalem und hält seitdem ganz Palästina besetzt. 1980 wurde Jerusalem sogar dem Staatsgebiet Israels einverleibt und damit widerrechtlich annektiert – ebenso die Golan-Höhen 1981; 1982 überfiel Israel auch den Nachbarstaat Libanon, um die dorthin geflüchteten Palästinenser erneut zu vertreiben und die PLO zu zerschlagen. Angesichts dieser Ereignisse und ihrer katastrophalen Folgen für die Menschen, besonders aber wegen der verzweifelten Lage der Palästinenser heute im Libanon, in der Westbank und in Ghaza sowie in den anderen Ländern ihrer Zuflucht, ist es unbedingt notwendig, daß auch wir in der Bundesrepublik für eine gerechte Lösung der Palästinafrage

und des Nahostkonfliktes offen eintreten und aktiv werden. Der Friede in der Region ist – auch für den Frieden in Europa – unabdingbar. Das palästinensische Volk, das gänzlich unschuldig an unserer Geschichte ist, darf nicht stellvertretend zum Bütler für sechs Millionen in Deutschland und Europa ermordete Juden gemacht werden. Es braucht seinen eigenen Staat, um endlich seine Existenz, seine Kultur, sein Gesundheits- und Bildungswesen, seine Sicherheit usw. in Frieden organisieren zu können. Wie alle Welt sehen kann, ist das weder in Libanon, noch in Jordanien, Ägypten, Israel und sonstwo realisierbar. Das kann nur in Palästina, in der Heimat der Palästinenser geschehen.

Die geplante Konferenz hätte ein Schritt zur Unterstützung einer gerechten Friedenslösung, wie sie längst auch international eingefordert wird, sein können. Offenbar herrscht in grünen Kreisen jedoch mangelndes Verständnis, zumindest aber Unkenntnis über Ziele, Programm und Rolle der PLO, die vom palästinensischen Volk als seine authentische, legitime und einzige Vertretung betrachtet wird. Darüber hinaus ist die PLO und ihr Programm von der UNO, der Bewegung der Blockfreien, der Arabischen Liga, der Organisation für Afrikanische Einheit sowie von 134 Staaten als rechtmäßige Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannt worden.

Wir fordern daher die Partei der Grünen auf, im Sinne des internationalen Rechts und der Gebote der Menschenrechtsvereinbarungen die israelische Besatzung anzuklagen und vorbehaltlos für die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes, nämlich Selbstbestimmung, Rückkehr in die Heimat, Errichtung eines unabhängigen Staates, einzutreten.

Dortmund, den 11.7.1987

Bundestreffen der Palästina- und Nahostkomitees

Lösungsschlüssel Panarabismus

Einleitend ein Zitat aus dem Artikel von Leila Burhani in AIB 6/1987: „Fast alle palästinensischen Fraktionen waren sich darin einig, daß der Krieg gegen die Lager Bestandteil eines großangelegten Planes zur Liquidierung der politischen Rolle der PLO war, als Auftakt zur Durchsetzung der US-Nahostpläne.“

Jeder, der die arabischen Kräftekonstellationen auch nur annähernd kennt, fragt sich doch hier, in welcher Beziehung die Schiitische Amal Miliz, die wohl ohne Zweifel Hauptorganisator jenes Lagerkriegs in Westbeirut war, mit US-Nahostplänen steht? Die Amal, gar als Wegbereiter des prozionistischen US-Engagements in Nahost anzusehen, erscheint in jener Konstellation zwar grotesk, entbehrt aber nicht einer gewissen Berechtigung. Birris Miliz schoß mit Sowjetpanzern, die sie von den Syrern bekommen hat, die Lager in Westbeirut sturmreif, der UNRWA wurden der Zutritt und Lebensmit-

telieferungen verwehrt.

Dabei erstaunt mich jene Aussage von Nayef Hawatme, daß bereits der gemeinsame Kampf gegen die israelische Besatzung und die zionistische Expansion, die PLO mit Syrien verbinde. Davon merke ich aber nichts. Israel vertrieb 1982 die PLO aus Beirut, Syrien tat ein weiteres, und zwang die in Tripoli eng mit der fundamentalistischen Tauhid zusammenarbeitende PLO mit Unterstützung der prosyrischen, nasseristischen Nationalen Sozialen Partei, der PCL und der Baath-Partei, zum Abzug.

Darüber hinaus schloß gerade Syrien am 10.6.1982 ein Waffenstillstandsabkommen mit dem US-Unterhändler Habib. Die syrische Politik spielt also den zionistischen Interessen Israels in die Hände, so daß jene vielbeschworene Solidaritätsfront mit dem „syrischen Brudervolk“ als nicht existent einzuschätzen ist. Arafat sprach in einem SPIEGEL-Interview (s. SPIEGEL Nr.

29/1985) von einer syrisch-israelischen Verschwörung mit dem Ziel einer großen Bevölkerungsverschiebung im Libanon; es ist offensichtlich die Intention Syriens mit ihrem Werkzeug Amal die gesamte palästinensische Bevölkerung aus dem Libanon zu vertreiben. Der syrische Einmarsch in den Ostlibanon 1976 und das momentane Aufspielen als Ordnungsmacht in Westbeirut entbehrt jeglicher Grundlage bzw. Berechtigung. Es ist ebenso ein Faktum, daß die palästinensischen Grenzaktionen nördlich Galiläa jene zionistische Expansion im Libanon mit ausgelöst haben, die jedoch zunächst nicht auf die Feindschaft der schiitischen Bevölkerung des Südlibanon stieß. Erst ab ca. 1984 entwickelte sich der schiitische Befreiungskrieg (FRNL, Amal), so daß die israelische Besatzung erfolgreich zum Abbruch gezwungen wurde. Obwohl sich die FAN (s. AIB 1-2/1986) vehement für die Einheit des Libanon aussprach, so muß doch im Hinblick auf



Festnahme protestierender Palästinenser durch israelische Besatzer in Ghaza

eine zukünftige Friedensordnung die konfessionelle Kantonisierung des Libanon als realistisch beurteilt werden. Dies wird ohne Zweifel für die Fatah wiederum eine Niederlage bedeuten, die den in Algier propagierten Aufschwung des bewaffneten Kampfes durch fehlende Stützpunkte im arabischen Kernland behindern würde. Einig sind sich alle in der PLO organisierten Gruppen in der Bekräftigung des bewaffneten Kampfes, darüber hinaus sieht z.B. die PFLP die geringen Erfolgsaussichten einer politischen Lösung, spricht einer internationalen Nahostfriedenskonferenz. Es sei offensichtlich, so George Habash, daß selbst bei Zustandekommen einer derartigen Konferenz nur die Araber die Verlierer seien, denn Israel sei politisch und militärisch in einer viel besseren Position. Warum solle es plötzlich auf einer internationalen Konferenz Konzessionen machen?

Der arabische Block ist sowohl in der globalen Systemkonkurrenz in bezug auf das sowjetisch-arabische Bündnis im allgemeinen, als auch untereinander stark divergierend in den politischen und ideologischen Positionen. Noch nie war das arabische Lager so zerstritten wie heute; das islamisch-fundamentalistische Regime im Iran, prowestlich, moderate Regierungen wie in Jordanien und Ägypten, feudale Monarchien der Golf-Region, der Baathismus im Irak und Syrien

etc. Um die Araber wieder stark werden zu lassen, müssen sie primär einschen, daß ihr einziger Feind Israel und der politische Zionismus ist.

Der Panarabismus muß daher wieder oberste Priorität gewinnen! Es gibt eine arabische Nation, einen homogenen Kulturraum (Ausnahme Persien), eine auf Geschichte, Sprache und Religion gegründete Kulturnation, die leider nationalstaatlichen Interessen zum Opfer fiel. Dennoch, nur aus dieser arabischen Solidarität kann das „Palästinenser-Problem“ gelöst werden. Der jahrzehntelange Betrug der arabischen Staaten an den

Palästinensern muß ein Ende haben. Abu Ijad (Fatah) warnte jedoch: „Wir haben den verheerenden Fehler gemacht, uns tatkräftig in die inneren Angelegenheiten von arabischen Regimen einzumischen... Nennen sie dieses Phänomen palästinensischen Egoismus... Der dritte Fehler war, unbegrenzt auf die arabischen Regierungen zu vertrauen. Sie haben uns richtig reingelegt, indem sie sich zwar zu unserer Sache bekannten, aber das waren nur Lippenbekenntnisse. In Wahrheit betrieben sie eine mörderische Politik, die uns fast vernichtete.“ (s. SPIEGEL, Nr. 10/85)

Hans-Christof Wagner, Heitersheim

Klaus D. Fischer Wie zu einem gerechten Nahostfrieden beitragen?

Unter den Teilnehmern dieser Diskussion besteht wahrscheinlich Einigkeit in der Einschätzung, daß der Nahostkonflikt der langwierigste, komplizierteste und gefährlichste aller regionalen Konflikte auf unserer Erde ist. Am Schnittpunkt dreier Kontinente gelegen, ist diese Region mit ihren gewaltigen Erdölressourcen im wahrsten Sinne des Wortes ein Pulverfaß; ein Pulverfaß, das in fast allen Atomkriegsszenarios US-amerikanischer „Denkfabriken“ die Initialzündung liefert.

Spätestens seit den Enthüllungen des entführten und in Isolationshaft gefangengehaltenen israelischen Atomtechnikers Vanunu ist davon auszugehen, daß die Konfliktpartei Israel eine Nuklearmacht mit 200-300 Atomsprenköpfen ist (vgl. zuletzt FAZ, 10.8.1987). Und während eine weltweite Vernichtung aller Mittelstreckenraketen der UdSSR und der USA greifbar nahe zu sein scheint, testet die israelische Regierung z.Zt. mit der „Jericho II“ eine eigene neue Mittelstreckenrakete mit einer Reichweite von 1.450 km, die „nicht nur alle am Nahost-Konflikt beteiligten Hauptstädte des Nahen Ostens erreichen (würde), sondern auch südliche Teile der Sowjetunion“ (FAZ, 27.7.1987).

Die ewige Bedrohungslüge der herrschenden Kreise Israels und ihrer Apologeten hier bei uns, der auch Ellen Olms fundiert widersprach, ist heute mehr denn je ein schlechter und makaberer Witz. David sitzt mittlerweile vor einem „roten Knopf“ und setzt wie eh und je auf militärische Macht, um seine zionistischen Ziele zu realisieren.

Und dies ist der entscheidende Grund für die anhaltend gefährliche Spannung in der Region. Libanesisches, syrisches und v.a. natürlich palästinensisches Territorium wurde militärisch erobert und ist bis heute okkupiert. 1,5 Mio Palästinenserinnen und Palästinenser wurden aus ihrer Heimat vertrieben. Das nationale Selbstbestimmungsrecht ihres Volkes wird gelehnt, die Verbliebenen werden auf vielfältige Weise diskriminiert, malträtiert und gedemütigt. Ihre dramatische Situation wurde in beiden Beiträgen treffend charakterisiert.

Die Frage nach dem Ausweg aus dieser verzweifelten und nahezu hoffnungslosen Lage entzweite in der Vergangenheit häufig die Palästinenser selbst wie auch ihre Freunde und darüber hinaus all jene, die diesen Konflikt herbeiführen wollten und sich dabei von humanistischem und Gerechtigkeitsempfinden leiten ließen.

Eine schnelle, gerechte Lösung wird nicht in

den nächsten Tagen, Wochen oder Monaten zu erreichen sein. Eine solche Lösung setzt einschneidende Veränderungen in den internationalen Beziehungen und in Israel voraus. Notwendig wird eine Wende von Konfrontation zu Kooperation, von militärischen Hegemonieansprüchen zur friedlichen Koexistenz, von Diskriminierung zu Gleichberechtigung, aber auch von realen Bedrohungen und Bedrohungsängsten zum friedlichen Miteinander und Vertrauen sein.

Vorschläge für eine friedliche, politische Lösung liegen seit langem auf dem Tisch (Breshnew-Plan, Friedensplan von Fez), aber ihre Realisierung scheiterte bislang am Vorranganspruch der „strategischen Allianz“ Israels und der USA, dabei tatkräftig gefördert und flankiert von den Staaten Westeuropas.

Begünstigt wurde und wird die Wirksamkeit dieser aggressiven und destruktiven Politik durch mehrere Faktoren: durch die Uneinigkeit (selbst der fortschrittlichen Kräfte) der arabischen Welt; durch die Schwäche (und in großen Teilen die Inkonsistenz) der demokratischen und Friedenskräfte in Israel; durch die weitgehende Tabuisierung der israelischen Politik in der demokratischen Öffentlichkeit der westlichen Welt; und – in den vergangenen vier Jahren – nicht zuletzt durch die fehlende Einheit der PLO.

Auf der Nationalratstagung in Algier gelang es vor wenigen Wochen den bedeutendsten Organisationen und Strömungen der palästinensischen Befreiungsbewegung sich auf einer gemeinsamen programmatischen Grundlage wieder zu vereinen. ...

Welchen Beitrag können und sollten vor diesem Hintergrund fortschrittliche Kräfte unseres Landes für eine politische Lösung des Nahostkonflikts bzw. des Palästina-Problems leisten?

Zuallererst natürlich – angesichts der schon erwähnten Tabuisierung offizieller israeli-

scher Politik – durch ein möglichst breites Bekanntmachen der friedensfeindlichen Militär-, Annexions- und Diskriminierungspolitik Tel Avivs. Desweiteren darf die auf UNO-Beschlüssen beruhende Forderung nach vollständigem Rückzug Israels aus allen arabischen Gebieten, nach Verwirklichung des nationalen Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes auch in unserem Land nicht verstummen.

Zum dritten muß die Idee einer friedlichen, dauerhaften und gerechten Lösung im Rahmen „einer mit allen Rechten ausgestatteten internationalen Konferenz unter der Obhut der UN und unter gleichberechtigter Teilnahme aller betroffenen Parteien, einschließlich der PLO, und der ständigen Mitglieder des Weltsicherheitsrates“ unterstützt werden (gemeinsames palästinensisch-sowjetisches Kommuniqué vom 23.6.1987, zit. nach Palästina-Bulletin, Nr. 31/1987, S. 10). Die Bundesregierung, die z.Zt. den Vorsitz im Weltsicherheitsrat der UNO einnimmt, muß zu einer konstruktiven Haltung zu diesem Konferenzprojekt gedrängt werden.

Im Zusammenhang einer solchen Konferenz wären natürlich auch Fragen der Sicherheit und der wirtschaftlichen Existenzfähigkeit (nicht nur, aber vor allem) des zu gründenden palästinensischen Staates zu diskutieren und zu lösen, die Ellen Olms in ihrem Beitrag aufgeworfen hat. Sie heute Antworten auf diese Fragen geben zu wollen, muß implizieren, die veränderten Rahmenbedingungen mitzudenken, die in der konkreten Situation einen solchen Staat überhaupt möglich machen werden. Sonst wird aus einer konkreten Utopie leicht eine Spekulation über eine im wesentlichen in die Zeit verlängerte triste Gegenwart, in die ein „Traumstaat“ implantiert wird (woher soll er dann kommen?). Internationale Garantien und Entwicklungsfonds, regionale Wirtschaftskooperation auf gleichberechtigter Ebene etc. – all das (und mehr) sind wünschenswerte und denkbare Begleitumstände, die Ellens Sorge m.E. hinfällig machten.

Berechtigte Sorge um die Existenzfähigkeit eines zukünftigen palästinensischen Staates neben Israel darf allerdings nicht den Blick auf die aktuellen Existenzbedingungen des palästinensischen Volkes verstellen – und darf heute nicht abhalten von konkreten Schritten zur Unterstützung der legitimen Forderungen dieses Volkes und seiner legitimen Vertretung, der PLO.

Letzteres scheint mir leider bei Jutta Oesterle-Schwerin – im Unterschied zu Ellen Olms – passiert zu sein. Zweifel an der Existenzfähigkeit eines palästinensischen Staates führen bei ihr zur kategorischen Ablehnung eines solchen – ja der Eindruck entsteht, daß die konsequente Vermeidung des Begriffes „palästinensisches Volk“ dessen Existenz in Frage stellt. Übrig bleiben demzufolge Vorschläge für eine (sicherlich hochherzige) Lösung von Problemen individueller weiblicher und männlicher palästinensischer Flüchtlinge, deren Realisierung (selbsternannte?) PLO-Führer (unter anderem oder vor allem?) im Wege stehen.

Insofern auch logisch stringent ihre Forderung: „Gebiete, die 1967 von Israel erobert wurden, müssen hingegen sofort an die Staaten zurückgegeben werden, zu denen sie früher gehörten“ – die Westbank also an Jordanien und der Gaza-Streifen an Ägypten. „Das Problem kann“ – nach ihrer Meinung – „nur(!) dadurch gelöst werden, daß den palästinensischen Flüchtlingen ein Niederlassungsrecht mit Eingliederungsbeihilfen und vollen Bürgerrechten im ganzen Na-

hen Osten, einschließlich Israel, gewährt wird.“ Ergänzend verlangt sie großzügige Entschädigung und die Aufnahme „von mindestens 100.000 Flüchtlingen (über die Zahl läßt sich streiten) hier“ in der Bundesrepublik. Letzteres schätzt sie selbst als „eine unpopuläre (bei wem?), aber sehr humane und daher den Grünen angemessene Forderung“ ein.

Um meine eingeschobene rethorische Frage gleich selbst zu beantworten: Bevor sich die Frage der „(Un)Popularität“ einer solchen Forderung bei uns erweisen kann, sollte sie bei den hunderttausend(en) Menschen überprüft werden, die Objekte einer solchen Transaktion wären (allerdings nicht im Stile einer Allensbach-Umfrage: z.B. Krepieren im Libanon oder Sozialhilfe in Westdeutschland – tertium non datur). Größere Realisierungschancen als der Kampf um einen palästinensischen Staat wird dieses Gedankenspiel keinesfalls haben – es fehlen die Massen interessierter und handelnder Subjekte. Diese erwarten „wesentlich mehr Selbstbestimmung und Freiheit“ als (organisierte, kollektive) Gestalter der eigenen Lebensumstände eher denn als (vereinzelt) Empfänger von Caritas.

Dieses Volk hat sich unter großen Opfern die Anerkennung seiner legitimen nationalen Rechte – darunter das Recht auf Gründung eines eigenen Staates – selbst erkämpft. Diese sind seit etlichen Jahren völkerrechtlich verbrieft, von der UNO und 134 Staaten ebenso anerkannt wie die Tatsache, daß einzig die PLO seine legitime nationale Repräsentantin ist. Davon sollte auch Jutta Oesterle-Schwerin nicht abrücken. Wem würde das letztlich nützen – sicher nicht den Palästinenserinnen und Palästinensern, für deren menschenwürdige Existenz sie eintritt.

Wünschenswert und öffentlichkeitswirksam zu problematisieren wäre vor allem von Abgeordneten der GRÜNEN im Bundestag u.a. die Tatsache,

– daß Israel trotz fortdauernder Besetzung und Annexion arabischen Territoriums und schwerster Verletzungen der Menschenrechte jährlich einen zinslosen Entwicklungshilfekredit in Höhe von 130 Mio DM erhält – mit solchen Summen könnten gewaltige humanitäre Projekte für die in Flüchtlingslagern lebenden Palästinenser realisiert werden.

Der „Unterstützung der Standhaftigkeit“ des palästinensischen Volkes in den besetzten Gebieten (vgl. Punkt 9 der Resolution des politischen Komitees des Palästinensischen Nationalrats, in: AIB 6/1987, S. 9) könnte es dienen, wenn Städtepartnerschaften mit Orten in der Westbank und im Gaza-Streifen angestrebt und hergestellt, wenn Beziehungen zu den Jugend-, Studenten-, Frauen-, Arbeiterorganisationen etc. angebahnt und entwickelt würden.

Den demokratischen und Friedenskräften in Israel könnte es nützen, wenn im Rahmen der ca. 30 Städtepartnerschaften und der zahllosen Austauschprogramme ständig Fragen nach der Okkupation, nach den Rechten und der Lage der Palästinenser in Israel und den besetzten Gebieten aufgeworfen würden.

Hier sind entscheidend wichtige Betätigungsfelder für unser aller Phantasie und praktischen Humanismus – Beiträge (unter anderen) zur Erlangung eines dauerhaften und gerechten Friedens in der Region bei Realisierung der legitimen Rechte aller Völker und Staaten dort.

Klaus D. Fischer, Frankfurt, AIB-Mitarbeiter und seit den 60er Jahren in der Nahost-Solidaritätsbewegung aktiv.

Frauen

Florence Hervé Moskauer Weltkongreß – ein „rückständiges“ Bild?



Kongreßteilnehmer Michail Gorbatschow und IDFF-Vorsitzende Freda Brown (r.)

„Schwerfällig“, „Zu links“, „eher konservativ“, befand die Frankfurter Rundschau. „Rückständiges Bild“, „Stöckelschuhe“, meinte der „Spiegel“. „Frauen berichten nur über das jeweils eigene Land ... und nicht über die Lage der Frauen überhaupt“, kritisierte die taz. War es denn alles in Moskau?

Weltfrauenkongreß in Moskau: Das waren zunächst über 2.800 Frauen aus 154 Ländern aller Kontinente, Vertreterinnen von rund 1.000 nationalen und 88 internationalen Organisationen, 40 Vertreter/innen von UNO und UNO-Sonderorganisationen (darunter die Vertreterin des Generalsekretärs der Vereinten Nationen).

Das waren acht Kommissionen zu den Themen Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden (von den Massenmedien bis zu den Problemen der Arbeit und der Gewalt), drei ständige Frauenzentren, 25 Workshops und tägliche, bewegende Solidaritätsmeetings mit den Frauen Lateinamerikas, Palästinas und des Südlichen Afrika.

Das waren Grußadressen von solchen Regierungsvertretern und Politikern wie Fidel Castro, Yassir Arafat, Oliver Tambo, Hafez al-Assad oder dem Bürgermeister von Nagasaki. Das waren Ansprachen vom Vorsitzenden der Nichtpaktgebundenen und Präsidenten Simbabwe, Robert Mugabe, und vom Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow („Die internationale Frauenbewegung hat das Potential des Friedens und des guten Willens beträchtlich ver-

stärkt... Das ist ein realer Faktor der Politik“).

Das war die Teilnahme der griechischen Politikerin Papandreou, von Raissa Gorbatschow, der sowjetischen Kosmonautin Valentina Tereschkowa und der US-Bürgerrechtskämpferin Angela Davis. Das waren 1.000 Redebeiträge in den Kommissionen, tausende von Gesprächen und Begegnungen.

Initiatorin des Weltfrauenkongresses, der vom 23.-27. Juni d.J. in Moskau stattfand, unter der Losung „Vorwärts zum Jahr 2000 – ohne Kernwaffen! Für Frieden, Gleichberechtigung, Entwicklung“, war die Internationale Demokratische Frauenföderation (IDFF). Sie entstand 1945 aus dem antifaschistischen Kampf heraus und beantragte Anfang der 70er Jahre ein UNO-Jahr der Frau (erfolgreich). Und ihr gehören heute rund 140 Organisationen aus 118 Ländern an.

Ziel des Kongresses war es, eine erste Zwischenbilanz zu den Zukunftsstrategien des Vorläuferkongresses von Nairobi (1985) zu ziehen, und gemeinsam zu überlegen, wie gleiches Recht, Entwicklung und Frieden bis zum Jahr 2000 erreicht werden können.

Gestritten wurde u.a. über neue Technologien und ihre Auswirkungen auf Frauen, über Kernenergie und die Grenzen der Ausbeutung der Natur, über Feminismus und Sozialismus.

Viel im Gespräch waren die neuen sowjetischen Frauenräte, die in Betrieben und Stadtbezirken, unter der Leitung



Kongreßteilnehmerin Sally Mugabe

Journalistin und Teilnehmerin aus der BRD entging und eine beachtliche Rolle in der Diskussion einnahm, war die Ausbeutung der Länder der Dritten Welt; ein anderes die Apartheid.

Dazu stellte das Vorbereitungskomitee für den Weltkongreß der Frauen in einer Erklärung Ende Juni d.J. fest: „Unüberhörbar waren die Anklagen der Vertreterinnen von Entwicklungsländern gegen ihre wirtschaftliche Ausbeutung (z.B. Bodenschätze, Verschuldung) sowie gegen Waffenexporte von Ländern des Westens an faschistische und rassistische Diktaturen, insbesondere an das Apartheidregime. Besonders schwerwiegend

Abschlußerklärung des Weltfrauenkongresses

Über 2.000 Frauen aus 154 Ländern aller Kontinente, welche rund 1.000 nationale Organisationen vertraten, darunter auch 99 Vertreterinnen der Bundesrepublik, 88 internationale Organisationen, rund 40 Vertreter/innen von UNO- und UNO-Sonderorganisationen (darunter die Vertreterin des Generalsekretärs der Vereinten Nationen), trafen vom 23. bis 27. Juni 1987 zusammen, um eine erste Zwischenbilanz zu den Zukunftsstrategien von Nairobi (im Jahr 1985; d. Red.) zu ziehen, um gemeinsam zu überlegen, wie gleiches Recht, Entwicklung und Frieden bis zum Jahr 2000 erreicht werden können.

Welche Bedeutung die Mehrzahl der Länder diesem Frauenkongreß beimiß, kam unter anderem in der Eröffnungsansprache des Generalsekretärs der KPdSU, Gorbatschow, in der Präsenz hochrangiger Persönlichkeiten aus Politik und Kultur und in den Grußadressen vieler Länderregierungen zum Ausdruck. Unterschiedlichkeit und Breite sind in den mehr als 1.000 Redebeiträgen dokumentiert, in den Arbeitsgruppen, Foren, Kommissionen und Gesprächsrunden, die in sechs Sprachen simultan übersetzt wurden. Für die kontroversen und spontanen Diskussionen, unter anderem in den Fragen der Umwelt, der Energiepolitik, der neuen Technologien und der Stellung der Frau im Sozialismus gab es den gewünschten Raum.

Bei aller Unterschiedlichkeit in Politik, Kultur und Religion bildete sich ein deutlicher Konsens zum Willen nach gemeinsamer Si-

cherheit und Frieden heraus, und die Erkenntnis, daß dies nur möglich ist durch konkrete Abrüstungsschritte, Vernichtung aller atomaren, chemischen und biologischen Waffen, Reduzierung aller konventionellen Waffen, Atomteststopp, internationale Kontrolle und eine neue Weltinformations- und Wirtschaftsordnung. Unüberhörbar waren die Anklagen der Vertreterinnen von Entwicklungsländern gegen ihre wirtschaftliche Ausbeutung (z.B. Bodenschätze, Verschuldung) sowie gegen Waffenexporte von Ländern des Westens an faschistische und rassistische Diktaturen, insbesondere an das Apartheidregime. Besonders schwerwiegend waren die Anklagen gegen die Haltung der Bundesregierung in der Namibia-Frage und gegen den Mißbrauch der Entwicklungsländer als Atommülldeponie der reichen Länder. Weltweite Einigkeit unter den Frauen bestand in der Frage über das längst fällige Ende des Patriarchats mit all seinen Begleiterscheinungen, wie Gewalt gegen Frauen und Sexismus, und in der Notwendigkeit besonderer Förderungsmaßnahmen für Frauen, entsprechend den Vereinbarungen von Nairobi. Die Verweigerung der Mitbestimmung von Frauen an den lebensentscheidenden Fragen der Menschheit wurde scharf kritisiert und wird nicht länger hingenommen. Eine besondere Rolle in all diesen Fragen kommt den Vereinten Nationen und den nichtstaatlichen Organisationen (NGO) zu, die für die Verbreitung und die Kontrolle der Einhaltung der Strategien von Nairobi ein Mandat haben.

Frauen wiesen auf die 1 Bio \$ Auslandsschulden hin: Jedes Kind, das in den Entwicklungsländern geboren wird, „erbt“ eine „Schuld“ in Höhe von 3.000 \$. In diesem Zusammenhang wurde die Errichtung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung und neuer internationaler Beziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der vollen Souveränität bezüglich der nationalen Ressourcen jedes Landes und ihrer Nutzung gefordert.

Der Zusammenhang zwischen dem Kampf der Frauen für die Entwicklung und gegen Wettrüsten, Aggression, Okkupation, Apartheid, Rassendiskriminierung und Zionismus wurde immer wieder betont.

Einig waren sich die Teilnehmerinnen auch in der Verurteilung des längst überholten Patriarchats und in der Forderung nach qualifizierter Berufstätigkeit als wichtigem Schritt zur Gleichberechtigung. Einig waren sie sich auch in dem Willen nach Vernichtung aller Massenvernichtungsmittel, nach Atomteststopp. Gemeinsam war ihnen die Sehnsucht nach Frieden. Dies drückten sie mit Wort und Lied, mit Phantasie, Emotion und Sachverstand auf der großen Friedenskundgebung im Gorki-Park aus. Auffallend waren auf diesem Kongreß die Offenheit, in der manche strittige Frage diskutiert wurde und die Geschlossenheit bei der Behandlung der globalen Menschheitsprobleme.

Neu war die Teilnahme einer breiten, repräsentativen Gruppe von Frauen aus der Bundesrepublik, die vom Deutschen Frauenrat über Vertreterinnen von Kirche und Parteien bis zu autonomen Frauen reichte.

Der Kongreß zeigte, daß die Frauen zu einer bedeutenden gesellschaftspolitischen Kraft geworden sind. In den letzten Jahren und im Zusammenhang mit der UNO-Dekade der Frau hat die internationale Frauenbewegung eine beachtliche Entwicklung erlebt.

„Die Frauenbewegung ist erstarkt und in fast allen Ländern zu einem gesellschaftlichen Faktor geworden. Ihre Antworten auf den sehr unterschiedlichen Entwicklungsstand und die unterschiedlichen gesellschaftlichen Probleme in den Ländern sind äußerst unterschiedlich“, sagte die Vorsitzende der IDFF, Freda Brown.

Die Kongresse von Mexiko (1975), Kopenhagen (1980) und Nairobi (1985) waren Meilensteine auf dem Wege des Engagements der Frauen weltweit. Moskau gab neue Impulse. Ob die UNO dem Wunsch der Frauen der nichtstaatlichen Organisationen in Moskau entspricht und ein zweites Internationales Jahr der Frau sowie eine zweite Dekade (1991-2000) mit einer 4. Weltkonferenz Anfang der 90er Jahre proklamiert?

waren die Anklagen gegen die Haltung der Bundesregierung in der Namibia-Frage und gegen den Mißbrauch der Entwicklungsländer als Atommülldeponie der reichen Länder.“

Rednerinnen schilderten die schrecklichen Folgen der Wirtschaftskrise und der Ausbeutungspolitik für die Entwicklungsländer: fast 1 Mrd Menschen hungern. 185 Mio Kinder leiden an Unterernährung, zwischen 20 und 25 Mio Kinder sterben jährlich. Es gibt über 800 Mio erwachsene Analphabeten. Die Arbeitslosigkeit beträgt 45-50% und trifft vor allem Frauen.

des Komitees der Sowjetfrauen, Anfang dieses Jahres eingerichtet wurden (allein im Februar gingen dort 17.000 Beschwerden ein), Vorschläge einbringen und Kontrollrecht ausüben. „Wir wollen die Initiative der sowjetischen Frauen für die Umgestaltung maximal freisetzen und aktivieren.“ (Gorbatschow)

Ob es gelingt, die gesellschaftlichen Aktivitäten der Frauen stärker zu fördern? Mehr Frauen in Entscheidungsgremien zu ermutigen? Dazu gab es viel Widersprüchliches, aber vor allem den Willen, aktiv an der Umgestaltung mitzuwirken. Ein Thema, das offensichtlichlicher

Weltwirtschaft

Peter Imbusch UNCTAD VII Brosamen für die Dritte Welt

Vertreter von 141 Mitgliedsländern trafen sich am 9.-31. Juli 1987 in Genf zur 7. UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD). Unter dem Motto: „Wiederbelebung von Wachstum, Entwicklung und internationalem Handel“ wurde über die Themen „Ressourcen für Entwicklung“, „Rohstoffe“, „internationalen Handel“ und „Probleme der am wenigsten entwickelten Länder“ diskutiert. Angesichts der ungünstigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen war schon vor Konferenzbeginn eine Verhärtung der Standpunkte von westlichen Industrie- und Entwicklungsländern prophezeit worden.¹

Rohstofffonds in Kraft

Das spektakulärste, wenn auch nicht gänzlich unerwartete Ereignis der Konferenz war der Beitritt der Sowjetunion zum Gemeinsamen Rohstofffonds.²

Dieser ist Teil einer Neuen Weltwirtschaftsordnung und Kern eines schon von UNCTAD IV in Nairobi beschlossenen Integrierten Rohstoffprogramms, das von den rohstoffexportierenden Entwicklungsländern gefordert wurde, um die Preise der 18 wichtigsten Rohstoffe zu stabilisieren.

Die BRD war dem Fonds 1984 beigetreten, wohl in der Hoffnung, daß er niemals in Kraft treten würde. Die USA lehnen ihn vollständig als „Dirigismus“ ab.

Mit dem Beitritt der UdSSR sind jetzt 2/3 der Finanzierung in Höhe von 470 Mio \$ gesichert. Doch vielerorts wird befürchtet, daß der Fonds ein Skelett ohne Fleisch bleibt. 470 Mio \$ für das erste „Fenster“ — die Schaffung von Ausgleichslagern — erscheinen angesichts des ursprünglich geforderten Mrd-Betrags gering, um extreme Preisschwankungen zu glätten.

Die Abkommen für die einzelnen Rohstoffe müssen zudem noch ausgehandelt werden. Derzeit sind nur sieben in Kraft (Jute, Tropenhölzer, Kautschuk, Kaffee, Kakao, Zucker und Olivenöl).

Durch das Inkrafttreten des Fonds öffnet sich aber auch das zweite „Fenster“ für die Diversifizierung des Exportangebots, Forschung, Entwicklung und

Vermarktung. Zu diesem Zweck werden 350 Mio \$ bereitgestellt. UNCTAD-Generalsekretär Keneth Dadzie aus Ghana würdigte das Ereignis denn auch eigens in einer Feierstunde.

Schon im Vorfeld der Konferenz war es zu massivem Druck der USA und der anderen Länder der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD; 24 kapitalistische Industriestaaten) gekommen, die insbesondere die Rolle der Privatwirtschaft hervorgehoben wissen wollten und zu verhindern suchten, daß auch über andere als Handelsthemen gesprochen wird. Die OECD-Staaten wollen die UNCTAD offensichtlich nur noch dazu nutzen, ihre bereits im Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT), im Internationalen Währungsfonds (IMF) und der Weltbank durchgesetzten Programme und Maßnahmen auch hier der Dritten Welt aufzupressen.

So enthält das Positionspapier der sog. B-Länder (westliche Industrieländer) wesentlich die sattsam bekannten ideologischen Glaubensbekenntnisse und marktwirtschaftlichen Allgemeinplätze über die Notwendigkeit der Anpassung der Entwicklungsländer usw. Die Mehrheit der Konferenz, insbesondere die Gruppe der 77 (Entwicklungsländer) mochte dem nicht folgen. Diese Länder machten auf die wechselseitigen Abhängigkeiten des Weltwirtschaftssystems aufmerksam.

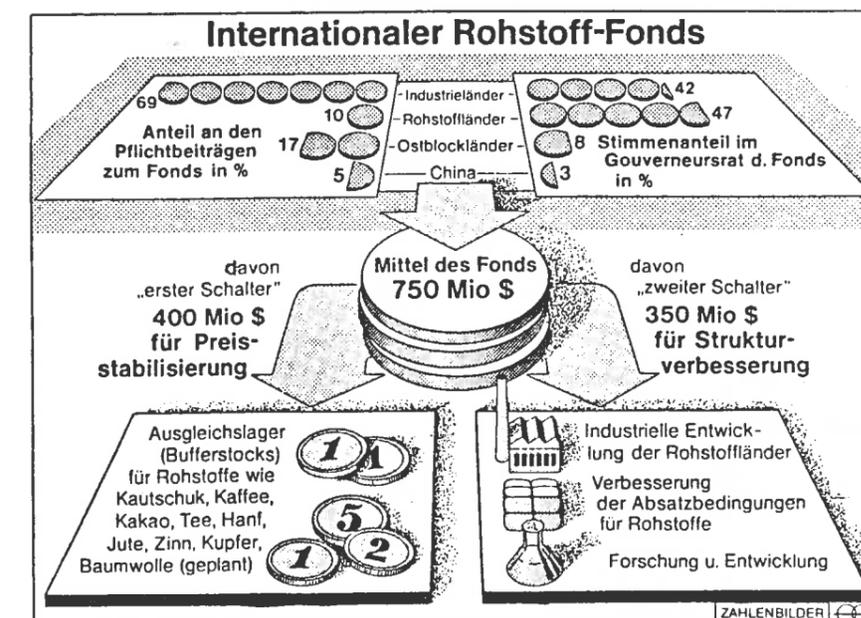
Ein Rohstoffpreisverfall um real 30% von 1980-86, die daraus folgende Verschlechterung der Terms of Trade (Verhältnis von Import- und Exportpreisen; d. Red.) mit einem Ausfall von fast 100 Mrd \$ für die Entwicklungsländer, der 1986 fast 1/3 ihrer Fertigwarenexporte betraf, anhaltend hohe Zinssätze sowie die starke Abnahme des Ressourcentransfers in die Dritte Welt spiegelten sich in der zunehmenden Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer wider, die zu Nettokapitalexporturen geworden seien.³

Das UNCTAD-Sekretariat stellte erstmals die sozialen Auswirkungen der Krise dar und griff die orthodoxen Stabilisierungspolitiken scharf an.

Im Bereich des Handels forderten die Vertreter der Entwicklungsländer den Abbau des Protektionismus der Industrieländer und wiesen auf den Zusammenhang von Handel und Entwicklung hin. Sie sehen im verstärkten Süd-Süd-Handel, der Regionalen Wirtschaftlichen Integration und der Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten Auswege aus der Handelsmisere.

Angesichts der unterschiedlichen Beurteilung der weltwirtschaftlichen Lage und der Unnachgiebigkeit und Starrheit der Position der westlichen Industrieländer kann es nicht verwundern, daß auf der Konferenz keine Einigkeit erzielt wurde und ziemlich alle Verhandlungspunkte blockiert waren. So beschränkte sie sich wesentlich auf den Austausch völlig konträrer Standpunkte.

Das erst nach dreitägiger Verlängerung zustandegekommene gemeinsame vierteilige Schlußdokument, das nur Absichtserklärungen ohne verbindlichen Charakter enthält, stellt insgesamt eine Niederlage für die Entwicklungsländer dar. Die miserable Wirtschaftslage in den meisten Staaten der Dritten Welt und die Druckmöglichkeiten, über die die OECD-Staaten durch die Verschuldungs-



Positionen der Entwicklungsländer zu UNCTAD VII

Auf ihrer 6. Ministerkonferenz, die vom 20.-25. April 1987 in Havanna stattfand, beriet die Gruppe der 77 (127 Entwicklungsländer) über gemeinsame Positionen zu UNCTAD VII. Sie verabschiedeten eine „Deklaration von Havanna“ und Vorschläge für die UNCTAD, die u.a. einen Maßnahmenkatalog beinhalten.

Die Erklärung von Havanna wird als „Fundament für das abgestimmte Handeln in unseren Wirtschaftsbeziehungen mit den entwickelten Ländern“ und der eigenen wirtschaftlichen Kooperation untereinander beschrieben.

Sie stellt fest, daß die 80er Jahre „ein verlorenes Jahrzehnt für die Entwicklung“ seien. „Die Weltwirtschaft wird von Widersprüchen heimgesucht und befindet sich in einer Krise... Obwohl kein Land von diesen Phänomenen verschont blieb, waren die Entwicklungsländer die am stärksten betroffenen.“

Die Gruppe der 77 weist darauf hin, daß dies zu wirtschaftlichen, sozialen und politischen Spannungen innerhalb der Länder und zwischen ihnen geführt habe. Dadurch entstehe eine schwere Bedrohung für die Demokratie, die soziale Stabilität sowie für Frieden und internationale Sicherheit.

Die Erklärung bekräftigt das Recht aller Länder, ihr Wirtschaftssystem und ihre Wirtschaftspolitik selbst zu wählen und wendet sich gegen die Ausübung ökonomischen Drucks, um politische Ziele zu erreichen, die unvereinbar mit der Charta der Vereinten Nationen sind. Die Entwicklungsländer bekunden ihre Verantwortung, für die eigene Entwicklung zu kämpfen und die Zusammenarbeit untereinander zu verbessern. Und sie geben der Hoffnung Ausdruck, daß die entwickelten Länder ebenfalls bereit sind eine Politik zu betreiben, deren Wirkung nach außen vorhersagbar ist und Wachstum und Entwicklung begünstigt.

Unter den negativen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise für die Entwicklungsländer führt die Erklärung folgende auf: Verringerung der Exporteinnahmen durch den Fall der Rohstoffpreise; die untragbare Last der Verschuldung; das Stagnieren der Entwicklungshilfe. Dies habe zu Nettotransfers der Entwicklungsländer zu den entwickelten Ländern geführt.

Die Minister stellen schließlich fest, daß die Wirtschaftspolitik der Industriestaaten die Auswirkungen der Krise für die Entwicklungsländer verschärft habe. Sie beklagen, daß es keine bedeutende politische Initiative zur Verbesserung der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit gegeben habe. Einige entwickelte Länder würden hingegen auf einer Reform der nationalen Politik bestehen, die nur auf der Leistungsfähigkeit der spontanen Kräfte des Marktes beruhe. Diese Methode würde den Kern der sozialen und politischen Instabilität in sich tragen. Sie fordern stattdessen, daß die internationale Gemeinschaft ihre Kräfte vereine und einen Dialog beginnen müsse, um die Charakteristika und Mechanismen zu präzisieren, die ein breites internationales Wirtschaftssystem haben müsse, das auf den Prinzipien der Gleichheit, der Gerechtigkeit, Harmonie, Universalität und auf den souveränen Rechten der Staaten beruhe.

Seine zentralen Ziele mußten die Entwicklung, das Wachstum, die Beschäftigung und

der soziale Fortschritt sein. Dieses System würde außerdem zu Frieden und Sicherheit beitragen. Die Vertreter der Gruppe der 77 fordern schließlich eine Stärkung der Rolle der UNCTAD und ihrer Wirksamkeit.

Im ebenfalls in Havanna beschlossenen Maßnahmenkatalog sind u.a. folgende Forderungen enthalten:

- Umkehr der Netto-Ressourcen-Transfers von den verschuldeten Entwicklungsländern in die entwickelten Gläubigerländer;
 - politischer Dialog über eine neue, umfassende Schuldenstrategie auf der Basis von Wachstum, Entwicklung und geteilter Verantwortung. Diese Strategie könnte u.a. Richtlinien enthalten zur Anpassung des Schuldendienstes an die reale Zahlungsfähigkeit;
 - Umschuldung ohne vorübergehende Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds (IMF)
 - Festlegung staatlicher Richtlinien zugunsten flexibler Umschuldung von Zinszahlungen an private internationale Gläubigerbanken zugunsten neuer Kredite und für Schuldenreduzierung durch teilweise Streichung von Schulden und verzinste Zinsen;
 - Anpassung der Auflagen von IMF und Weltbank an die Notwendigkeit, ein gemeinsames Wirtschaftswachstum in den Schuldnerländern zu ermöglichen;
 - ein Mechanismus zum Rückschleusen der großen Leistungsbilanzüberschüsse einiger Industrieländer zugunsten der Entwicklungsländer;
 - Einberufung einer Weltkonferenz zur Reform des Weltwährungssystems. Bis dahin werden u.a. folgende Sofortmaßnahmen verlangt: effektive Aufsicht des IMF über die Wechselkurs-, Handels-, Kapitaltransfer- und Fiskalpolitik besonders der wichtigsten Industrieländer;
 - neue Sondierzugsrechte (SDR) in der Höhe von 25-30 Mrd SDR im ersten Jahr und weitere jährliche Tranchen ohne wirtschaftspolitische Auflagen und mit einer Ausrichtung („link“) auf die Entwicklungserfordernisse der Entwicklungsländer; Erhöhung der Stimmanteile der Entwicklungsländer beim IMF;
 - Aufruf an alle Länder, insbesondere die sozialistischen Länder Osteuropas und die USA, den Gemeinsamen Rohstofffonds zu ratifizieren und das Integrierte Rohstoffprogramm durch Abschluß weiterer Rohstoffabkommen in Kraft zu setzen;
 - Industrieländer sollen Subventionen sowie andere unfaire Produktions- und Exporthilfen für ihre heimischen Rohstoffproduzenten einstellen;
 - Abbau aller tarifärer und nichttarifärer Handelshemmnisse in den Industrieländern für Importe aus den Entwicklungsländern sowie restriktiver Handelspraktiken der Transnationalen Konzerne;
 - beim Handel mit Dienstleistungen wird ein Verfahren auf den Grundsätzen des GATT für nicht relevant und ausreichend angesehen;
 - zur Förderung des Ost-Süd-Handels wird der UNCTAD-Generalsekretär aufgefordert, einen Verhandlungsprozess zu initiieren, die Handelshemmnisse zu diesem Bereich abzubauen.
- (Quellen: Granma, Havanna, 30.4.1987 und epd-Entwicklungspolitik, Nr. 12-12/Juni 1987)

krise verfügen, hatte ihre Verhandlungsposition geschwächt.

Bezüglich der Verschuldung wurde der lateinamerikanische Vorschlag zurückgewiesen, über ihre Schulden auch bei Privatbanken nur mit den Regierungen der Gläubigerländer zu verhandeln.

Von den westlichen Industrieländern abgelehnt wurde auch die Forderung, den hochverschuldeten Schwellenländern die gleichen Bedingungen einzuräumen wie den ärmsten Entwicklungsländern und die Richtung der Finanzflüsse umzukehren. Stattdessen verheißt das Schlußdokument „mehr Flexibilität“ der Gläubiger in diesem Bereich.

Die wirtschaftlichen Bedingungen der Schuldnerländer sollten bei Tilgungsplänen und wirtschaftlichen Auflagen stärker berücksichtigt werden, ebenso die für mittelfristige Investitionen benötigten Finanzmittel. Die Dritte Welt sollte verstärkt die Inflation bekämpfen, Rücklagen bilden und sich um Auslandsinvestitionen bemühen.

Weiter heißt es, die Industrieländer sollten für die Entwicklungsländer den „Zugang zu ihren Märkten“ bei den Rohstoffen verbessern. Im Bereich des Handels werden die Arbeit des GATT unterstrichen und insbesondere die Uruguay-Runde hervorgehoben. Die „entscheidende Rolle“ kommt dort den multilateralen Handelsvereinbarungen zu. Die Passage über die am wenigsten entwickelten Länder sieht Erleichterungen ihrer Schuldendienstzahlungen über die Streckung der Rückzahlungsfristen vor.⁴ Die Konferenz bestätigte damit, daß die OECD-Staaten, v.a. die USA, mit der Absicht nach Genf gereist waren, keinerlei Zugeständnisse zu machen. Ob das Wenige, das ihnen dennoch abgerungen werden konnte, auch praktische Auswirkungen haben wird, muß jedoch bezweifelt werden.

Die USA betrachteten die UNCTAD-Konferenz lediglich als ein „Symposium“, was sie auch durch die Entsendung eines stellvertretenden Staatssekretärs unterstrichen. Sie fordern unverhüllt die Abschaffung dieser „nutzlosen Plauderbude“.

Im Schlußdokument wird UNCTAD VII als „konstruktiver Dialog“ beschrieben, weil sie es ermöglichte, die „Probleme klarer zu sehen“. Ob das allein zu einer Lösung der Probleme der Entwicklungsländer beiträgt, muß stark bezweifelt werden.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Entwicklung und Zusammenarbeit, Bonn, 5/1987
- 2) Siehe: Le Monde (LM), Paris, 15.7. 1987
- 3) Daten nach: epd-Entwicklungspolitik, Frankfurt/M., Nr. 9/1987 und Declaracion de La Habana, in: Granma, Havanna, 30.4.1987
- 4) Vgl. Süddeutsche Zeitung, 4.8.1987; LM, 4.8.1987; Frankfurter Rundschau, 4. und 5.8.1987

Rezension

Standpunkte zur Verschuldung



Die Verschuldungskrise schwelt weiter. Wohl kaum einer rechnet damit, daß die Schulden der Dritten Welt – selbst unter günstigen Bedingungen – jemals zurückgezahlt werden können. Vor diesem Hintergrund gewinnen einige Neuerscheinungen zu bislang vernachlässigten Aspekten dieses Themas besondere Aktualität.

Die gesammelten Beiträge einer vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) und dem Antimperialistischen Solidaritätskomitee für Asien, Afrika, Lateinamerika (ASK) 1986 veranstalteten Konferenz unter breiter Beteiligung der Solidaritätsbewegung und Vertretern aus der Dritten Welt **IMSF/ASK (Hg.), Die Dritte Welt in der Schuldenkrise. Rolle der Bundesrepublik. Diskussion um Alternativen**, IMSF, Frankfurt 1986, 347 Seiten, 38 DM

gehört zu denjenigen neuen Büchern, die eine Bestandsaufnahme der Verschuldungskrise vornehmen, die Rolle der BRD in der Dritten Welt thematisieren sowie die Gegenkräfte und Alternativdiskussion in der BRD skizzieren. Es geht davon aus, daß der BRD eine hohe Verantwortung für die Lösung der Schuldenkrise zukommt. Am Zinstransfer aus der Dritten Welt sei sie mit jährlich 4 Mrd US-\$ beteiligt. Der erste Teil des Buches geht auf die Ursachen und den Stand der Verschuldungskrise ein. Die Beiträge des zweiten Teils behandeln Aspekte der Rolle der BRD in der Verschuldungskrise. D. Boris/J. Goldberg spannen den Bogen von der Position der BRD in der Weltwirtschaft über einzelne Etappen der Entwicklungspolitik hin zu Rolle und Interessen der deutschen Banken.

Den Stellenwert der Entwicklungshilfe der BRD innerhalb des Geflechts neokolonialer Beziehungen zur Dritten Welt zeigt R. Falk auf. Neuorientierung der Entwicklungspolitik nach rechts, Sicherung der Schuldendienstfähigkeit, Einzelfallumschuldung, Schlüsselrolle von IMF/Weltbank und Lieferbindung für Kredite mögen hier als Stichworte genügen. Die Rolle der Banken und ihrer Politik untersuchen A. Sörgel und T. Fues. H. Pfeifer untersucht die Kapitalflucht als Faktor der Verschuldung.

Im folgenden wird dann die Alternativdiskussion in der BRD skizziert, wobei auch die Rolle der Arbeiterbewegung in der Internationalen Solidarität behandelt wird. Der statistische

Anhang enthält neben Grunddaten zur Verschuldung auch Fakten zur Rolle des BRD-Kapitals.

J. Bortz/F. Castro/E. Mandel/W. Wolf, Schuldenkrise, isp-Verlag, Frankfurt/Main 1987, 124 Seiten, 14,80 DM

vereint sehr heterogene Beiträge. W. Wolf untersucht die Ausbeutung der Dritten Welt. Diese findet durch den ungleichen Tausch auf dem Weltmarkt, durch die unterschiedliche Art der Exporte von Industrie- und Entwicklungsländern und die Exportpreise, den zugunsten der Industrieländer wirkenden Protektionismus und heute schließlich als Werttransfer in Form des Schuldendienstes statt. Dadurch treibt die Wirtschaftskrise in Lateinamerika auf einen Höhepunkt zu. Wolf sieht in den lateinamerikanischen Bourgeoisien direkte Komplizen bei der Ausbeutung ihrer Länder, mit denen die Verschuldungskrise nicht gelöst werden könne.

Für F. Castro hat die enorme Verschuldung in keiner Weise der Entwicklung Lateinamerikas gedient. Wenn man keine soziale Explosion wolle, könnten ihre Schulden unter keinen Umständen bezahlt werden. Er sieht in der Streichung der Schulden und einer Neuen Weltwirtschaftsordnung kurzfristig die wichtigsten Schritte zur Lösung der Schuldenkrise. E. Mandel untersucht den Einsatz des Kredits als Motor der spätkapitalistischen Wirtschaft. Nach dem Zweiten Weltkrieg sei der Kapitalismus auf einer Welle der Schulden in die Prosperität geschwommen, wobei die Dritte-Welt-Schulden nur einen Bruchteil der Gesamtschulden ausmachten. Die Verschuldung hatte den Zweck, den Krisenausbruch des kapitalistischen Systems hinauszuzögern.

J. Bortz weist auf den Zusammenhang zwischen lateinamerikanischen Schulden und den Zyklen der Weltwirtschaft hin. Ihm zufolge war das Wachstum in Lateinamerika in den 70er Jahren nur die Kehrseite der Stagnation in den zentralen Wirtschaften. Mit dem überschüssigen Geldkapital wurde die Dritte Welt kreditiert und die Auslandsverschuldung erst ermöglicht.

S. Pater (Hg.), Geld für die Welt. Bundesdeutsche Banken und Dritte Welt. Ein medico international Buch, Lamuv Verlag, Bornheim-Merten 1987, 175 Seiten, 16,80 DM setzt sich mit der Rolle der BRD-Banken in der

Dritten Welt auseinander. Es geht davon aus, daß die BRD mitverantwortlich für die Krise der Dritten Welt ist.

In verschiedenen Beiträgen werden die Rolle der BRD, v.a. ihrer Konzerne und Banken, der Eurodollarmarkt und die Entwicklungshilfe untersucht. Anhand von Länderbeispielen werden Verschuldungsursachen und -Aspekte behandelt. Daß Verschuldung nicht nur eine Frage der Bankpolitik ist, zeigt A. Sörgel sehr anschaulich. Durch die Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital sind beider Interessen eng verflochten. Kreditvergabe bzw. Bankpolitik und hohe Exportrate der BRD beziehen sich funktional aufeinander mit dem Zweck, bessere Ausbeutungsbedingungen in der Dritten Welt zu schaffen.

Wie die staatliche Entwicklungshilfe direkt zur Verschärfung des Elends der Dritten Welt beiträgt, weist T. Fues nach. Steigende Rückflüsse aus der Dritten Welt ließen die Bonner Entwicklungshilfe immer mehr zu einem Geschäft werden. 1985 mußten 23 Länder mehr an Schuldendienst an die Regierung zahlen als sie an Kapitalhilfe von ihr bekamen. 1986/87 seien nur noch 23% der Kapitalhilfen netto entwicklungspolitisch verwendbar.

Den Bemühungen zur Erhaltung der Zahlungsfähigkeit der Schuldner geht H. Schui nach. Er untersucht neue internationale Schuldtitel, durch die die Schuldnerländer in noch engere Abhängigkeit vom kapitalistischen Weltssystem gebracht werden. Das Buch endet mit wichtigen Tips und Adressen für Aktionsmöglichkeiten in der BRD.

Neben der Beschäftigung mit der Rolle der BRD in der Verschuldungskrise sind bislang v.a. Stellungnahmen aus der Dritten Welt selbst zu kurz gekommen. Diesem Mangel will das Buch

D. Boris, N. Biver, P. Imbusch, U. Kampmann (Hg.), Schuldenkrise und Dritte Welt, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1987, 240 Seiten, 14,80 DM

Abhilfe schaffen. Es versucht, alle politisch relevanten Gegenpositionen zur bislang vorherrschenden Strategie der Gläubiger darzustellen. Es enthält, neben Positionen von Wissenschaftlern, Politikern und Vertretern von Massenorganisationen aus der Dritten Welt, Resolutionen und Erklärungen, die die gegenwärtigen politischen Positionen der Dritten Welt zum Verschuldungsproblem wiedergeben.

In einer Einleitung geht D. Boris auf Ursachen und Wirkungen der Verschuldungskrise ein. Er geht auch der Frage nach, warum bislang Versuche zur Bildung eines Schuldnerkartells nur teilweise erfolgreich waren. Die unterschiedliche Ausprägung der Verschuldungsfälle, die Defensivposition der Entwicklungsländer in der Krise, die Stärke der mächtigsten Segmente der Bourgeoisien sowie massive politische und ökonomische Drohungen seitens der westlichen Industrieländer im Falle eines Ausbrechens oder der kollektiven Gegenwehr werden als Gründe genannt.

Die Autoren geben durch die breite Auswahl der nachfolgenden Dokumente, sowohl was das politische Spektrum als auch die berücksichtigten Aspekte angeht, einen hervorragenden Überblick über die Betroffenheit der Länder der Dritten Welt. Selbst bürgerliche Kräfte in den Entwicklungsländern sind immer weniger bereit, sich der Schuldensklaverei zu unterwerfen.

In den Dokumenten werden gleichzeitig eine Fülle von Vorschlägen zur Lösung der Verschuldungskrise vorgestellt, die je nach politischem Standort unterschiedliche Reichweite haben. Ergänzt wird das Buch durch ein Glossarium und einen Tabellenanhang.

Manon Borchert



AIDS-Opfer in Uganda

AIDS-Ursache Klitorisbeschneidung

Im Artikel „Aids in Afrika“ (AIB 6/1987) fehlt meines Erachtens der Hinweis, daß in Zentralafrika drei Viertel der offiziell registrierten Aids-Kranken Frauen sind. Diese Information war der „Emma“ (4/87) zu entnehmen. Im Emma-Artikel „Afrika. Die tödliche Wunde“ werden auch Vermutungen angestellt, worauf die bei Frauen außergewöhnlich hohe Infektionsrate zurückzuführen sei (Stichwort: Klitorisbeschneidung). Es ist dort eine Kontaktadresse angegeben, bei der sicher mehr zu erfahren ist: Mrs. Hannah Edemikpong, Women's Centre, Box 185, Eket, Cross River State, Nigeria. Ich denke, auch dieser Aspekt des Themas ist für AIB-Leser/innen von Interesse. Katja Striefler, Marburg

An den Haaren herbeigezogen

„Kritik um der Kritik willen“ wäre eine treffende Überschrift für den Leserbrief von Eckhard Seidel in AIB 7/1987 gewesen, womit der Artikel von Fiza Makumbi-Kidza über „AIDS in Afrika“ im AIB 6/1987 aufs Korn genommen wurde. Er gipfelt in dem Vorwurf, der Artikel konterkariere „die Bemühungen fortschrittlicher Kräfte, alternative Akzente ... gegen die repressive Politik konservativer und reaktionärer Politiker“ zu setzen.

E.S. behauptet, die im Artikel genannten Zahlen über die Verbreitung von AIDS in Afrika könnten nicht auf seriösen und repräsentativen Untersuchungen beruhen. Wie kommt er zu diesem Schluß? Immerhin liegen eine Fülle von Einzeluntersuchungen zu bestimmten Bevölkerungsgruppen vor, die auf eine rasante Ausbreitung der Krankheit in einigen Teilen Afrikas hindeuten und deren Aussagekraft meines Wissens bisher auch nicht bezweifelt wurde. Soll etwa die gesamte afrikanische Bevölkerung einem Zwangstest unterworfen werden, damit die von E.S. gewünschte Repräsentativität erreicht wird? Das wäre weder machbar noch wünschenswert.

Wenn man sich zudem den schnellen Ausbreitungsgrad betrachtet und weiß, wie wenig Mittel den afrikanischen Staaten aufgrund der Auswirkungen der Unterentwicklung zur Bekämpfung von AIDS zur Verfügung stehen, kann man, wie E.S. es tut, der Autorin kaum Panikmache vorwerfen. Recht hat E.S., wenn er schreibt, daß es falsch sei undifferenziert von „Afrika“ zu reden, wenn man Ursachen für die Ausbreitung von AIDS verallgemeinern will. Nur geht der Vorwurf auch hier ins Leere, denn in den genannten am meisten betroffenen Gebieten von Zentral-, Ost- und Südafrika gibt es einiges an Gemeinsamkeiten, was die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedingungen angeht. Völlig an den Haaren herbeigezogen finde ich die folgenden Kritikpunkte von E.S.: Der Artikel unterlasse es Forderungen zu entwickeln. Muß er das denn? Reicht es nicht aus, daß erst einmal Informationen verbreitet und Diskussionsanregungen gegeben werden, und anschließend von der demokratischen Bewegung Forderungen entwickelt werden. Der Artikel leiste dem Abbau sozialer Rechte Vorschub, weil dort steht: „Manche Unternehmer befürchten bei Fortzahlung der Krankengelder an alle AIDS-Kranken den baldigen Ruin.“ Ob die Befürchtungen der Unternehmer in Sambia oder Zaire berechtigt sind oder nicht, weiß ich nicht. Aber zu behaupten, die Autorin teile diese Befürchtung, erfordert schon einiges an Phantasie.

Ulzig finde ich das Argument, daß „Wanderarbeit“ und „Flüchtlingsströme“ (ein in der Tat zweideutiger Begriff) nicht zur Verbreitung von AIDS beitragen, da „kein einziger Mensch sich bei 'Wanderarbeit' oder 'Flüchtlingsströmen' ... angesteckt“ habe. Damit hat E.S. sicherlich recht, wenn die Menschen sich neben der Arbeit jeglicher sexueller Kontakte enthalten. Aber wer tut das schon? Um schließlich sein letztes Argument zu untermauern, muß E.S. gar den Sinn eines Satzes entstellen. Im Artikel stand nicht, Homosexualität sei in Afrika kulturell bedingt und sehr viel weniger üblich, sondern sie sei „kulturell bedingt sehr viel weniger üblich“. Das heißt m.E. nicht, daß es in Afrika weniger homosexuelle gibt, sondern, daß Homosexualität aus kulturellen Gründen weniger praktiziert wird. Nico Biver, Marburg

Ein Beispiel der Solidarität

In AIB 4/1987 hatte die AIB-Redaktion dazu aufgerufen, Solidaritätsabos für ausländische Freunde zu übernehmen, die in ihre Heimat zurückgekehrt sind und sich kein Luftpostabo leisten können. Wir möchten hiermit den Dank, den Juan aus Chile im folgenden Brief vom 14.6.1987 der AIB-Redaktion ausspricht, an die Spender der Soliabos weitergeben.

Als letzthin eine deutsche Freundin in Chile war, habe ich mit ihr gesprochen und meine Sorge über die Isolierung, die hinsichtlich der internationalen Nachrichten in meinem Lande herrscht, zum Ausdruck gebracht. Sie sagte mir, daß es vielleicht möglich wäre, das AIB zu bekommen. Nun habe ich die erste Sendung erhalten (die Zeitschrift vom Juni 1987) und ich sehe jetzt mit größerer Klarheit, wie der Faschismus unser Volk vom Weltgeschehen fernhalten will. Die Lügen und das Entstellen der Wirklichkeit

sind eine Voraussetzung für das Bestehen des Pinochet-Regimes. Beim Lesen des AIB, das ich in der Hand halte, merke ich das Ausmaß der Lügen des Faschismus. Wir, die täglich gegen die Diktatur kämpfen, dürfen auch diesen Aspekt nicht aus den Augen lassen und müssen die Wahrheit ständig verbreiten und verteidigen. Ich bin ein Student in einer der vielen Unis Santiagos, und wie Ihr wißt, machen die Studenten dieser Diktatur ständig Sorgen. Aber ich muß sagen, daß die ideologische Auseinandersetzung einen sehr wichtigen Platz (genauso wie in anderen Ländern) unter uns einnimmt. Dies ist natürlich nicht schlecht, aber die progressiven Kräfte haben große Probleme wahrheitsgetreue Informationen über das Weltgeschehen zu bekommen. Deshalb danke ich Euch vom ganzen Herzen für Eure Hilfe in diesem Kampf. Es ist eine kleine Hilfe, aber ein großes Beispiel der internationalen Solidarität gegenüber dem chilenischen Volk. Das AIB habe ich kennengelernt, als ich in der Bundesrepublik im Exil war, und ich möchte sagen, daß es eine exzellente Zeitschrift über die Kämpfe der Unabhängigkeitsbewegungen ist, ein klares Beispiel von festem Eintreten für sozialen Fortschritt, Antikolonialismus und den Frieden. Mir bleibt nur, nochmals meinen Dank auszudrücken und einen kämpferischen Gruß an alle Mitarbeiter, die Redaktion und die Herausgeber zu schicken. Hoch lebe die internationale Solidarität!!!

P.S.: Mein Gruß an alle, die an der Demonstration der Friedensbewegung am 13. Juni teilgenommen haben. Nur durch Druck können die Forderungen nach Verschröpfung der Atomraketen Wirklichkeit werden. Wenn ich dort gewesen wäre, hätte ich auf jeden Fall teilgenommen. Juan, Santiago

südostasien informationen



Heft Nr. 2/87

Kommunismus Antikommunismus

- Counterinsurgency à la Thailand
 - Die KP Thailands
 - Singapur: Verhaftungen
 - Jakarta, 30. Sept. 1965
 - Philippinen: Strategiediskussion
- und wie immer:

Nachrichten und Literaturhinweise, zusammengestellt aus z.T. schwer zugänglichen Publikationen zur Gesamtregion und zu einzelnen Ländern: Indochina, Thailand, Malaysia, Singapur, Brunei, Indonesien/Osttimor, Philippinen.

Schwerpunkt des nächsten Hefts: 3/87 Verschuldung

südostasien informationen

erscheinen vierteljährlich
 Einzelverkaufspreis: 6,- DM
 Jahresabonnement:
 24,- DM für Einzelpersonen
 48,- DM für Institutionen

Herausgeber und Vertrieb:
 Südostasien-Informationsstelle
 Josephinenstr. 71
 4630 Bochum 1
 Tel.: (0234) 502748

TEATRO VIVO aus Guatemala

Vom 10. Oktober - 30. November 1987 gastiert die guatemalteckische Theatergruppe TEATRO VIVO in der Bundesrepublik. Ihr diesjähriges Programm trägt den Titel „Frauen“ und stellt die Situation der Frau in Guatemala, ihre Eigenart und ihre Probleme im Vergleich zur europäischen Frau dar. Die Tournee wird gemeinsam vom EXILE-Kulturbüro, von amnesty international und „gam“-Mütter der Verschwundenen in Guatemala e.V. organisiert und wendet sich vor allem an das Publikum in Kulturhäusern, Solidaritäts- und Menschenrechtskomitees, Theatern und Frauengruppen. Nähere Informationen sind erhältlich bei: EXILE-Kulturkoordination, Hansastr. 55, 4100 Duisburg 1, Tel. 0203/34097



„Krieg gegen Kinder“

Seit das südafrikanische Apartheidregime im Juni 1986 den Ausnahmezustand über das Land verhängt hat, sind über 25.000 Angehörige des politischen Widerstands verhaftet worden. 40% dieser Festgenommenen sind jünger als 18 Jahre. Sogar Kinder im Alter zwischen 10 und 12 Jahren werden monatelang ohne Gerichtsverfahren im Gefängnis gehalten und oft grausam gefoltert. Unter dem Titel „Krieg gegen Kinder“ dokumentiert eine Plakatausstellung des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) eindrucksvoll Beispiele der Folgen, die dieser Einsatz von Folter bei südafrikanischen Kindern und Jugendlichen hinterlassen hat. Die Ausstellung ist gegen Überweisung von 6,50 DM (Konto-Nr. 1023135700, BfG Bonn, BLZ 380 101 11) beim ANC, Postfach 190140, 5300 Bonn 1, zu erhalten.

BRD-Nicaragua

In den Haushaltsplanungen der hessischen CDU/FDP-Regierung sind keine Mittel mehr für Projekte in Nicaragua vorgesehen. Unter der vorherigen SPD/Grüne-Regierung waren 1986 eine Zusammenarbeit mit der Region IV vereinbart und 500.000 DM für Entwicklungsprojekte bewilligt worden. Bis zum Machtantritt der neuen Regierung im April d.J. waren jedoch nur 226.000 DM, u.a. für eine Kartonagenfabrik, zur Auszahlung gekommen. Die restlichen Mittel wurden trotz Zusagen und

Vorarbeiten in Nicaragua gestrichen. Klaus Meyer, von der Koordinationsgruppe hessischer Nicaragua-Gruppen und kommunaler Partnerschaften, die an der Projektauswahl maßgeblich mitwirkte, erklärte, daß es jetzt auf kommunaler Ebene darum gehe, verstärkt um mehr Unterstützung zu ringen. So habe die mit Masaya verschwisterte Stadt Dietzenbach nach Einstellung der Nicaraguahilfe durch die Landesregierung spontan eine Verdoppelung ihrer Zuwendungen von 20.000 auf 40.000 pro Jahr beschlossen. Der nicaraguanische Botschafter Heberto Incer wurde Anfang Juli d.J. von seinem Posten aberufen. Grund für diesen Schritt der sandinistischen Regierung war ein Beitrag Incers im Botschaftsbulletin, der sich kritisch mit der Nicaraguapolitik der Sozialistischen Internationale (SI) auseinandersetzte. Dieser Artikel hatte bei Mitgliedern der SI Anstoß erregt. Die Regierung distanzierte sich daraufhin davon und berief den Botschafter ab.

Broschüren zu Mittelamerika

Zur massenhaften Verbreitung durch die Gruppen der Nicaragua-Solidarität empfiehlt sich die vom Informationsbüro Nicaragua (Hofaue 51, 5600 Wuppertal 1) herausgegebene Broschüre Nicaragua muß überleben“ (32 S.). Sie dient vor allem zur Unterstützung der gleichnamigen weltweiten Kampagne in der Bundesrepublik. Sie enthält Beiträge über die Kampagne, über die wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges, über die Contra-Freunde in der BRD und die Bonner Mittelamerikapolitik. Preis: 2,50 DM; 10-100 Expl. 0,90 DM.

Eine fundierte Analyse der individuellen und politischen Menschenrechte in Nicaragua, El Salvador und Guatemala liefert die Broschüre „Jenseits der Propaganda. Die Lage der Menschenrechte in Mittelamerika“ (80 S.; 10 DM), die von den drei Infostellen und der Christlichen Initiative Romero bei Edition Nahua (Postfach 101220, 5600 Wuppertal 1) herausgegeben wurde. Sie setzt sich zudem mit der Menschenrechtskampagne der CDU und der Desinformation der „unabhängigen“ Menschenrechtskommission Nicaraguas (CPDH) auseinander.

„John McLean, El Salvador. Der Krieg gegen die Zivilbevölkerung“ (100 S.; 9,50 DM), hg. von der Flüchtlingshilfe Mittelamerika, München im Schmetterling Verlag (Holzhauser Str. 31, 7000 Stuttgart 80) beschreibt anschaulich die Methoden der Aufstandsbekämpfung in El Salvador. Themen sind: „low intensity“-Kriegführung, Vertreibung der Zivilbevölkerung durch Terror und Luftkrieg und der Kampf der Flüchtlinge um Rückkehr.

Buchtips: Chile, Türkei

Besondere Aufmerksamkeit verdient angesichts der Auseinandersetzungen um die Gewährung von Asyl für 14 gefolterte und von der Todesstrafe bedrohte Chilenen die von medico international (Obermainanlage 7, 6000 Frankfurt 1) u.a. herausgegebene Broschüre In Chile von der Todesstrafe bedroht – in der Bundesrepublik zum Sicherheitsrisiko erklärt, Frankfurt/Hamburg/Berlin, Juli 1987, 35 S., 2 DM. Sie gibt Informationen zur Person und politischen Arbeit der 14, zur Situation der politischen Gefangenen und erläutert die gängige

bundesdeutsche Praxis, vor Gewährung von Asyl zunächst eine Sicherheitsüberprüfung vorzunehmen. Desweiteren enthält sie konkrete Aktionsvorschläge, um die Freilassung der 14 und ihre Einreise in die Bundesrepublik zu erreichen, einen Dokumentenanhang zur Einreisekampagne und einen Pressespiegel. K. Gökdemir, „Danke mir geht es gut.“ Gefoltert in türkischen Gefängnissen, AJZ Verlag, Bielefeld 1987, 187 S., 15 DM ist ein Bericht über Folter und Unterdrückung in der Türkei. Der Autor beschreibt einen Teil seiner Lebensgeschichte, seine Inhaftierung in den Untersuchungsgefängnissen von Istanbul und Ankara sowie im Militärgefängnis Mamak in Ankara. Er schildert seine Festnahme, die Situation in den Gefängnissen, Foltermethoden und Gespräche mit Mithäftlingen.

Termine

5. September Bundesweite Chile-Solidaritätsdemonstration in Bonn

4.-6. September Seminar „Am Rande des Golfkrieges: Vernichtungsfeldzug gegen das kurdische Volk und türkische (NATO-)Interventionspläne“ in Bonn. Themen: Situation im Golfkrieg; Strategie der NATO und USA; Kriegsvorbereitungen in der Türkei; Vernichtungsfeldzug gegen die Kurden; Rüstungsexporte der Bundesrepublik. Kontakt: Informationsbüro Türkei, Postfach 91 11 54, 3000 Hannover 91

11.-13. September UZ-Pressesfest am Duisburger Wedau-Stadion. U.a. mit Luis Enrique Mejia Godoy, Mercedes Sosa, Ortiga, Dudu Pukwana, Udo Lindenberg, Konstantin Wecker,

18.-20. September Seminar „Agrarreform in Nicaragua“ in Wuppertal. Kontakt: Forum Eltern und Schule, Postfach 120406, 4600 Dortmund 1

25.-27. September Seminar „Sozialistische Entwicklungswege in der Dritten Welt“ in Schwerte. Vergleich und Analyse am Beispiel Angola, Kuba und Vietnam. Kontakt: AKE-Bildungswerk, Horstweg 11, 4973 Vlotho

2.-4. Oktober Nicaragua-Bundestreffen in Freiburg. Kontakt: Informationsbüro Nicaragua, Hofaue 51, 5600 Wuppertal 1

9.-11. Oktober Seminar „Ausländische Frauen und bundesdeutscher Heiratsmarkt“ in Amöneburg. Kontakt: Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen, IAF-Zentrum, Barfüßerstr. 2a, 3550 Marburg

10. Oktober Bundesweites Vorbereitungstreffen der IWF/Weltbank-Kampagne 1988 in Frankfurt. Kontakt: BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50

10.-16. Oktober Lateinamerikawoche im Kulturzentrum Zeche Carl, Hömannstr. 10, 4300 Essen



R. Gandhi und J. Jayewardene während der Zeremonie zur Unterzeichnung des Abkommens über die Lösung des Tamilen-Konfliktes

Türkel-Syrien

Am 20. Juni d.J. überfiel ein Kommando der Kurdischen Volksbefreiungsarmee (ARGK), der bewaffneten Organisation der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK), das Dorf Pinarcik in der an Syrien grenzenden Provinz Mardin. Dabei wurde der Dorfvorsteher sowie vom türkischen Staat mit Waffen versorgte Dorfmitzionäre und deren Familien getötet, insgesamt 31 Menschen, darunter 16 Kinder und 6 Frauen.

Mitte Juli d.J. folgten Überfälle auf die in derselben Provinz gelegenen Dörfer Peceneg und Yuvali, die über 20 Dorfbewohnern das Leben kosteten. Die für einen unabhängigen Staat Kurdistan kämpfende PKK rechtfertigt diese Massaker als Vergeltungsaktion gegen angeblich mit dem türkischen Staat kollaborierende Kurden.

Bei den letztgenannten Überfällen wurde Munition aus syrischen Armeebeständen verwendet. Syrien unterstützte bisher die PKK, u.a. um die Staudammprojekte GAP in Südostanatolien zu stören, die nach Fertigstellung die Türkei in die Lage versetzen würden, Syrien das Wasser aus dem Euphrat zu entziehen.

Während seines Staatsbesuches in Syrien im Juli d.J. sicherte der türkische Ministerpräsident Turgut Özal dem syrischen Staatschef Assad die weitere Wasserversorgung aus dem Euphrat zu. Assad versicherte, daß von syrischem Territorium ausgehende Aktionen der PKK-Kämpfer gegen die Türkei unterbunden würden.

Sri Lanka

Am 29. Juli d.J. unterzeichneten Sri Lankas Präsident Junius Jayewardene und Indiens Ministerpräsident Rajiv Gandhi in Colombo ein Abkommen, das in Sri Lanka den Bürgerkrieg zwischen der Guerilla der tamilischen Minderheit und der singhalesischen Staatsmacht beenden soll.

Das Abkommen, das auf massiven Druck Indiens zustande kam, sieht vor, daß die mehrheitlich von Tamilen bewohnte Nordprovinz eine begrenzte Autonomie in Kultur-, Wirtschafts- und Regionalentwicklungsfragen sowie bei der Polizeihohheit erhält. Über die eventuelle Zusammenlegung mit der Ostprovinz — eine der zentralen Forderungen der Guerilla — soll dort ein Referendum 1988 entscheiden.

Weitere Punkte des Abkommens sind die Waffenübergabe der Guerilla, ein durch 3.000 indische Soldaten überwachter Waffenstillstand,

eine Amnestie für Guerilleros und politische Gefangene, Rückkehr der nach Südindien geflohenen Tamilen und Einführung von Tamilisch und Englisch als Amtssprachen neben Singhalesisch. Die Guerilla-Organisationen, die für einen unabhängigen Staat kämpfen, darunter die wichtigste, die Befreiungstiger von Tamil Eelam (LTTE), waren nicht in die Verhandlungen einbezogen worden. Vor vollendete Tatsachen gestellt, willigten sie in eine Waffenübergabe an die indischen Truppen ein. Ob tatsächlich Frieden einkehren wird, hängt maßgeblich von der singhalesischen Mehrheit des Landes und der Arme ab. Aus ihren Reihen kommt nämlich die massivste Kritik an dem Abkommen. Der buddhistische Klerus, die größte Oppositionskraft Sri Lanka Freiheitspartei (SLFP) und die bewaffnet im Untergrund kämpfende Volksbefreiungsfront (JVP) werfen der Staatsführung Verrat nationaler Interessen vor. Aber selbst in der regierenden konservativen Vereinigten Nationalpartei (UNP) ist die Zustimmung zu dem Abkommen nicht ungeteilt. Premierminister Ranasinhe Premadasa und Sicherheitsminister Lalith Athulathudali nahmen demonstrativ nicht an der Unterzeichnungszeremonie teil.

Brasilien

Die Unzufriedenheit mit der Anti-Inflationspolitik der Regierung José Sarney hat in Brasilien im Juni und Juli d.J. zu einer neuen Protestwelle geführt. Nach dem Streik der Staatsbediensteten, der Lehrer und Dockarbeiter demonstrierten in Rio de Janeiro 30.000 Menschen gegen die trotz Preisstopp beschlossene 50%-Fahrpreiserhöhung im öffentlichen Busverkehr. In anderen Städten riefen die größten Gewerkschaftszentralen CUT und CGT, die Kommunistische Partei und die Arbeiterpartei Brasiliens zu Kundgebungen gegen Sarney auf. Eine Inflationsrate von monatlich über 20%, eine extreme Auslandsverschuldung (111 Mrd \$), die Erschöpfung der Devisenreserven, Kapitalflucht und Massenarbeitslosigkeit veranlaßten die Regierung, die unter ihrem neuen Finanzminister Bresser Pereira eine Aussöhnung mit dem Internationalen Währungsfonds sucht, Mitte Juni d.J. zu einer Neuaufgabe des Cruzado-Plans (erstmalig März 1986). Dieser sieht eine Abwertung der Landeswährung um 9,5%, einen dreimonatigen Lohn- und Preisstopp, die Abschaffung des Preis-Lohn-Indexsystems und eine Kürzung der öffentlichen

Ausgaben durch Verzicht auf Großprojekte vor.

Trotz des Einfrierens der Preise verteuern sich tagtäglich die Kosten für Grundnahrungsmittel, bedeuten die jüngsten Regierungsmaßnahmen für die Bevölkerung einen Kaufkraftverlust von 25-35%. Auch fürchten CUT und CGT, die für August einen Generalstreik erwägen, nach Auftauen der Preise eine erneute Rezession.

Die Unzufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik hat bei der linken Opposition und Teilen der regierenden Partei der Demokratischen Bewegung Brasiliens (PMDB) die Forderung nach einer Begrenzung der Amtszeit des Präsidenten auf vier Jahre und damit nach einer Direktwahl bereits im Jahre 1988 neu aufleben lassen.

Peru

Am 28. Juli d.J. kündigte der peruanische Staatspräsident Alan Garcia die Verstaatlichung der Banken und das Verbot des parallelen Devisenmarkts an. Bis zur Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes, das die Verstaatlichung von zehn Banken, sechs Kreditinstituten und 17 Versicherungen vorsieht, sollte der Staat die Kontrolle über die Finanzinstitute ausüben. Dies verhinderten die Bankiers jedoch, indem sie bei drei Gerichten entsprechende Urteile bewirkten.

Mit dieser Maßnahme sollen der Dollarkurs besser kontrolliert, die Kapitalflucht, die allein 1986 2,5 Mrd \$ erreicht hatte, verringert werden sowie kleine, mittlere Unternehmen und Genossenschaften in den Genuß von mehr Krediten kommen.

Während die Rechtsparteien die Regierung des Totalitarismus bezichtigten, begrüßte die stärkste Oppositionsgruppe, die Vereinigte Linke (IU), die Verstaatlichung, stellte jedoch weitergehende Forderungen auf.

1986 war es durch die Begrenzung des Schuldendienstes auf 10% — eine Quote, die jedoch selbst nach Angaben von A. Garcia weit überschritten wurde — und durch Förderung der Inlandsnachfrage gelungen, einen Wirtschaftsaufschwung von 8.8% und eine Senkung der Inflationsrate von 183 auf 69% zu erreichen. Ein Neuanstieg der Inflation seit Jahresbeginn und ein Absinken der Devisenvorräte hatten jedoch zu verstärktem Widerstand der Gewerkschaften und der IU geführt.

Nach dem Rücktritt des Premierministers Luis Alvo Castro am 22. Juni d.J. kündigte sich unter seinem Nachfolger Guillermo Larco Cox eine Radikalisierung der Wirtschaftspolitik an, um somit weiterem Druck von links vorzubeugen. Am 5. Juli wurden die Löhne um 25-35% erhöht und eine strengere Einhaltung der 10%-Quote angekündigt. Mit der Verstaatlichung der Banken soll diese Politik jetzt effektiviert werden.

Angola

190 Guerilleros der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) und angolansische Regierungssoldaten wollen südafrikanische Truppen bei einem Überfall auf südangolansches Territorium am 28.7.1987 getötet haben. Nach Aussagen eines südafrikanischen Militärsprechers in Windhuk habe es sich dabei um eine einmalige Verfolgung von SWAPO-Guerilleros über die namibische Grenze hinweg gehandelt.

Dem widerspricht die Darstellung Angolas, derzufolge sich Ende Juli ca. 7.000 südafrika-

nische Interventen in Südafrika aufhielten, in Begleitung von Kampfflugzeugen, -hubschraubern und rund 200 Militärfahrzeugen. Außerdem habe es im gleichen Monat fast täglich Luft- und Artillerieangriffe auf die Stadt Ngiva in der Kunene-Provinz gegeben.

Zeitgleich wurden Mitte Juli d.J. angelaufene Verhandlungen zwischen Angolas Präsident José Eduardo dos Santos und Chester Crocker, Afrika-Unterstaatssekretär der Regierung Reagan, ergebnislos abgebrochen. Anfang August d.J. erklärten dann die Regierungen Angolas und Kubas ihre Bereitschaft, „ihre gemeinsame Position flexibler“ zu handhaben. Dos Santos' neuer Vorschlag soll viergleisige Gespräche zwischen Südafrika, Angola, Kuba und der SWAPO sowie das Angebot enthalten, als Gegenleistung für ein Vorankommen in der Namibiafrage auch einen Abzug der kubanischen Truppen in Angola mitzuverhandeln.

Mosambik

Eine gut ausgerüstete Einheit von „bewaffneten Banditen“ massakrierte am 18. Juli d.J. 386 Personen in der Kleinstadt Homoine in der südmosambikanischen Provinz Inhambane. Die Banditen stürmten von Haus zu Haus und metzelten die Bewohner nieder. Nach einem fehlgeschlagenen Angriff auf die örtliche Polizeistation stürmten die Banditen das Krankenhaus und ermordeten die Patienten.

Die Regierung Mosambiks machte den konterrevolutionären Nationalen Mosambikanischen Widerstand (RNM) für das Massaker verantwortlich. Das Politbüro der regierenden Frelimo-Partei berichtete in einer Erklärung am 22. Juli d.J., hunderte von Banditen seien von Südafrika eingeschleust worden. Südafrika habe Hilfsgüter für den RNM per Flugzeug über den Provinzen Gaza und Inhambane abgeworfen. Bei einem erneuten Massaker Mitte August d.J. starben mindestens 72 Menschen in Manjacaze (Gaza).

Südafrika scheint das Schwergewicht des Krieges wieder von Zentral- nach Südmosambik zu verlagern. Im Zentrum hat sich in den letzten Monaten die militärische Lage u.a. durch simbabwische und tansanische Unterstützung, deutlich verbessert. Auch die Reorganisation und stärkere Professionalisierung der mosambikanischen Armee scheint sich positiv auszuwirken.

Um die Wirtschaftskrise in den Griff zu bekommen und eine Umschuldung zu erreichen, leitete die Regierung Anfang d.J. eine Reihe von Wirtschafts„reformen“ ein (siehe: AIB 7/1987, S. 49ff.). Das Land erhielt daraufhin einen 37,1-Mio.-\$-Kredit des Internationalen Währungsfonds, wie dieser am 9. Juni d.J. bekanntgab. Am 17. Juni stimmten dann auch die staatlichen Gläubiger einer Umschuldung von 450 Mio \$ (bei einer öffentlichen Auslandsschuld von 3,2 Mrd \$) zu. Am 25. Juni zogen zuletzt auch noch die Gläubigerbanken nach.

Abrüstungsverhandlungen

In einem Interview vom 21. Juli d.J. mit der indonesischen Zeitung „Merdeka“, kündigte der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow die Bereitschaft seines Landes an, auf das Verbleiben von 100 Atomsprengköpfen auf Mittelstreckenraketen im asiatischen Teil der Sowjetunion zu verzichten, falls die USA von einer Stationierung von 100 Pershing 2 auf ihrem Territorium absähen.

Nach dem bisherigen Verhandlungsstand über den Abbau der Mittelstreckenraketen sollten jeweils 100 Systeme im Osten der Sowjetunion und auf dem Territorium der USA verbleiben. Die Sowjetunion wollte ursprünglich auf diese Waffen nicht verzichten, um ein Gegengewicht zu den US-Atomwaffen im Pazifikraum, die vor allem auf Schiffen und Flugzeugen sowie in Südkorea stationiert sind, zu behalten.

Da die USA jedoch beabsichtigten, ihre 100 Raketen in Alaska und damit in Reichweite sowjetischen Territoriums zu stationieren, kündigte Gorbatschow jetzt die Bereitschaft an, weltweit auf alle Mittelstreckenraketen zu verzichten.

Er schlug außerdem die Beseitigung der operativ-taktischen Raketen und das Einfrieren des Bestandes an atomwaffenbestückten Flugzeugen im Osten der UdSSR vor, sofern die USA keine zusätzlichen atomaren Waffen installierten, die das Territorium der UdSSR erreichen könnten. Er bot eine Reduzierung der Aktivitäten der sowjetischen und US-Flotten im Pazifik und eine Begrenzung des Einsatzgebietes von atomwaffentragenden Schiffen an.

Das sowjetische Angebot einer weltweiten Null-Lösung im Mittelstreckenbereich zwischen den beiden Großmächten wurde zwar von den USA und den anderen NATO-Staaten begrüßt, doch wird ein Abkommen weiterhin durch die Weigerung der Bundesregierung, auf die 72 Pershing-1A zu verzichten, blockiert. Sie behauptet ebenso wie die USA, es handle sich hierbei um Drittstaatensysteme, obwohl sich die Atomsprengköpfe in US-amerikanischem Besitz befinden.

OAU

Mit einem Votum für umfassende und verbindliche Sanktionen gegen Südafrika ging am 29. Juli d.J. in Addis Abeba das Gipfeltreffen der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) zu Ende. In ihrer Abschlusserklärung zum Südlichen Afrika erklärten die afrikanischen Staatsoberhäupter, Sanktionen seien das einzige friedliche Mittel, um das Regime in Pretoria zur Aufgabe seiner Apartheidpolitik zu zwingen.

Erstmals kritisierte das Forum die Bundesrepublik namentlich wegen ihrer „negativen Politik“ gegenüber Pretoria, suchten doch Firmen und Regierungen die Sanktionskampagne zu unterlaufen. Man forderte Bonn ferner auf, die sog. Entwicklungshilfe für Namibia einzustellen. Verstärkte Unterstützung gegen Südafrikas „Staatsterrorismus“ sagte der Gipfel den Frontstaaten im Süden Afrikas zu. Sambias Präsident Kenneth Kaunda wurde zum neuen OAU-Vorsitzenden gewählt.

In Sachen Tschad empfahlen die Staatsoberhäupter der Regierung Habré und dem Kontrahenten Libyen, den Konflikt friedlich, mit Hilfe eines internationalen Schiedsgerichts beizulegen.

Angesichts einer Gesamtverschuldung der afrikanischen Staaten von nahezu 200 Mrd \$ avancierte die Schuldenkrise zum dritten Hauptthema von Addis Abeba. Zwar fand der Vorschlag, die Schuldentrückzahlungen auf 20% der jährlichen Exporterlöse zu begrenzen, keine Mehrheit. Doch beschloß man, für September d.J. eine OAU-Wirtschaftskonferenz diesem Thema zu widmen.

Zeitschriftenschau

ila-info, Nr. 107/Juli-August 1987
Schwerpunkt: Nie wieder? — Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit ● Argentinien: Ausmaß des Militärterrors ● Rolle der Kirche unter der Diktatur ● Rückkehr der Exilierten ● Literarische und filmische Vergangenheitsbewältigung ● Interview mit J. Falcon (peronismo revolucionario) ● Uruguay: Interview mit E. Fernandez (Tupamaros) ● Außerdem: AKW's in Argentinien ● Verhältnis Befreiungs- und feministische Theologie ● El Salvador ● Panama ● Infoburo Nicaragua ● Kritische Aktionen bei Bayer und Deutsche Bank
Einzelpreis 3,50 DM; Abo 35 DM
Bezug: ila, Heerstr. 205, 5300 Bonn 1

Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 4/Juli 1987
Schwerpunkt: Homelands: Herrschaft — Machtkämpfe — Repression ● Beiträge zur Transkei, Umstellungen, Arbeitslosigkeit und KwaNdebele ● Außerdem: Gründung des nationalen Jugendkongresses SAYCO ● 75 Jahre ANC ● Interview mit dem südafrikanischen Mediengewerkschafter M. Tsedu ● Ombatongo/Namibia ● Bankenaaktionen ● Kirchentag
Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM
Bezug: issa, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Entwicklungspolitische Korrespondenz, Nr. 1/1987
Lateinamerika: Kampf um Land. Beiträge über Brasilien, Nicaragua, Paraguay, Costa Rica, Bolivien und Mexiko beleuchten verschiedene Erscheinungsformen dieses Kampfes. Grundsätzliche Beiträge befassen sich mit den historischen Ursachen dieses Problems, mit verschiedenen Versuchen zur Durchführung von Agrarreformen und mit der Situation der vom Land zugewanderten marginalen Bevölkerungsgruppen in den Ballungszentren. Ausführlich wird auf die Rolle der Kirche in den aktuellen Landkonflikten in Lateinamerika eingegangen.
Einzelpreis 4 DM; Abo 22 DM
Bezug: EPK, Postfach 2846, 2000 Hamburg 20

Blätter des iz3w, Nr. 143, August 1987:
Aids in Afrika ● Korruption in Afrika ● Ghana, Sehnsucht nach den goldenen Küsten ● Ende der Kämpfe im Tschad? ● Ein Jahr nach dem Ausnahmezustand in Südafrika ● Die Rebellion der argentinischen Offiziere ● El Salvador — Ein Reisebericht ● Sri Lanka — Verhandlungslösung oder militärische Endlösung? ● Interview mit einem tamilischen Flüchtling ● Bericht vom BUKO in Fulda ● Stiftungsdiskussion ● Bopha — schwarzes Theater aus Südafrika
Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM
Bezug: iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 117/Juni 1987
Schwerpunkt: Frauen ● Interviews mit Frauen aus Südafrika und Namibia ● Frauenbewegung auf den Philippinen ● Frauen und Pharmaindustrie ● Frauenfragen im neuen BUKO-Arbeitschwerpunkt „Weltwirtschaft und Verschuldungskrise“ ● Außerdem: BUKO-Nachlese mit „Fuldaer Erklärung“ ● Reisebericht aus Chile ● Grüne Stiftungsdiskussion
Einzelpreis 3 DM; Abo 36 DM
Bezug: FORUM, c/o ISW, Achtermannstr. 10-12, 4400 Münster